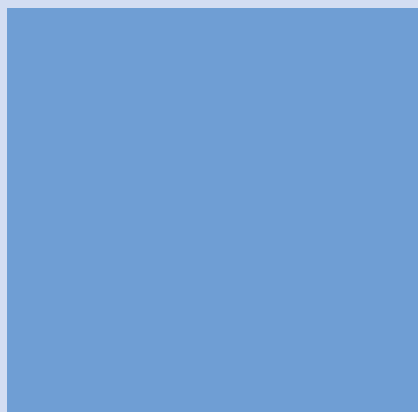
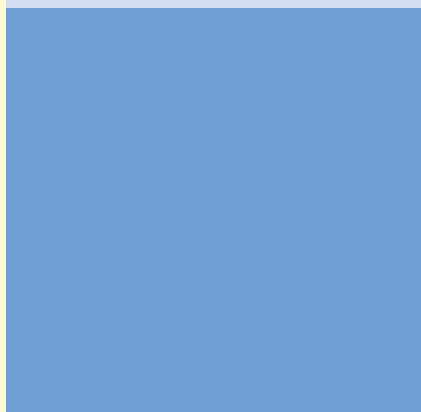




2025

Ökonomische Ungleichheit, Demokratiezufriedenheit und politisches Vertrauen in Baden-Württemberg

Dritter Bericht zur gesellschaftlichen Teilhabe



Baden-Württemberg
Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Integration



Baden-Württemberg
Statistisches Landesamt

FaFo
FamilienForschung

Inhalt

Einleitung	4
 Teil 1: Analyse zur ökonomischen Ungleichheit, Demokratiezufriedenheit und zu politischem Vertrauen in Baden-Württemberg	
(FaFo Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt)	9
 1. Das Wichtigste in Kürze	10
 2. Entwicklung der ökonomischen Situation	11
2.1 Wird die Verteilung der Einkommen in Baden-Württemberg immer ungleicher? – Analyse der Entwicklung des monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens in Baden-Württemberg nach Einkommensdezilen	11
2.2 Polarisieren sich die Einkommen in Baden-Württemberg? – Entwicklung des Anteils armutsgefährdeter und einkommensreicher Menschen in Baden-Württemberg	14
2.3 Vermögensungleichheit	18
2.4 Entwicklung der Bruttomonatsverdienste in Baden-Württemberg	20
2.5 Belastung von Haushalten durch die Inflation in Baden-Württemberg	25
2.6 Subjektive Einschätzung der eigenen ökonomischen Situation von armutsgefährdeten Menschen	29
 3. Die Sicht von Menschen in Armutslagen auf repräsentative Demokratie und ihre Institutionen	32
3.1 Zufriedenheit mit dem Funktionieren von Demokratie und politisches Vertrauen	35
3.2 Politische Partizipation	42
3.3 Erfahrungen aus der Praxis	46
 4. Fazit	51
 5. Literatur	53
 6. Anhang	58

Teil 2: Sozialpolitische Folgerungen und Empfehlungen der Begleitgruppe	
(Begleitgruppe aus dem Beirat).....	63
Vorbemerkungen	64
1. Allgemeines Statement der Begleitgruppe zu den Analysen	64
2. Sozialpolitische Empfehlungen der Begleitgruppe	67
2.1 Materielle Förderung von Haupt- und Ehrenamt	68
2.2 Kollektive Interessensvertretung „von unten“ (Selbstmandatierung)	69
2.3 Stärkung der sozialen, niedrigschwelligen und nachbarschaftlichen Infrastruktur	70
2.4 Politische Teilhabe	71
2.5 (Ent)Stigmatisierung von Betroffenen	73
2.6 Ausblick	74
3. Kurzfristig umsetzbare Empfehlungen	75
Teil 3: Beitrag des Sozialministeriums	
(Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg)	81
1. Materielle Armutsgefährdung führt zu einem Mangel an Teilhabechancen	82
2. Teilhabemöglichkeiten sind Grundlage für Demokratiezufriedenheit und politisches Vertrauen	83
3. Politische Partizipation und gesellschaftliche Partizipation bedingen sich gegenseitig	84
4. Projekte mit Maßnahmen der aufsuchenden politischen Bildung für Menschen mit Armutserfahrung laufen erfolgreich	85
5. Weitere Maßnahmen zur Förderung von Demokratiezufriedenheit, politischem Vertrauen und politischer Partizipation sind eingerichtet	88
5.1 Beteiligung und Dialog fördern	88
5.2 Selbstvertretung der eigenen Interessen fördern	95
5.3 Bürgerschaftliches Engagement fördern	100
5.4 Möglichkeiten der sozialen Teilhabe fördern	101
6. Ausblick	104
Impressum	105

Einleitung

Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren von Demokratie und damit verbunden das Vertrauen in ihre (repräsentativen) politischen Institutionen sowie Akteurinnen und Akteure sind das Fundament liberaler Demokratien (vgl. Vetter und Brettschneider 2023a). Jedoch sinken in Deutschland wie auch in vielen anderen westlichen Demokratien seit Jahrzehnten sowohl die Zufriedenheit als auch das Vertrauen stetig (vgl. Campbell 2019; Dalton 2004). Bedenklich ist dabei, dass die Sicht auf die Demokratie und ihre Institutionen auch von der ökonomischen Lage von Menschen beeinflusst wird. Wer sich in einer prekären ökonomischen Lage befindet oder diese als prekär wahrnimmt und/oder keine Besserung in der Zukunft erwartet, ist eher unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland (vgl. Campbell 2019; Velimsky 2024). Erste empirische Befunde zeigen diese Tendenz auch für Baden-Württemberg (vgl. Boehlke et al. 2022; Vetter und Brettschneider 2023b). Die Unzufriedenheit mit der Demokratie und ein geringes Vertrauen in jene beeinflusst auch, inwieweit Menschen von ihrem Recht der politischen Teilhabe Gebrauch machen, was ein wichtiger Aspekt von Demokratie ist. Die Forschung zeigt, dass politische Partizipation in Deutschland ähnlich sozial gespreizt ist, wie die Verteilung der Einkommen (vgl. Bödeker 2012; Böhnke 2011; Schäfer et al. 2013; Vetter und Velimsky 2019). Diese Spreizung in der politischen Beteiligung ist vor allem auf die sinkende Beteiligung von Menschen in prekären Lagen zurückzuführen, die sich nicht repräsentiert fühlen. Eine vergleichsweise geringe politische Partizipation einzelner gesellschaftlicher Gruppen schwächt jedoch das Prinzip der politischen Gleichheit (vgl. Dahl 1998). Nach diesem Prinzip sollten alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Möglichkeiten haben, die eigenen Interessen in das politische System einzubringen und gehört zu werden, um die Responsivität¹ und die Legitimität politischer Entscheidungen sicherzustellen. Eine geringe politische Beteiligung von Menschen in prekären Lebenslagen ist mit einer geringeren Repräsentation ihrer Interessen in politischen Entscheidungsprozessen verbunden (vgl. Elsässer et al. 2017, 2021). Das hat wiederum negative Auswirkungen auf die Demokratiezufriedenheit und das politische Vertrauen. So entsteht ein sich verstärkender Kreislauf (*Abbildung 1*), der den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die langfristige Handlungsfähigkeit des politischen Systems gefährdet (vgl. Vetter und Brettschneider 2023b).

Vor allem die Covid-19-Pandemie und der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine hatten in den letzten Jahren und haben immer noch Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation in Deutschland und führten dazu, dass in der Bevölkerung die öffentlichen Diskussionen über die ökonomische Situation wieder stärker geworden sind (vgl. Grabka et al. 2024; Grabka 2022). Die Lieferengpässe von Rohstoffen und Zwischenprodukten und die Angebotsknappheit von Gütern, die durch die Covid-19-Pandemie entstanden sind und sich durch den russischen Angriffskrieg insbesondere in Bezug auf Öl und Gas verstärkt haben, führten in den Jahren 2022 und 2023 zu starken Preissteigerungen. Das Zusammenspiel dieser und weiterer Faktoren führte zu starken Preisanstiegen für Waren des alltäglichen Bedarfs wie Energie und Lebensmittel, von denen die Bevölkerung in Deutschland betroffen war (vgl. Priem et al. 2022).

1 Eine Regierung gilt als responsiv, wenn sie die Anliegen und Interessen der Bevölkerung berücksichtigt und auf diese reagiert (vgl. Elsässer et al. 2017).



Abbildung 1:
Zusammenhang zwischen der Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, geringem politischen Vertrauen sowie geringer politischer Partizipation und Repräsentation

Diese Entwicklungen brachten eine Verunsicherung in der deutschen Bevölkerung mit sich, insbesondere in Bezug auf ihre finanzielle Situation. Die Menschen hatten höhere Ausgaben und erwarteten eine Verschlechterung ihrer eigenen finanziellen Lage (vgl. IAB-Forum 2024).

Das Ziel dieses Berichts ist es, die ökonomische Situation der baden-württembergischen Bevölkerung umfassend zu untersuchen und die entsprechenden Implikationen für die Demokratie genauer zu beleuchten. Betrachtet werden unter anderem die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, das politische Vertrauen und die politische Partizipation von Menschen in Baden-Württemberg und welche Faktoren diese beeinflussen. Während bei der Betrachtung der ökonomischen Situation die Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg in den Blick genommen wird, stehen bei den Ausführungen zur Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie sowie zum politischen und sozialen Vertrauen und zur politischen Partizipation Menschen in Armutslagen² im Fokus. Die Frage, welche politischen Präferenzen (etwa Parteipräferenzen) die Befragten haben, ist nicht Gegenstand dieses Berichts. Neben den statistischen Analysen ist ein zentraler Aspekt des Berichts die Herausarbeitung von Lösungsansätzen unter Einbezug der Betroffenenperspektive und von Praxisbeispielen, basierend auf den empirischen Befunden.

2 Es wird in diesem Bericht eine weite Definition von Armut verwendet, die neben unterschiedlichen Einkommensschwellen auch die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage beinhaltet. Damit ist eine umfassendere Betrachtung von Armutslagen möglich, mit der auch unterschiedlichen Lebenshaltungskosten Rechnung getragen wird. Werden spezifische Schwellen wie die Armuts- oder Armutsgefährdungsquote analysiert, dann werden diese explizit als solche bezeichnet.

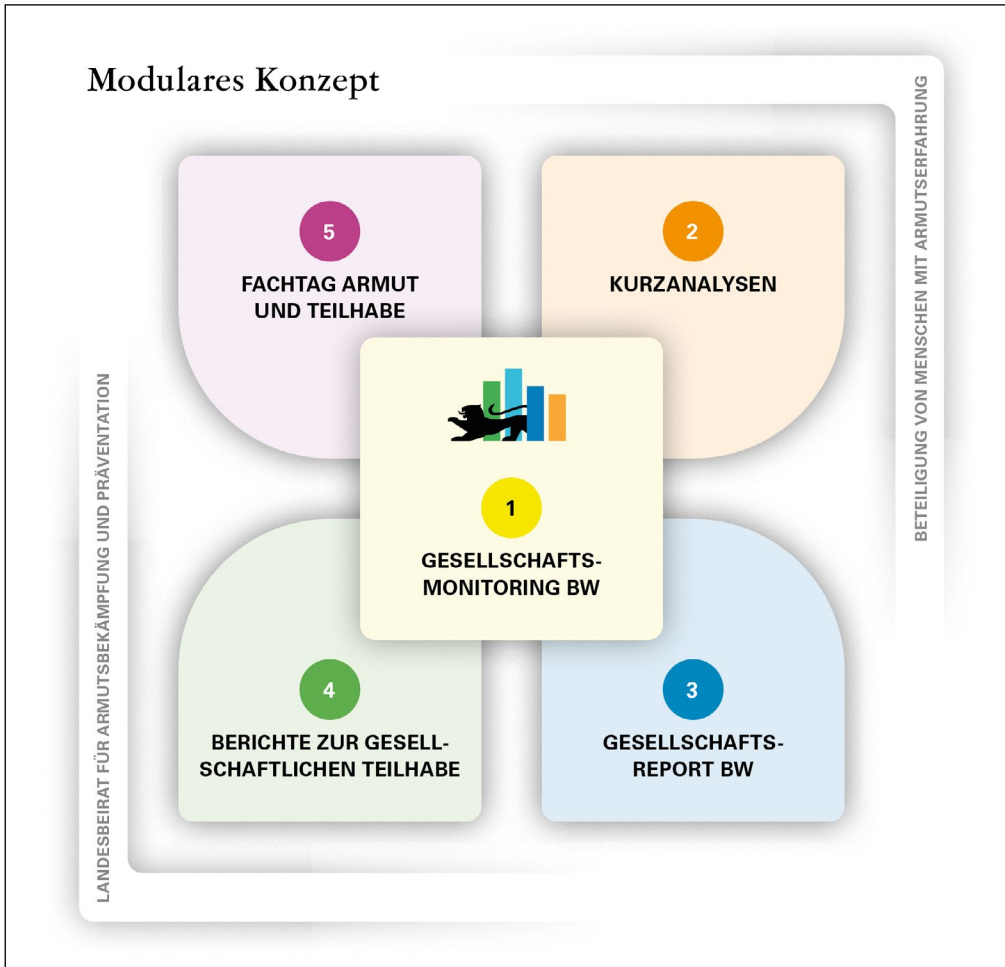


Abbildung 2:
Modulares Konzept

Der vorliegende Bericht ist Bestandteil der modularen Armutsberichterstattung des Landes Baden-Württemberg (*Abbildung 2*). Bis 2028 werden insgesamt fünf Berichte zur gesellschaftlichen Teilhabe mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten erstellt.³

Das Gesamtkonzept dieser Berichte umfasst jeweils drei Teile:

- einen sozialwissenschaftlichen Analyseteil mit Daten und Analysen zur Situation in Baden-Württemberg (erstellt von der FaFo Baden-Württemberg),
- einen Teil mit sozialpolitischen Handlungsempfehlungen basierend auf den Ergebnissen der sozialwissenschaftlichen Analysen (erstellt durch die Begleitgruppe zum Bericht),
- sowie einen Beitrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration.

³ Bisher wurden die folgenden zwei Berichte veröffentlicht: Erster Bericht (03/2024) zu Altersarmut in Baden-Württemberg (online verfügbar unter https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Bericht_Altersarmut-Teilhabe-BW_2024_barrierefrei.pdf) und Zweiter Bericht (08/2024) zur Wohnsituation von armutsgefährdeten Menschen in Baden-Württemberg (online verfügbar unter https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Armut_und_wohnen_in_BW_Teil2.pdf).

Dem Analyseteil der Berichte liegt ein partizipativer Ansatz zugrunde. Er wird in enger Abstimmung mit einer Begleitgruppe aus Vertretungen des Landesbeirats für Armutsbekämpfung und Prävention Baden-Württemberg konzipiert und ausgearbeitet. Beteiligte Akteurinnen und Akteure waren in diesem dritten Bericht zum Thema „Ökonomische Ungleichheit, Demokratiezufriedenheit und politisches Vertrauen in Baden-Württemberg“ die Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (Netzwerk 1), die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V., der Landessenorenrat Baden-Württemberg, ver.di Baden-Württemberg, delegiert vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der Landkreistag, der Landesfrauenrat Baden-Württemberg und die Tafel Baden-Württemberg.

Der Analyseteil des Berichts gliedert sich in zwei Teile: Im ersten Kapitel wird zunächst die Entwicklung der Einkommensverteilung in Baden-Württemberg beschrieben. Der Fokus liegt dabei auf der Ungleichheit und Polarisierung der Einkommensverteilung. Zusätzlich wird die Entwicklung der Verdienste in Baden-Württemberg betrachtet. Außerdem werden die Ausgaben von Haushalten im Hinblick auf die hohe Inflation in den Jahren 2022 und 2023 untersucht. Schließlich wird die subjektive Einschätzung der ökonomischen Lage von armutsgefährdeten Menschen betrachtet. Dabei gibt ein Interview exemplarisch Einblick in die Lebenssituation von armutsgefährdeten Menschen.

Im zweiten Kapitel wird untersucht, welche Implikationen die im ersten Kapitel beschriebenen Entwicklungen auf die Demokratie haben. Mit dem Fokus auf Menschen in Armutslagen werden zuerst Demokratiezufriedenheit und politisches Vertrauen betrachtet und welche Faktoren diese beeinflussen. Anschließend geht es um das Thema politische Partizipation. Abschließend werden anhand von Erfahrungen aus der Praxis Möglichkeiten aufgezeigt, wie der Kreislauf aus Unzufriedenheit mit der Demokratie, geringem Vertrauen in politische Institutionen, sinkender politischer Partizipation und geringer Repräsentation durchbrochen werden kann.

Die Begleitgruppe, die auch an der Vorbereitung des Analyseteils mitgewirkt hat, spricht im zweiten Berichtsteil sozialpolitische Handlungsempfehlungen aus, die sich für sie aus den statistischen Ergebnissen ergeben. Zum ersten Berichtsteil gab es außerdem ein Gruppengespräch mit der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg. Die Sicht und Ideen von armutsbetroffenen Menschen wurden dabei protokolliert und mit der Begleitgruppe geteilt. Die Begleitgruppe hat eigene Statements zu den Analysen erstellt, welche in einem Workshop – moderiert von der FaFo Baden-Württemberg – diskutiert und zusammengeführt wurden. Sie umfassen grundsätzliche Punkte mit einer langfristigen Perspektive, da die Relevanz des Themas dies aus Sicht der Begleitgruppe erfordert. Gleichzeitig hat die Begleitgruppe Handlungsempfehlungen erarbeitet, die kurzfristig umgesetzt werden können.

Bei dem dritten Teil des Berichts zur gesellschaftlichen Teilhabe handelt es sich um einen eigenen Beitrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration. Hier werden, ausgehend von den statistischen Analysen sowie den Handlungsempfehlungen, bestehende und geplante Maßnahmen aufgezeigt, die dazu beitragen sollen, die Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrung an politischen und gesellschaftlichen Diskussionen und Aktivitäten vor Ort zu verbessern. Und damit langfristig das Recht auf politische Teilhabe, das Vertrauen in politische Institutionen und die Zustimmung zu den Werten der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu stärken.

Teil 1:

Analyse zur ökonomischen Ungleichheit, Demokratie- zufriedenheit und zu politischem Vertrauen in Baden-Württemberg

(FaFo Baden-Württemberg
im Statistischen Landesamt)

Kristina Faden-Kuhne, Marie Sophie Jestadt, Dr. Jan Velimsky, Dr. Stephanie Saleth

1. Das Wichtigste in Kürze

- Auf Basis des preisbereinigten Nettoäquivalenzeinkommens in Baden-Württemberg zeigt sich, dass die Ungleichheit des Einkommens in dem betrachteten Zeitraum von 2005 bis 2019 leicht gestiegen ist. 2021 war die Ungleichheit am größten. Seitdem ist sie wieder auf das Niveau vor der Covid-19-Pandemie zurückgegangen.
- Der Anteil armutsgefährdeter Menschen ist in Baden-Württemberg von 2005 bis 2019 gestiegen. Im Jahr 2021 war die Armutsgefährdungsquote mit 16,4 % am höchsten (Landesmedian). Seitdem ist die Armutsgefährdungsquote leicht zurückgegangen. 2023 betrug sie 15,4 %. Der Anteil einkommensreicher Menschen ist über den gesamten Zeitraum konstant geblieben.
- Die preisbereinigten (realen) Bruttomonatsverdienste sind in Baden-Württemberg im Zeitraum von 2018 bis 2023 in der untersten Gruppe der Verdienstverteilung (untersten 20 % der Verdienstverteilung bzw. unterstes Quintil) real fast doppelt so stark gesunken wie in der obersten Verdienstgruppe (oberstes Quintil; 14,6 % im Vergleich zu 6,8 %).
- In Baden-Württemberg lag die Inflationsrate 2022 und 2023 bei +6,3 %. Weil die Menschen mit einem niedrigen Einkommen anteilig mehr ihrer Konsumausgaben für die Bereiche mit einer hohen Teuerungsrate aufbringen müssen, sind sie besonders von den Preissteigerungen für Haushaltsenergie und Lebensmittel betroffen. Das heißt, armutsgefährdete Menschen sind durch die hohen Preissteigerungen besonders betroffen.
- Armutsgefährdete Menschen in Baden-Württemberg sind unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie und haben ein geringeres Vertrauen in ihre repräsentativen Institutionen als die Gesamtbevölkerung. Tiefergehende Analysen zeigen, dass gerade die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage sowie das soziale Vertrauen wichtigere Erklärungsfaktoren sowohl für die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie als auch für politisches Vertrauen sind als einzelne Armutsschwellen. Die Analysen deuten aber darauf hin, dass Armutsgefährdung das soziale Vertrauen negativ beeinflusst und dies wiederum einen Effekt auf das politische Vertrauen hat.
- Menschen in Armutslagen beteiligen sich im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg weniger bei Wahlen. Hinsichtlich der Nutzung anderer Formen von politischer Partizipation kann dagegen kein Unterschied zur Gesamtbevölkerung festgestellt werden.

2. Entwicklung der ökonomischen Situation

2.1 Wird die Verteilung der Einkommen in Baden-Württemberg immer ungleicher? – Analyse der Entwicklung des monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens in Baden-Württemberg nach Einkommensdezilen

Um zu untersuchen, ob die Einkommensverteilung in Baden-Württemberg über die Zeit immer ungleicher wird, wird die Verteilung des monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens⁴, ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied, betrachtet.

Da die Einkommensverteilung in ihrer Komplexität nicht mit einer einzigen Maßzahl beschrieben werden kann, werden verschiedene Maßzahlen herangezogen und über die Zeit verglichen. Die gewählten Maße konzentrieren sich jeweils auf unterschiedliche Aspekte der Einkommensverteilung, um ihre Entwicklung möglichst umfassend zu beschreiben. Alle in diesem Abschnitt berichteten Ergebnisse basieren auf den Daten des Mikrozensus⁵ (MZ-Kern) für den Zeitraum von 2005 bis 2023.

Die Daten zeigen sowohl für Baden-Württemberg als auch für Deutschland, dass die preisbereinigten⁶ monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen in allen Einkommensdezilen im Zeitraum von 2005 bis 2019 gestiegen und von 2021 bis 2023 leicht gesunken sind. Das mittlere monatliche preisbereinigte Nettoäquivalenzeinkommen ist in Baden-Württemberg von 2005 bis 2019 um 19,4 % auf 1.957 Euro gestiegen. 2023 lag das mittlere Einkommen bei 1.874 Euro. Das entspricht einem Rückgang von 5,1 % seit 2021 (*Abbildung 3*).

In Deutschland ist das mittlere Einkommen von 2005 bis 2019 ebenfalls um 19,6 % gestiegen und seit 2021 um 4,0 % gesunken. Das mittlere Einkommen war in Deutschland im gesamten betrachteten Zeitraum etwas geringer als das mittlere Einkommen in Baden-Württemberg.

4 EU-weit ist es üblich, Einkommen unterschiedlicher Lebensformen durch die Gewichtung entlang der neuen OECD-Skala vergleichbar zu machen (Pro-Kopf-Bedarfsgewichtung). Dafür wird auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied berechnet, das sogenannte Nettoäquivalenzeinkommen. Durch die Verwendung des Äquivalenzeinkommens wird die Ersparnis berücksichtigt, die ein Mehrpersonenhaushalt gegenüber einem Einpersonenhaushalt hat (siehe <https://www.gesellschaftsmoitoring-bw.de/glossary/nettoaequivalenzeinkommen/> (Abruf: 10.09.2024)).

5 Die Daten, die den Analysen zugrunde liegen, sind ab dem Jahr 2020 die Erstergebnisse des Mikrozensus des jeweiligen Jahres (siehe <https://www.statistik-bw.de/DatenMelden/Mikrozensus/Hinweise.jsp> (Abruf: 07.08.2024)).

6 Es wird der Verbraucherpreisindex für Baden-Württemberg und Deutschland zum Basisjahr 2020 zugrunde gelegt, um die preisbereinigten monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen für die jeweiligen Jahre zu berechnen (siehe <https://www.statistik-bw.de/GesamtwBranchen/KonjunktPreise/VPI-LR.jsp> (Abruf: 09.08.2024)). Unter preisbereinigt versteht man das Herausrechnen von Preiseinflüssen. Anhand des preisbereinigten Einkommens kann somit die tatsächliche Kaufkraft des Einkommens über den betrachteten Zeitraum verglichen werden.

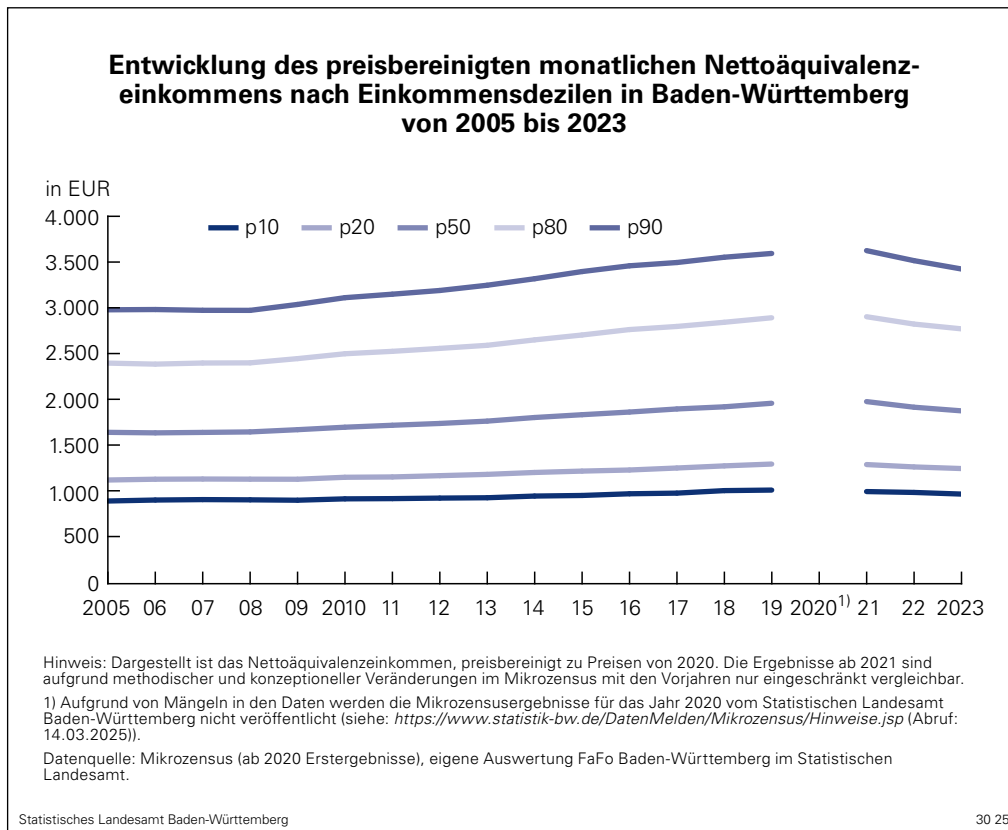


Abbildung 3:
Entwicklung des
preisbereinigten
monatlichen
Nettoäquivalenzein-
kommens nach
Einkommensdezilen in
Baden-Württemberg
von 2005 bis 2023

Der Vergleich der Entwicklung des unteren Dezils und des oberen Dezils⁷, also der niedrigsten Einkommen und der höchsten Einkommen in Baden-Württemberg, zeigt, dass die Einkommen im oberen Dezil von 2005 bis 2019 stärker gestiegen sind (um 20,7 %) als die Einkommen im unteren Dezil (um 13,4 %). Von 2021 bis 2023 sind die Einkommen im oberen Einkommensdezil um 5,5 % gesunken. Die Einkommen im unteren Einkommensdezil um 2,8 %.

Diese Veränderungen der Einkommensverteilung spiegeln sich in der Entwicklung des Dezilverhältnisses wider. Anhand des Dezilverhältnisses kann die Ungleichheit der Einkommensverteilung, also die Spreizung der Einkommen, beurteilt werden. Das 90/10-Dezilverhältnis der Einkommensverteilung lag 2005 in Baden-Württemberg bei 3,4 und ist bis 2019 auf 3,6 leicht gestiegen. 2021 lag das Dezilverhältnis in Baden-Württemberg bei 3,7 und ist danach leicht gesunken. 2023 war das niedrigste Einkommen im obersten Dezil 3,6-mal so hoch wie das höchste Einkommen im untersten Dezil. Der Anstieg der Ungleichheit war im Zeitraum von 2005 bis 2019 in Baden-Württemberg etwas stärker als im Bundesgebiet (3,5 auf 3,6). Die rückläufige Tendenz der Ungleichheit seit 2021 lässt sich für das Bundesgebiet nicht feststellen. Mit einem Dezilverhältnis von 3,7 verharrt die Ungleichheit in Deutschland auf einem konstanten Niveau.

7 Die Dezile ergeben sich, indem die beobachteten Einkommenswerte in aufsteigender Reihenfolge sortiert werden und die Verteilung in 10 gleich große Teile aufgeteilt wird. Die Dezilgrenzen beschreiben jeweils die Einkommenshöhe, die von 10 % der Personen, von 20 % der Personen und so weiter nicht überschritten wird. In das 1. Dezil fallen die 10 % der Personen mit dem niedrigsten Einkommen. In das 10. Dezil fallen die 10 % der Personen mit dem höchsten Einkommen. In der Interpretation ist zu beachten, dass sich die Einkommenspositionen der Menschen über die Zeit verändern können und somit verschiedenen Dezilen zugeordnet werden können.

Betrachtet man die Entwicklung des Einkommens für Männer und Frauen, für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und für Lebensformen mit und ohne Kinder in Baden-Württemberg, zeigt sich ein ähnliches Bild. Für keine der betrachteten Gruppen nimmt die Ungleichheit des Einkommens zwischen dem unteren und oberen Dezil über die Zeit stärker zu als die Ungleichheit in der Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg.

Von 2005 bis 2019/2021 hat die Einkommensungleichheit also zunächst leicht zugenommen. In den Jahren 2022 und 2023 zeigt sich in Baden-Württemberg eine leicht rückläufige Tendenz der Ungleichheit der Einkommen. Ob sich diese Tendenz in den nächsten Jahren fortsetzt, bleibt abzuwarten.

Anhand der Verteilung des gesamten Nettoäquivalenzeinkommens in Baden-Württemberg wird untersucht, welcher Anteil des Gesamteinkommens auf die einzelnen Einkommensdezile⁸ entfällt. Für das Jahr 2023 zeigt sich, dass auf die oberen 10 % der Einkommensverteilung 23,0 % des gesamten Einkommens in Baden-Württemberg entfielen und auf die unteren 10 % der Einkommensverteilung 3,4 % (Abbildung 4). Die oberen 10 % der Einkommensverteilung hatten also im Jahr 2023 fast das Siebenfache des Einkommensanteils, der auf die unteren 10 % der



Abbildung 4:
Verteilung des gesamten
Nettoäquivalenzeinkommens in Baden-Württemberg und Deutschland im Jahr 2023

⁸ Die Grafik zeigt, welcher Anteil des gesamten Einkommens in Baden-Württemberg auf die einzelnen Einkommensdezile entfällt. Bei einer vollständigen Gleichverteilung der Einkommen würde auf jedes Dezil 10 % des Gesamteinkommens entfallen.

Einkommensverteilung entfiel, zur Verfügung. Die Verteilung des gesamten Nettoäquivalenzeinkommens in Baden-Württemberg ist in dem betrachteten Zeitraum von 2005 bis 2019 ungleicher geworden. 2021 war die Ungleichheit am höchsten und ist seitdem wieder leicht gesunken. In Deutschland ist das Gesamteinkommen etwas ungleicher verteilt als in Baden-Württemberg. Der Einkommensanteil, der 2023 auf das obere Dezil entfiel, ist etwas höher als in Baden-Württemberg. Der Anteil des Gesamteinkommens, der auf das unterste Einkommensdezil in Deutschland entfiel, ist mit 3,2 % etwas geringer als in Baden-Württemberg.

Auch anhand des Gini-Koeffizienten zeigt sich, dass die Verteilung des Einkommens in Deutschland ungleicher ist als die Verteilung des Einkommens in Baden-Württemberg. Der Gini-Koeffizient⁹ beschreibt die Ungleichheit der Verteilung der Einkommen insgesamt. In Baden-Württemberg lag der Gini-Koeffizient von 2005 bis 2012 im Schnitt bei 0,281. Nach einem leichten Anstieg lag er in Baden-Württemberg seit 2013 bei durchschnittlich 0,288. In Deutschland lag der Gini-Koeffizient im Vergleich dazu im Zeitraum von 2005 bis 2019 im Durchschnitt bei 0,290 und seit 2021 im Schnitt bei 0,298 und somit leicht über dem Gini-Koeffizienten in Baden-Württemberg in den jeweiligen Zeiträumen.

Analysen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Entwicklung der Ungleichheit der Einkommen in Deutschland für einen größeren Zeitraum anhand der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)¹⁰ zeigen, dass der Gini-Koeffizient 1995 bei 0,25 lag und bis 2005 auf 0,28 angestiegen ist. Danach erfolgte nur noch ein geringer Anstieg des Gini-Koeffizienten. 2020 lag der Gini-Koeffizient bei 0,30 in Deutschland (vgl. Grabka 2024).

2.2 Polarisieren sich die Einkommen in Baden-Württemberg? – Entwicklung des Anteils armutsgefährdeter und einkommensreicher Menschen in Baden-Württemberg

Nachdem im ersten Kapitel gezeigt wurde, wie sich die Ungleichheit der Einkommensverteilung entwickelt hat, wird im zweiten Schritt untersucht, ob eine Polarisierung der Einkommen in Baden-Württemberg stattgefunden hat. Der Blick auf die Polarisierung der Einkommensverteilung erweitert die Analyse um die Frage, ob sich die Struktur der Einkommensverteilung insofern verändert hat, als dass die oberen und unteren Einkommensbereiche innerhalb des betrachteten Zeitraums stärker besetzt wurden und die Mitte der Einkommensverteilung somit kleiner geworden ist. Die Frage danach ist wichtig, weil eine solche Entwicklung von der Bevölkerung wie eine Vergrößerung der Ungleichheit wahrgenommen werden kann, obwohl die Polarisierung nicht tatsächlich mit einer Zunahme der Ungleichheit einhergehen muss (vgl. Goebel et al. 2010). Insbesondere der

9 Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je höher der Wert des Gini-Koeffizienten ist, desto ausgeprägter ist die gemessene Ungleichheit. Das heißt, je näher der Wert des Gini-Koeffizienten an 1 liegt, desto weniger Personen bzw. Haushalte halten immer größere Anteile des gesamten Einkommens.

10 Das SOEP ist eine Panelstudie in Deutschland, die seit 1984 läuft. Aktuell werden ungefähr 30.000 Menschen in 22.000 Haushalten befragt (siehe <https://www.leben-in-deutschland.de/informationen-zur-studie/> (Abruf: 28.08.2024)). Die Berechnungen der Armutsgefährdungsquote basieren hier auf dem SOEP-Datensatz von 1984 bis 2021 (v38.1). Die hier berichtete Armutsgefährdungsquote auf Basis des SOEP-Jahreseinkommen von 2020 (vgl. Grabka 2024).

Anstieg des unteren Einkommensbereichs der Einkommensverteilung führt bei der Mittelschicht zur Angst vor einem wirtschaftlichen Abstieg (vgl. Goebel et al. 2010). Das ist zum einen problematisch, weil eine „starke Mittelschicht ein wesentlicher Eckpfeiler der Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft [ist], [für] [...] wirtschaftliche[n] Wohlstand [sorgt] und soziale [...] Teilhabe [fördert] [...]“ (Dorn et al. 2023: 35). Zum anderen ist eine starke Mittelschicht auch wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Wenn wirtschaftliche Unsicherheit und die Sorgen vor wirtschaftlichem Abstieg und Ungleichheit zunehmen, kann dies auch die politische Stabilität einer Demokratie auf Dauer erodieren“ (Dorn et al. 2023: 35).

In der empirischen Praxis werden die Einkommensgrenzen des unteren und oberen Einkommensbereichs der Einkommensverteilung auf unterschiedliche Weise definiert. In diesem Bericht bildet die Gruppe der armutsgefährdeten Menschen den unteren Einkommensbereich ab. Der obere Einkommensbereich wird durch einkommensreiche Menschen gebildet (siehe *Infobox Die Armutsgefährdungsquote und verschiedene Einkommensschwellen*). Zur Untersuchung der Entwicklung der unteren und oberen Einkommensbereiche der Verteilung wird der Anteil armutsgefährdeter Menschen dem Anteil einkommensreicher Menschen in Baden-Württemberg gegenübergestellt.

Es zeigt sich, dass der Anteil der armutsgefährdeten Menschen in Baden-Württemberg von 2005 bis 2019 von 13,8 % auf 15,6 % gestiegen ist. Der Anteil einkommensreicher Menschen ist in diesem Zeitraum konstant geblieben. Im Jahr 2021 war die Armutsgefährdungsquote mit 16,4 % am höchsten. Sie ist seitdem leicht gesunken und lag 2023 wieder bei 15,4 %. Ob sich diese rückläufige Entwicklung in den kommenden Jahren fortsetzt, bleibt abzuwarten. Der Anteil einkommensreicher Menschen ist auch in diesem Zeitraum in Baden-Württemberg nahezu konstant geblieben (*Abbildung 5*).



Die Armutsgefährdungsquote und verschiedene Einkommensschwellen

Die Armutsgefährdungsquote misst die relative Einkommensarmut und wird entsprechend des EU-Standards definiert als der Anteil der Personen, deren Nettoäquivalenzeinkommen (ÄE) weniger als 60 % des Medians des ÄE der Bevölkerung beträgt. Berechnungsgrundlage für die Armutsgefährdungsquote für Deutschland ist der Bundesmedian, für Baden-Württemberg der entsprechende Landesmedian bzw. für Vergleiche zwischen den Bundesländern der Bundesmedian.

Um die Verteilung um den Schwellenwert von 60 % in den Blick zu nehmen, werden in der Armutsforschung verschiedene Einkommensschwellen um die 60 % Schwelle herum betrachtet. Menschen, deren Einkommen nur knapp oberhalb der 60 % Schwelle liegt, gelten dabei als einkommensschwach (70 % Schwelle). Menschen, deren Einkommen unterhalb der 50 % Grenze liegt, gelten als einkommensarm.

Als einkommensreich gelten hingegen alle Menschen, deren Nettoäquivalenzeinkommen mehr als 200 % des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens in der Bevölkerung beträgt.

Auch wenn hier nicht direkt die Entwicklung der Mitte der Einkommensverteilung betrachtet wurde, kann auf Basis der beschriebenen Entwicklung angenommen werden, dass sich die Mitte der Einkommensverteilung mit dem Anstieg des Anteils der armutsgefährdeten Menschen bis 2021 in Baden-Württemberg verkleinert hat.

In Deutschland lag der Anteil armutsgefährdeter und einkommensreicher Menschen im gesamten betrachteten Zeitraum (leicht) über dem Anteil der beiden Gruppen in Baden-Württemberg (Abbildung 5). Der Anteil der armutsgefährdeten Menschen ist auch im Bundesgebiet bis 2019 bzw. 2021 gestiegen. Anders als in Baden-Württemberg ist der Anteil armutsgefährdeter Menschen in Deutschland seit 2021 jedoch nicht zurückgegangen. Der Anteil einkommensreicher Menschen ist in Deutschland über den gesamten betrachteten Zeitraum konstant geblieben.

Wird die Entwicklung des Anteils der armutsgefährdeten Menschen für einen größeren Zeitraum betrachtet, zeigt sich mit deutschlandweiten Analysen des DIW mit dem SOEP, dass der Anstieg des Anteils armutsgefährdeter Menschen von Ende der 1990er-Jahre bis 2015 am stärksten war. In diesem Zeitraum ist der Anteil der armutsgefährdeten Menschen in Deutschland von rund 11 % auf rund 16 % gestiegen. Danach nimmt der Anteil auf Basis des SOEP nur noch leicht zu (vgl. Grabka 2024).¹¹

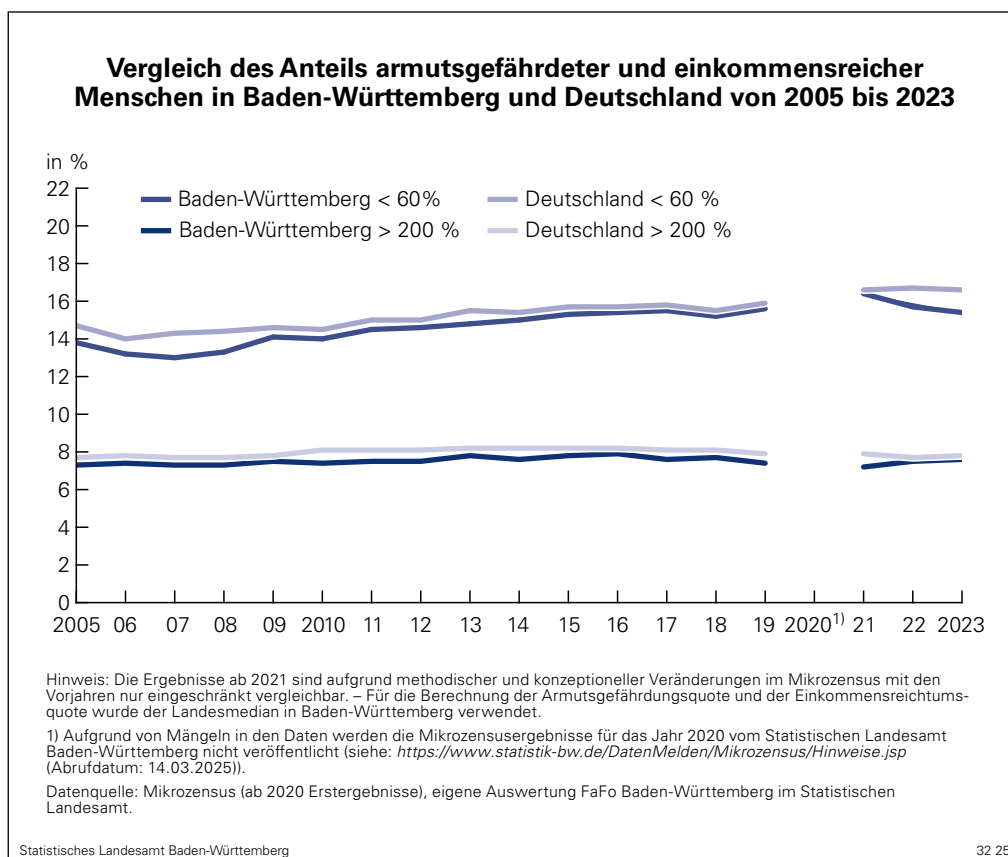


Abbildung 5:
Vergleich des Anteils
armutsgefährdeter und
einkommensreicher
Menschen in Baden-
Württemberg und
Deutschland von 2005
bis 2023

¹¹ Die Berechnungen der Armutsgefährdungsquote basieren hier auf dem SOEP-Datensatz von 1984 bis 2021 (v38.1). Die hier berichtete Armutsgefährdungsquote basiert auf dem SOEP-Jahreseinkommen von 2020 (vgl. Grabka 2024).

Die relative Armutsgefährdungslücke¹² gibt an, wie weit das mittlere Einkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung in Baden-Württemberg unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Sie gibt Auskunft darüber, ob die Einkommen der armutsgefährdeten Menschen nahe an der Armutsgefährdungsschwelle liegen oder ob sie auch mit Einkommenszuwächsen nicht über die Armutsgefährdungsschwelle gelangen würden. Anhand der Armutsgefährdungslücke kann somit die Armutsintensität beurteilt werden.

Die Armutsgefährdungslücke schwankte im Zeitraum von 2005 bis 2019. Im Jahr 2021 war sie mit 22,0 % am höchsten. In den Jahren 2022 und 2023 war die Armutsgefährdungslücke etwas niedriger als im Jahr 2021 (Abbildung 6). Das heißt, genauso wie die Ungleichheit der Einkommen in Baden-Württemberg kleiner zu werden scheint und 2023 wieder auf dem gleichen Niveau lag wie vor der Covid-19-Pandemie, rückt das mittlere Einkommen der armutsgefährdeten Menschen wieder

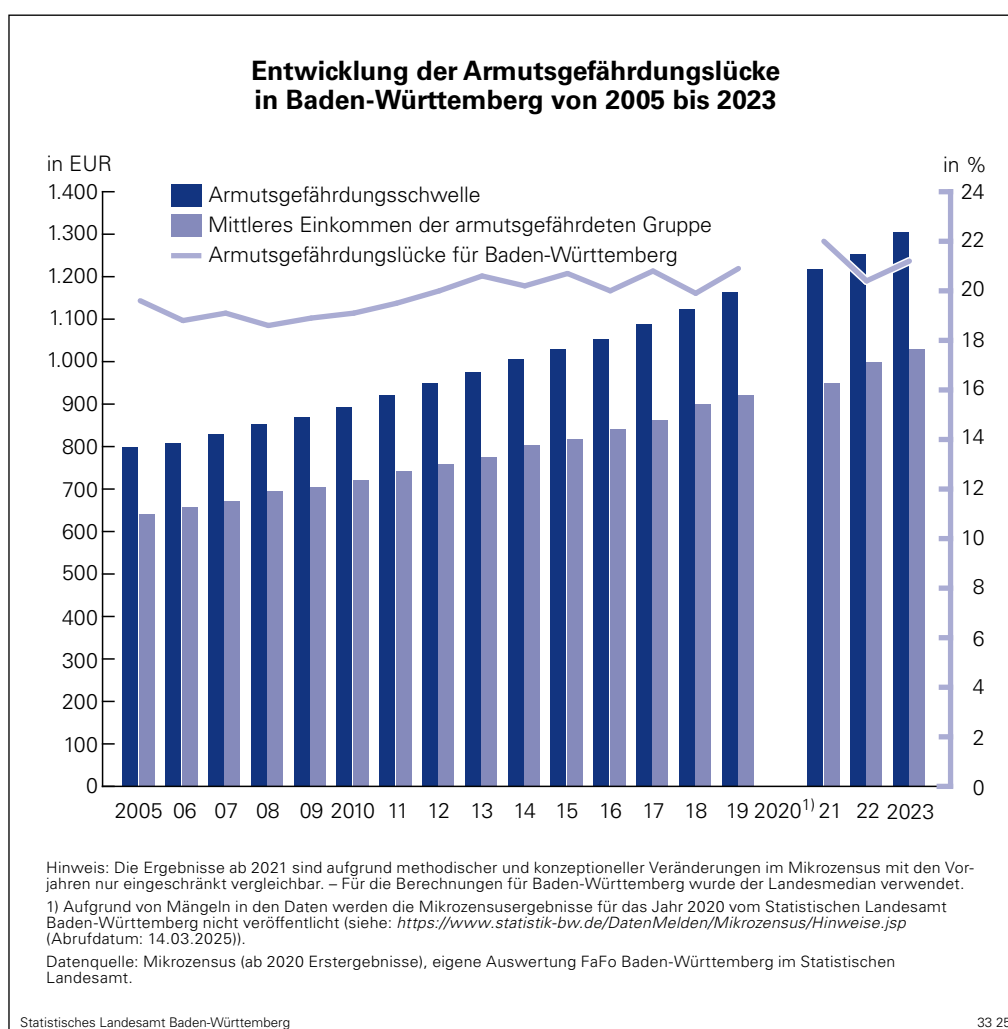


Abbildung 6:
Entwicklung der
Armutsgefährdungslücke
in Baden-Württemberg
von 2005 bis 2023

12 Die relative Armutsgefährdungslücke ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Median des Nettoäquivalenzeinkommens von Personen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle und der Armutsgefährdungsschwelle. Sie wird als Prozentsatz der Armutsgefährdungsschwelle angegeben. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei einem Nettoäquivalenzeinkommen, das 60 % des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens in der Bevölkerung in Baden-Württemberg beträgt.

näher an die Armutsschwelle heran. Dies bedeutet, die Intensität der Armut der armutsgefährdeten Menschen nahm seit 2021 leicht ab und war 2023 etwa so hoch wie 2019.

Auch in Deutschland schwankte die Armutsgefährdungslücke im Zeitraum von 2005 bis 2019. Sie war in vielen Jahren etwas niedriger als die Armutsgefährdungslücke in Baden-Württemberg. Im Zeitraum von 2021 bis 2023 war die Armutsgefährdungslücke in Deutschland mit durchschnittlich 22,3 % am höchsten und in allen 3 Jahren höher als die Armutsgefährdungslücke in Baden-Württemberg.

2.3 Vermögensungleichheit

Neben dem Einkommen bestimmt auch das vorhandene Vermögen die materielle Situation von Menschen. Die Datenlage zur Untersuchung der Vermögensungleichheit ist allerdings schlechter als die Datenlage zum Einkommen. Aus diesem Grund kann die Ungleichheit des Vermögens nicht so umfassend untersucht werden wie die Ungleichheit der Einkommensverteilung. Trotzdem soll an dieser Stelle des Berichts der Blick auf die Verteilung von Vermögen in Baden-Württemberg gerichtet werden.

Auf Basis der Daten des SOEP lag der Gini-Koeffizient für die Verteilung des gesamten individuellen Nettovermögens 2017¹³ in Baden-Württemberg bei 0,69¹⁴. Der Gini-Koeffizient für die Vermögensverteilung lag damit deutlich über dem Gini-Koeffizienten von 0,269¹⁵, der sich für die Einkommensverteilung in Baden-Württemberg im Jahr 2017 auf Basis des SOEP ergeben hat. Das Vermögen war in Baden-Württemberg also deutlich ungleicher verteilt als das Einkommen (vgl. GeMo 2017a; GeMo 2017b).

Die unteren 10 % der Vermögensverteilung in Baden-Württemberg wiesen 2017 einen negativen Anteil am Gesamtvermögen von –0,5 % auf (*Abbildung 7*). Das heißt, sie hatten höhere Schulden als positive Vermögensbestandteile. Die unteren 50 % der Vermögensverteilung verfügten insgesamt lediglich über 3,2 % des gesamten Vermögens in Baden-Württemberg. Ab dem 6. Dezil bis zum 9. Dezil nimmt der Anteil am gesamten Vermögen von 5,3 % bis 20,6 % stetig zu. Die oberen 10 % der Vermögensverteilung verfügten über 47,3 % des gesamten Vermögens in Baden-Württemberg (vgl. GeMo 2017b).

13 Mit dem Modul „Ihre persönliche Vermögensbilanz“ wird die Höhe und Zusammensetzung des individuellen Vermögens aller Personen ab 17 Jahren in einem Privathaushalt erhoben. Dieses Modul wird seit 2002 alle 5 Jahre abgefragt. Zum Zeitpunkt der Analysen in diesem Bericht lagen SOEP-Daten bis 2021 vor (SOEP v38.1.). Das heißt, aktuellere Daten zum individuellen Nettovermögen als die Daten aus dem Jahr 2017 waren nicht verfügbar.

14 Bei der Interpretation des Gini-Koeffizienten ist zu beachten, dass durch die Berücksichtigung von Schulden negative Nettovermögen entstehen können. Solche Fälle, in denen die Schulden über positive Vermögensbestände überwiegen, werden rechnerisch so behandelt, als wäre das Vermögen gleich null. Das liegt daran, dass der Gini-Koeffizient nicht für negative Werte definiert ist.

15 Der Gini-Koeffizient basiert an dieser Stelle auf dem SOEP v35 mit Daten zum Einkommen im Jahr 2017.

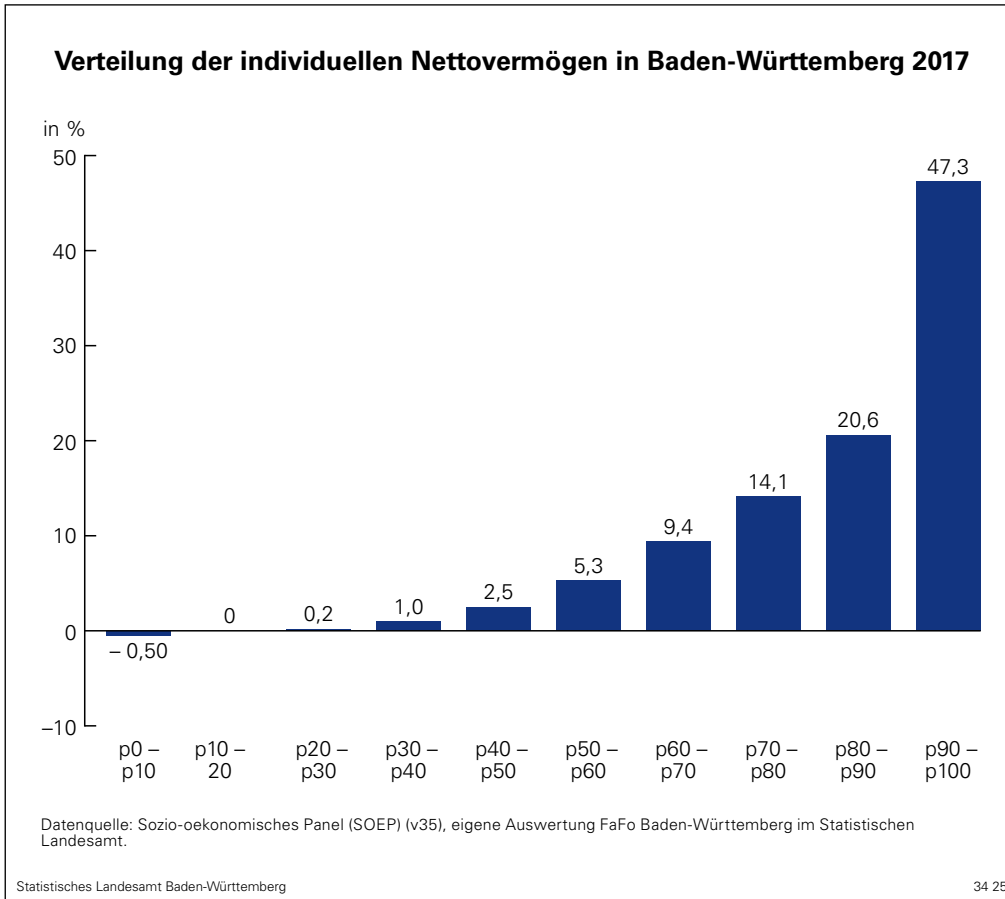


Abbildung 7:
Verteilung der individuellen Nettovermögen in Baden-Württemberg 2017

In Baden-Württemberg war die Vermögensungleichheit geringer als im Bundesgebiet. Für die Verteilung des individuellen Nettovermögens in Deutschland lag der Gini-Koeffizient 2017 bei 0,783. Auf Basis des SOEP war die Vermögensungleichheit in Deutschland somit fast dreimal so groß wie die Einkommensungleichheit in Deutschland im Jahr 2017 (Gini-Koef. = 0,289) (vgl. GeMo 2017a; GeMo 2017b). In Deutschland entfiel 2017 auf die unteren 10 % der Vermögensverteilung ein negativer Anteil am Gesamtvermögen von -1,13 %. Dieser Anteil war also mehr als doppelt so hoch wie der Anteil in Baden-Württemberg. Das heißt, im gesamten Bundesgebiet hatten die untersten 10 % der Vermögensverteilung höhere Schulden als die untersten 10 % der Vermögensverteilung in Baden-Württemberg. Die oberen 10 % der Vermögensverteilung verfügten über fast 60 % des gesamten individuellen Nettovermögens in Deutschland.

Der Vergleich der Entwicklung der Ungleichheit der Verteilung des Vermögens in Deutschland und in Baden-Württemberg anhand der Gini-Koeffizienten zeigt, dass die Ungleichheit der Vermögen in Baden-Württemberg zwischen 2012 und 2017 um 0,3 zurückgegangen ist. In Deutschland ist die Ungleichheit in diesem Zeitraum konstant geblieben, während sie in Deutschland in diesem Zeitraum konstant geblieben ist (vgl. GeMo 2017b).

2.4 Entwicklung der Bruttomonatsverdienste in Baden-Württemberg

Da das Einkommen zum größten Teil durch Erwerbstätigkeit erzielt wird, wird neben der Entwicklung des Nettoäquivalenzeinkommens auch die Entwicklung der Verdienste der Bevölkerung in Baden-Württemberg untersucht. Die Analysen beschränken sich auf die Bruttomonatsverdienste¹⁶ in Baden-Württemberg. Die Monatsverdienste basieren auf der tatsächlichen Arbeitszeit und zeigen damit den Gesamtverdienst, der durch die Beschäftigung generiert wird.

Die nicht-preisbereinigten (nominalen) mittleren Bruttomonatsverdienste sind von 2014 bis 2023 um 23,5 % auf 3.029 Euro gestiegen (*Abbildung 8*). Dieser Anstieg zeigte sich für Männer und Frauen, war aber für Frauen deutlich größer. Für Frauen sind die Bruttomonatsverdienste um 35,2 % und damit fast doppelt so stark gestiegen wie die mittleren Bruttomonatsverdienste der Männer mit 18,4 %. Die Monatsverdienste von Männern und Frauen lagen aber weiterhin auf unterschiedlichen Verdienstniveaus. Frauen hatten 2023 einen mittleren Bruttomonatsverdienst von 2.268 Euro. Die mittleren Bruttoverdienste der Männer waren 2023 um 1.400 Euro pro Monat höher als die mittleren monatlichen Bruttoverdienste der Frauen.

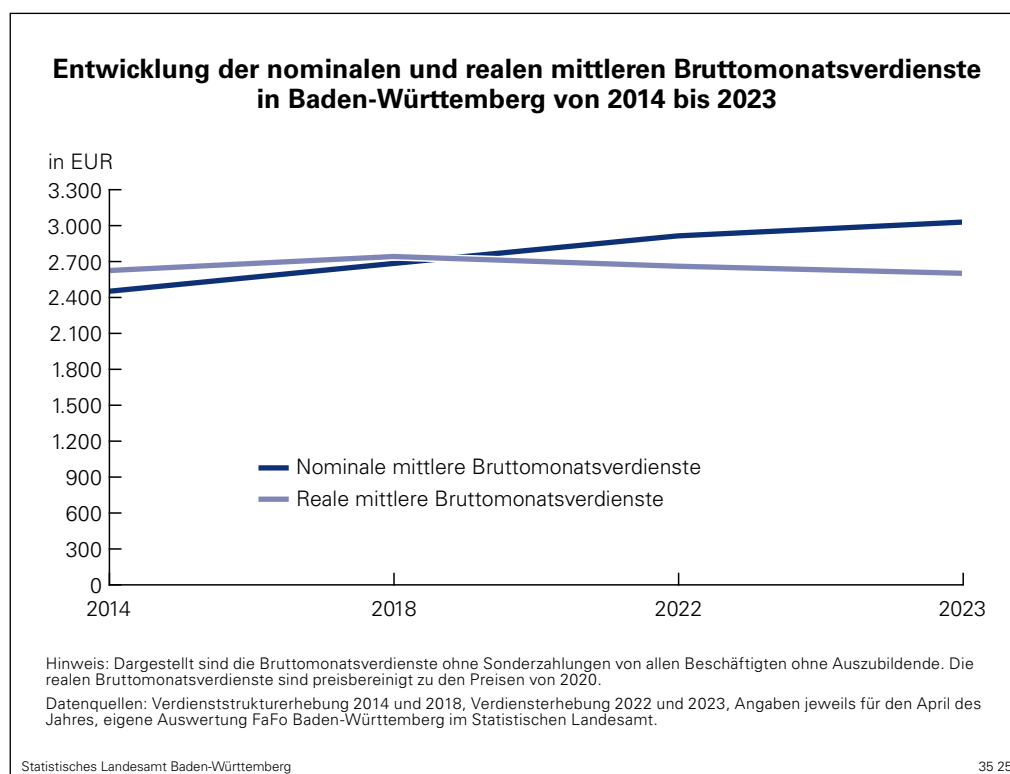


Abbildung 8:
Entwicklung der nominalen und realen mittleren Bruttomonatsverdienste in Baden-Württemberg von 2014 bis 2023

¹⁶ Die Angaben zu den Verdiensten für den April der Jahre 2014 und 2018 stammen aus der Verdienststrukturerhebung. Die Verdienststrukturerhebung wurde für 2018 letztmalig erhoben. Die Angaben zu den Verdiensten für den April des Jahres 2022 und 2023 stammen aus der Verdiensterhebung.

Legt man den Verbraucherpreisindex für Baden-Württemberg für das Basisjahr 2020 zugrunde, dann zeigt sich, dass die preisbereinigten (realen) mittleren Bruttomonatsverdienste 2014 und 2018 in Baden-Württemberg über den nicht-preisbereinigten mittleren Bruttomonatsverdiensten lagen. Sie sind in diesem Zeitraum real um 4,4 % gestiegen. Von 2018 bis 2023 sind sie um 5,1 % gesunken. Sie waren 2023 somit niedriger als im Jahr 2014 (*Abbildung 8*). Für Männer und Frauen stiegen sie von 2014 bis 2018 jeweils an. Bis 2023 sanken die preisbereinigten mittleren Bruttomonatsverdienste für Männer um ungefähr 7,4 %. Für Frauen blieben sie nahezu konstant.

Diese Entwicklungen der preisbereinigten mittleren Bruttomonatsverdienste verdeutlichen, dass die Preise 2022 und 2023 stärker gestiegen sind als die Verdienste. Der Anstieg der Verdienste konnte die Preissteigerungen in den Jahren 2022 und 2023 nicht kompensieren. Also kommt es zu einem Verlust der Kaufkraft der Verdienste.

Auch für die Entwicklung der Verdienste wurde untersucht, ob die Verteilung der Bruttomonatsverdienste in Baden-Württemberg über die Zeit ungleicher geworden ist. Um dieser Frage nachzugehen, werden das unterste und oberste Quintil¹⁷ (p20, p80) und der Median (p50) der Verdienstverteilung betrachtet. Es zeigt sich, dass die nicht-preisbereinigten Bruttomonatsverdienste im untersten Quintil, im Mittel und im obersten Quintil im Zeitraum von 2014 bis 2023 gestiegen sind (*Abbildung 9*). Von 2018 bis 2023 sind die Verdienste im untersten Quintil nominal lediglich um 1,6 % gestiegen. Im obersten Quintil sind sie hingegen um 10,8 % gestiegen.

Stellt man der Entwicklung der nicht-preisbereinigten (nominalen) Bruttomonatsverdienste die Entwicklung der preisbereinigten (realen) Bruttomonatsverdienste gegenüber, zeigt sich, dass diese von 2014 bis 2018 ebenfalls gestiegen sind. Von 2018 bis 2023 sind sie in allen abgebildeten Verdienstgruppen gesunken. Die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste des obersten Quintils sind um 6,8 % gesunken, die des untersten Quintils sind im Vergleich dazu um 14,6 % gesunken (*Abbildung 10*). Die Bruttomonatsverdienste im unteren Quintil der Verdienstverteilung sind von 2018 bis 2023 real also fast doppelt so stark gesunken wie im oberen Quintil. Das heißt, der Verlust der Kaufkraft der Verdienste im untersten Quintil ist stärker als im obersten Quintil.

Bei der Interpretation der Ungleichheit der Bruttomonatsverdienste ist die Zusammensetzung des untersten Quintils zu berücksichtigen. In das unterste Quintil fallen auch geringfügig entlohnte Beschäftigte. Die Verdienstgrenze für geringfügig Beschäftigte lag seit 2013 bei 450 Euro pro Monat und lag im Jahr 2023 bei 520 Euro pro Monat. Allerdings wird diese Verdienstgrenze bei vielen geringfügig entlohnnten Beschäftigten nicht voll ausgeschöpft. Außerdem können im unteren Quintil auch Pflichtpraktikantinnen und -praktikanten sowie Minderjährige, für die gesetzliche Ausnahmeregelungen vom Mindestlohn gelten, oder „Non-Compliance“-Fälle (Beschäftigungsverhältnisse, denen weniger als der Mindestlohn gezahlt wird) enthalten sein. Das bedeutet, nicht alle Personen in dieser Gruppe müssen in gleichem Maße von diesen monatlichen Verdiensten leben.

17 Die Quintile ergeben sich, indem die beobachteten Einkommenswerte in aufsteigender Reihenfolge sortiert werden und die Verteilung in fünf gleich große Teile aufgeteilt wird. Die Quintilgrenzen beschreiben jeweils die Verdienste, die von 20 % der Personen, von 40 % der Personen und so weiter nicht überschritten werden. In das 1. Quintil fallen die 20 % der Personen mit den niedrigsten Verdiensten. In das 5. Quintil fallen die 20 % der Personen mit den höchsten Verdiensten.

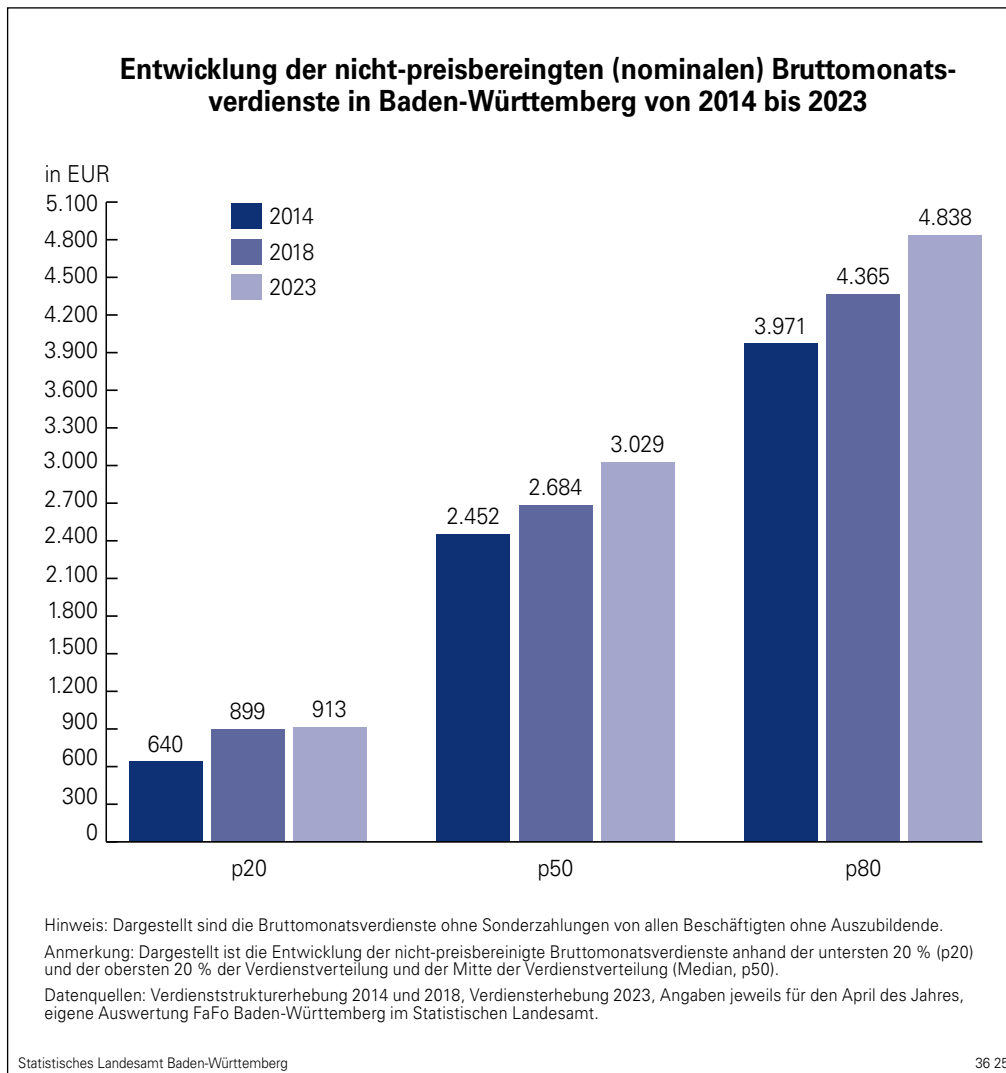
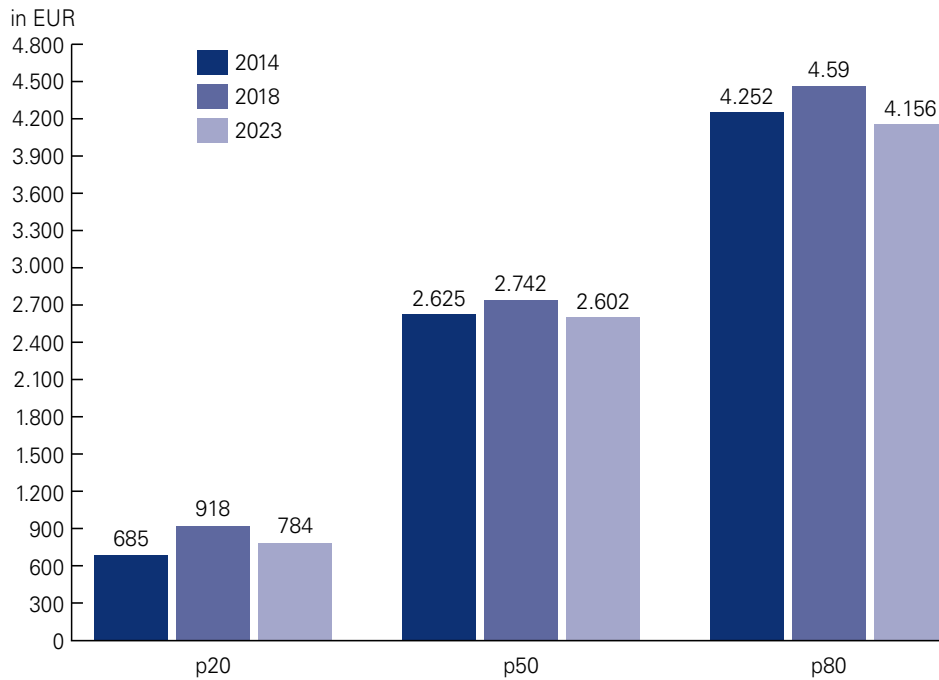


Abbildung 9:
Entwicklung der nicht-
preisbereinigten
(nominalen)
Bruttomonatsverdienste
in Baden-Württemberg
von 2014 bis 2023

Im letzten Schritt wird die Entwicklung des Niedriglohnssektors betrachtet. Gegen Ende der 1990er-Jahre bzw. Anfang der 2000er entwickelte die Bundesregierung Arbeitsmarktreformen wie die Minijobreform und Hartz I bis IV, mit denen sie der damals steigenden Anzahl von Arbeitslosen entgegenwirken wollte (vgl. Destatis 2023a; Grabka und Göbler 2020). Es sollte ein Niedriglohnsektor geschaffen werden, um die arbeitslosen Menschen einfacher in Beschäftigung zu bringen und damit die Anzahl der Arbeitslosen in Deutschland zu reduzieren. Außerdem sollte eine Beschäftigung im Niedriglohnsektor als Ausgangspunkt für eine besser entlohnte Beschäftigung dienen (vgl. Grabka und Göbler 2020; Grabka 2022, 2024).

Der Niedriglohnsektor beginnt bei einem Stundenverdienst, der niedriger ist als zwei Drittel des Medianverdienstes pro Stunde auf Bundesebene. Im Jahr 2023 zählten beispielsweise alle Personen, die weniger als 13,04 Euro pro Stunde verdient haben, zu Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Der Medianverdienst pro Stunde auf Bundesebene lag in diesem Jahr bei 19,56 Euro. Daraus ergibt sich eine Niedriglohnschwelle von 13,04 Euro pro Stunde. Im Zeitraum von 2014 bis 2023 ist die Niedriglohnschwelle einhergehend mit den steigenden mittleren Stundenverdiensten in Deutschland um 3 Euro gestiegen (Tabelle 2). Bis 2022 war der Mindestlohn deutlich niedriger als die Niedriglohnschwelle. Das heißt, der Mindestlohn ist deutlich hinter der Entwicklung der Verdienste zurückgeblieben.

Entwicklung der preisbereinigten (realen) Bruttomonatsverdienste in Baden-Württemberg von 2014 bis 2023



Hinweis: Dargestellt sind die Bruttomonatsverdienste ohne Sonderzahlungen von allen Beschäftigten ohne Auszubildende. Bruttomonatsverdienste preisbereinigt zu Preisen von 2020.

Anmerkung: Dargestellt ist die Entwicklung der preisbereinigten Bruttomonatsverdienste anhand der untersten 20 % (p20) und der obersten 20 % der Verdienstverteilung und der Mitte der Verdienstverteilung (Median, p50).

Datenquellen: Verdienststrukturerhebung 2014 und 2018, Verdiensterhebung 2023, Angaben jeweils für den April des Jahres, eigene Auswertung FaFo Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

037 25

Abbildung 10:
Entwicklung der
preisbereinigten (realen)
Bruttomonatsverdienste
in Baden-Württemberg
von 2014 bis 2023

Zwischen 2014 bis 2023 ist der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor in Deutschland und Baden-Württemberg gesunken. Der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor in Deutschland lag im gesamten betrachteten Zeitraum über dem Anteil in Baden-Württemberg. Im Jahr 2023 waren in Baden-Württemberg 15,0 % der Beschäftigten im Niedriglohnsektor beschäftigt (Abbildung 11). Mit 20,6 % waren Frauen 2023 häufiger als Männer von Niedriglöhnen betroffen

Medianverdienst pro Stunde und Niedriglohnschwelle in Deutschland von 2014 bis 2023

April des Jahres	Medianverdienst pro Stunde in EUR	Niedriglohnschwelle in EUR	Mindestlohn pro Stunde in EUR
2014	15,00	10,00	¹⁾
2018	16,58	11,05	8,84
2022	18,75	12,50	9,82
2023	19,56	13,04	12,00

1) 2015 wurde der Mindestlohn eingeführt und betrug 8,50 Euro pro Stunde.

Hinweis: Dargestellt sind die Medianverdienste pro Stunde auf Bundesebene, die Niedriglohnschwelle, die sich daraus ergibt und der Mindestlohn, der zum April des jeweiligen Jahres gültig war.

Datenquellen: Verdienststrukturerhebung 2014 und 2018, Verdiensterhebung 2022 und 2023, Angaben jeweils für den April des Jahres, Auswertungen des Statistischen Bundesamts.

Tabelle 2:
Medianverdienst pro
Stunde und Niedriglohn-
schwelle in Deutschland
von 2014 bis 2023

(12,9 %).¹⁸ Außerdem zeigen die Daten, dass 41,3 % der unter 25-Jährigen und 34,1 %¹⁹ der über 65-Jährigen im Niedriglohnsektor beschäftigt waren. Mit im Durchschnitt 11,6 % waren deutlich weniger Personen im Alter von 25 bis 65 Jahren im Niedriglohnbereich beschäftigt. Anhand der soziodemografischen Merkmale, die in den Daten vorhanden sind, kann also festgestellt werden, dass insbesondere junge Menschen, Ältere und Frauen im Niedriglohnsektor beschäftigt waren.

Zur inhaltlichen Einordnung der beschriebenen Entwicklung des Niedriglohnsektors von 2014 bis 2023 muss sie im Kontext der Entwicklungen ab Mitte der 1990er-Jahre betrachtet werden. Auf Basis der Daten des SOEP²⁰ zeigt sich, dass der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor in Deutschland seit Mitte der 1990er-Jahre bis 2007 von 16,0 % auf 23,5 % deutlich gestiegen ist (vgl. Grabka 2024). Bis 2017 stagniert der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor mit leichten Schwankungen und wird danach geringer. 2021 lag der Anteil der Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor in Deutschland bei 20,5 % (vgl. Grabka 2024). Der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor in Deutschland war damit also weiterhin deutlich höher als Mitte der 1990er-Jahre. Mit den Daten des SOEP²¹ konnte auch gezeigt werden, dass junge Menschen und Frauen häufig von Niedriglöhnen betroffen waren. Weitere Risikogruppen sind unter anderem Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen aus den neuen Bundesländern und formal geringqualifizierte Menschen (vgl. Grabka und Göbler 2020).

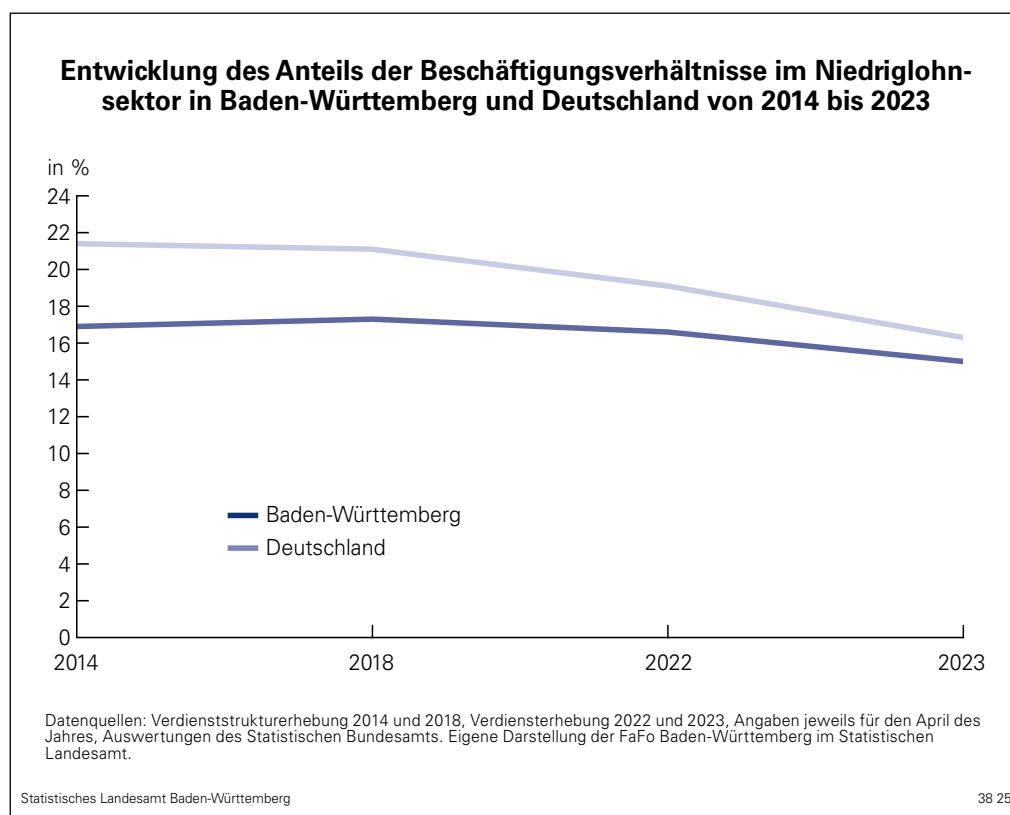


Abbildung 11:
Entwicklung des Anteils
der Beschäftigungsver-
hältnisse im Niedriglohn-
sektor in Baden-
Württemberg und
Deutschland von 2014
bis 2023

18 Die Angaben zu Geschlecht und Altersgruppen liegen nur für die Jahre 2022 und 2023 vor.

19 Aufgrund der geringen Fallzahl sind die beiden Werte nur eingeschränkt interpretierbar.

20 Die Analysen basieren auf dem SOEP-Datensatz von 1984 bis 2021 (v38.1).

21 Die Analysen basieren auf dem SOEP-Datensatz von 1984 bis 2018 (v35).

2.5 Belastung von Haushalten durch die Inflation in Baden-Württemberg

Infolge von Lieferengpässen bzw. Angebotsknappheit aufgrund der Covid-19-Pandemie und des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ist die Inflationsrate in Deutschland in den Jahren 2022 und 2023 so hoch gewesen wie seit 1990 nicht mehr (vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2024). In Baden-Württemberg betrug die Inflationsrate²² in den beiden Jahren +6,3 % (Abbildung 12). Das heißt, die Preise sind in den Jahren 2022 und 2023 im Vergleich zum Vorjahr jeweils stark gestiegen. Im Zeitraum von 2005 bis 2021 lag die Inflationsrate im Schnitt bei +1,5 %.

Aufgrund dieser Preisentwicklungen werden im Folgenden die Ausgaben der Haushalte in Baden-Württemberg in den Blick genommen. So wird die finanzielle Situation von Haushalten nicht nur anhand der Einnahmen, sondern auch anhand der Ausgaben untersucht. Die Einkommen verlieren durch die Inflation an Kaufkraft. Die Preissteigerungen führen dazu, dass die Haushalte mehr Geld für die gleichen Waren ausgeben müssen und sich unter Umständen nicht mehr so viel leisten können wie sie es vorher konnten, ihr Konsumverhalten anpassen müssen oder sich überschulden. Analysen des PASS (Panelstudie „Arbeitsmarkt und soziale Sicherheit“) zeigen, dass fast 70 % der



Abbildung 12:
Entwicklung der Inflationsrate (Jahresdurchschnitt) in Baden-Württemberg und Deutschland von 2005 bis 2023

²² Die Inflationsrate ergibt sich als prozentuale Veränderung des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex von einem Jahr zum Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten zu Konsumzwecken erworben wurden (vgl. Destatis 2023b).

deutschen Haushalte im Jahr 2022 von einem leichten oder deutlichen Anstieg der Haushaltsausgaben berichten. 2021 lag der Anteil noch bei 35 % (vgl. IAB-Forum 2024).

Nicht alle Haushalte waren in gleichem Maße von den Preissteigerungen betroffen, weil die Belastung der Haushalte von dem Anteil, den die verteuerten Güter am Gesamtkonsum ausmachen, abhängig ist (vgl. Priem et al. 2022). Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, welche Haushalte in Baden-Württemberg besonders von den starken Preissteigerungen in den Jahren 2022 und 2023 betroffen waren. Dafür werden zunächst die Inflationsraten für die Jahre 2022 und 2023 in den einzelnen Konsumbereichen und dann das Konsumverhalten nach Einkommensdezilen betrachtet, weil sich die Belastung der Haushalte aus dem Zusammenspiel beider Komponenten ergibt.

Für die verschiedenen Konsumbereiche zeigen sich deutliche Unterschiede in Bezug auf den Anstieg der Preise (*Abbildung 13*). Im Jahr 2022 waren die Inflationsraten im Konsumbereich Haushaltsenergie (Strom, Gas und andere Brennstoffe) mit 26,8 % und im Konsumbereich Mobilitätsenergie (Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge) mit 25,0 % am höchsten. Das heißt, die Preise für Mobilitätsenergie und Haushaltsenergie sind 2022 im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen. Im Jahr 2023 sind die Preise für Haushaltsenergie im Vergleich zum Vorjahr erneut um 16,9 % gestiegen. Die Preise für Mobilitätsenergie sind 2023 im Vergleich zum Vorjahr hingegen um –4,2 % gesunken.

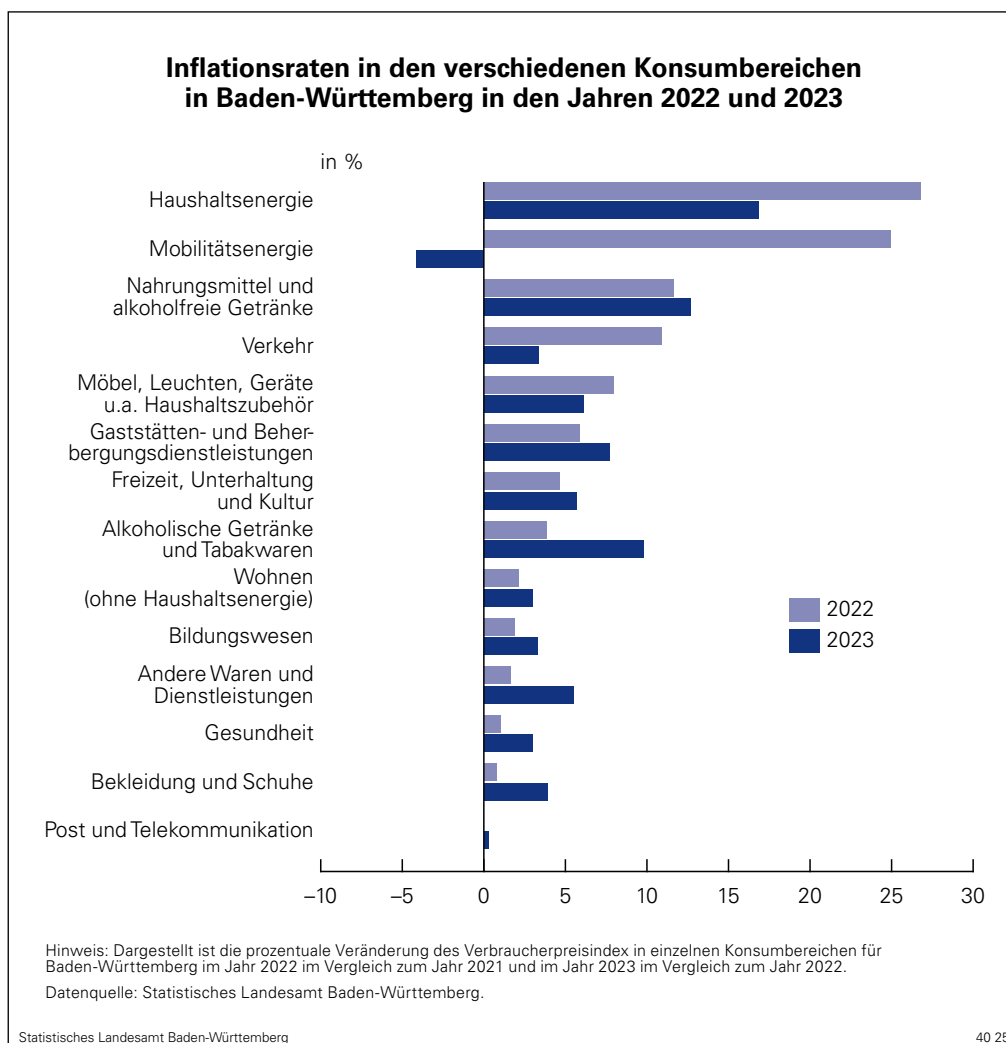


Abbildung 13:
Inflationsraten in den verschiedenen Konsumbereichen in Baden-Württemberg in den Jahren 2022 und 2023

Auch die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie für Verkehr sind im Jahr 2022 im Vergleich zu den Preisen im Jahr 2021 stark gestiegen. Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sind um 11,6 % und die Preise für Verkehr um 10,9 % gestiegen. 2023 sind die Preise für Lebensmittel im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen. Die Teuerung fiel mit +12,7 % stärker aus als im Jahr 2022. Die Preise für Verkehr sind 2023 im Vergleich zum Vorjahr mit +3,4 % deutlich weniger als 2022 angestiegen. Auffällig ist auch die hohe Inflationsrate von 7,8 % für alkoholische Getränke und Tabakwaren im Jahr 2023. In den anderen Konsumbereichen lagen im Vergleich niedrigere Inflationsraten vor.

Anhand der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)²³ wird aufgezeigt, wie hoch der Anteil der Konsumausgaben für die einzelnen Konsumbereiche am Gesamtkonsum in den jeweiligen Einkommensdezilen ist (*Abbildung 14*). Die unteren 10 % der Einkommensverteilung in Baden-Württemberg haben im Jahr 2018 fast 60 % ihrer Konsumausgaben für Lebensmittel, Wohnen und Haushaltsenergie ausgegeben. Die oberen 10 % der Einkommensverteilung gaben hingegen nur 38 % ihrer Konsumausgaben für die genannten Konsumbereiche aus. Für die Konsumbereiche Verkehr und Mobilitätsenergie hat das obere Einkommensdezil mit 18 % anteilig mehr ihrer Konsumausgaben ausgegeben als die unteren Einkommensdezile, die nur 10 % ihrer Konsumausgaben für diese Bereiche ausgegeben haben. Im unteren Dezil sind die Ausgaben für Verkehr halb so hoch wie im oberen Dezil. Das ist darauf zurückzuführen, dass der Kauf eines Fahrzeugs in den Konsumbereich Verkehr fällt und die Haushalte mit einem geringen Einkommen seltener ein Fahrzeug besitzen als die Haushalte mit einem hohen Einkommen. Daraus resultiert auch, dass die Ausgaben für Mobilitätsenergie für die Haushalte mit einem geringeren Einkommen niedriger ausfallen (vgl. Priem et al. 2022).

Aus der Kombination der verschiedenen Konsummuster von Haushalten mit unterschiedlichem Einkommensniveau und den unterschiedlichen Inflationsraten in den einzelnen Konsumbereichen kann abgeleitet werden, welche Haushalte besonders von den starken Preissteigerungen betroffen waren. Weil die Menschen mit einem niedrigen Einkommen anteilig mehr ihrer finanziellen Ressourcen für die Bereiche mit einer hohen Teuerungsrate aufbringen müssen, sind sie besonders von den Preissteigerungen für Haushaltsenergie, für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke betroffen. Für Haushalte, die sich in einer schlechten finanziellen Situation befinden, führen die Teuerungen also zu einer zusätzlichen Belastung. Das heißt, armutsgefährdete Haushalte sind von den hohen Preissteigerungen besonders betroffen. Ein besonderes Risiko, in armutsgefährdeten Haushalten zu leben, haben Menschen mit Migrationshintergrund, Kinder, junge Erwachsene, Menschen, die über 65 Jahre alt sind, Einpersonenhaushalte, alleinerziehende Menschen, Paarfamilien mit drei oder mehr Kindern, erwerbslose Menschen und gering qualifizierte Menschen (vgl. GeMo 2024). Für diese Gruppen mit einem höheren Armutsrisiko kann also angenommen werden, dass sie stark von den Preissteigerungen betroffen sind.

23 In der Betrachtung der Konsumausgaben nach Einkommensdezilen muss beachtet werden, dass die Daten der EVS nur für das Jahr 2018 vorliegen. Die EVS wird nur alle 5 Jahre erhoben, zuletzt 2023, wobei die Ergebnisse noch nicht vorliegen. Durch diesen Erhebungsrhythmus können in den Daten keine Veränderungen des Konsumverhaltens nach 2018 berücksichtigt werden. Veränderungen in den Konsumausgaben bleiben unberücksichtigt (vgl. Eichhorst und Rinne 2023).

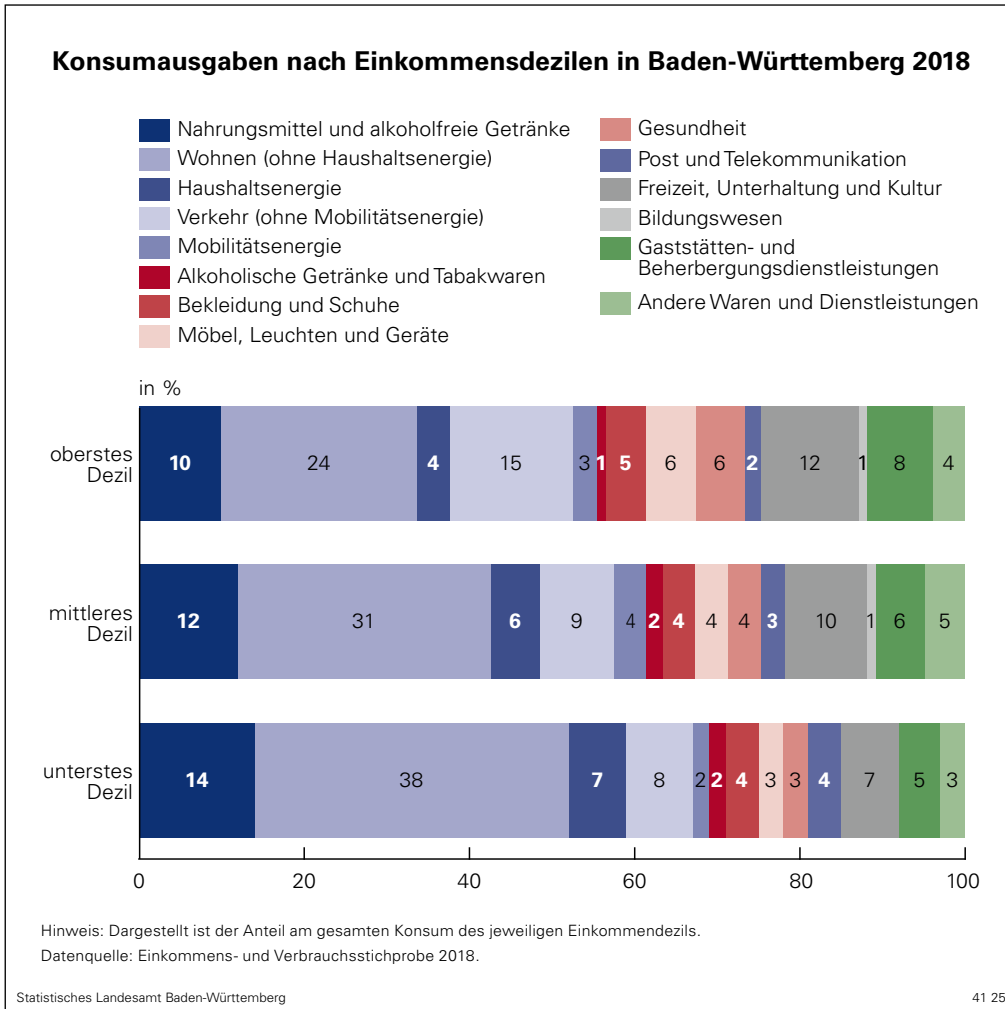


Abbildung 14:
Konsumausgaben nach
Einkommensdezilen in
Baden-Württemberg 2018

Da es sich bei Haushaltsenergie und Nahrungsmitteln um Güter handelt, die lebensnotwendig sind, kann auf die Preissteigerungen nur bedingt mit einer Veränderung des Konsumverhaltens oder mit dem Verzicht von Konsum reagiert werden (vgl. Eichhorst und Rinne 2023; Kritikos et al. 2022; Priem et al. 2022). Zusätzlich sind Haushalte mit einem geringen Einkommen bzw. armutsgefährdete Haushalte oft von Überschuldung betroffen und haben nicht die Möglichkeit, Geld zu sparen. Dazu kommt, dass das Risiko, sich zu überschulden, für Menschen mit einem „langfristigen Niedrigeinkommen“ sowohl 2022 als auch 2023 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr gestiegen ist (vgl. Creditreform/Boniversum/microm 2022, 2023). Das heißt, einerseits können Menschen mit einem geringen Einkommen nicht auf Ersparnisse zurückgreifen, um auf die Preissteigerungen zu reagieren (vgl. Kritikos et al. 2022). Andererseits erhöht sich durch die gestiegenen Preise auch das Risiko, dass sie sich (weiter) überschulden.

Es ist also wichtig, dass Haushalte mit einem geringen Einkommen entlastet werden. Die Bundesregierung hat drei Entlastungspakete für die Jahre 2022 und 2023 erlassen. Studien zeigen anhand von Berechnungen für Deutschland für das Jahr 2022, dass die Entlastungspakete in diesem Jahr bei einer von der Bundesbank prognostizierten Inflation von 7,1 % zwar am stärksten in dem untersten Dezil zu Entlastungen führten, diese aber nicht ausreichten, um der Belastung durch die hohe Inflation vollständig entgegenzuwirken. Zusätzlich wird deutlich, dass bereits Haushalte, die ober-

halb des untersten Dezils liegen, deutlich weniger durch die Maßnahmen der Bundesregierung entlastet wurden, wobei die Maßnahmen aber gleichzeitig zu Entlastungen der Haushalte in den oberen Dezilen führten (vgl. Kritikós et al. 2022; Priem et al. 2022).

2.6 Subjektive Einschätzung der eigenen ökonomischen Situation von armutsgefährdeten Menschen

In die subjektive Einschätzung der eigenen ökonomischen Situation fließt zum einen die Wahrnehmung der Krisen- und Preisentwicklungen der letzten Jahre ein, welche sich in der Armutsgefährdungsquote nicht widerspiegeln. Zum anderen beeinflusst die Wahrnehmung der eigenen ökonomischen Situation auch Einstellungen oder individuelles Handeln.

Auf Basis der Daten der Bertelsmann-Studie über gesellschaftlichen Zusammenhalt²⁴ wird deutlich, dass der Anteil der Menschen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage²⁵ im Jahr 2022 als eher schlecht oder sehr schlecht eingeschätzt haben, bei den Menschen, deren Einkommen unterhalb einer der Einkommensschwellen lag, (fast) doppelt so hoch war wie bei den Menschen, die mit ihrem Einkommen oberhalb der jeweiligen Schwelle lagen (*Abbildung 15*). Analysen des IAB mit Daten des PASS zeigen zusätzlich, dass 44 % der Haushalte in Deutschland im Jahr 2022 erwartet haben, dass sich ihre eigene finanzielle Lage in den nächsten 12 Monaten etwas bzw. deutlich verschlechtern wird. 2021 hatten nur 14 % der deutschen Haushalte diese Erwartung. Insbesondere Haushalte, die 2022 einen Anstieg ihrer Ausgaben berichteten, sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz machten und ein geringes Vertrauen in politische Institutionen hatten, erwarteten eine Verschlechterung ihrer finanziellen Lage in den nächsten 12 Monaten (vgl. IAB-Forum 2024).

24 Die Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg für das Jahr 2022 wurde im Erhebungszeitraum vom 09.12.2021 bis 04.01.2022 von der Norstat GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt. Es wurden 2.716 Personen ab 16 Jahren befragt. In Onlineinterviews wurden sie zu Themen wie zum Beispiel dem sozialen Zusammenhalt und politischen Einstellungen befragt. Die Zusammensetzung der Stichprobe entsprach nach Geschlecht, Alter, Einkommen, Bildungsstand und Haushaltsgröße den damals aktuellsten Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

25 Die ursprüngliche Variable „Wie beurteilen Sie Ihre gegenwärtige wirtschaftliche Lage?“ hat die Ausprägungen sehr schlecht, eher schlecht, eher gut und sehr gut. Für die Analysen wurden sowohl die Ausprägungen sehr schlecht und eher schlecht als auch die Ausprägungen eher gut und sehr gut zusammengefasst.

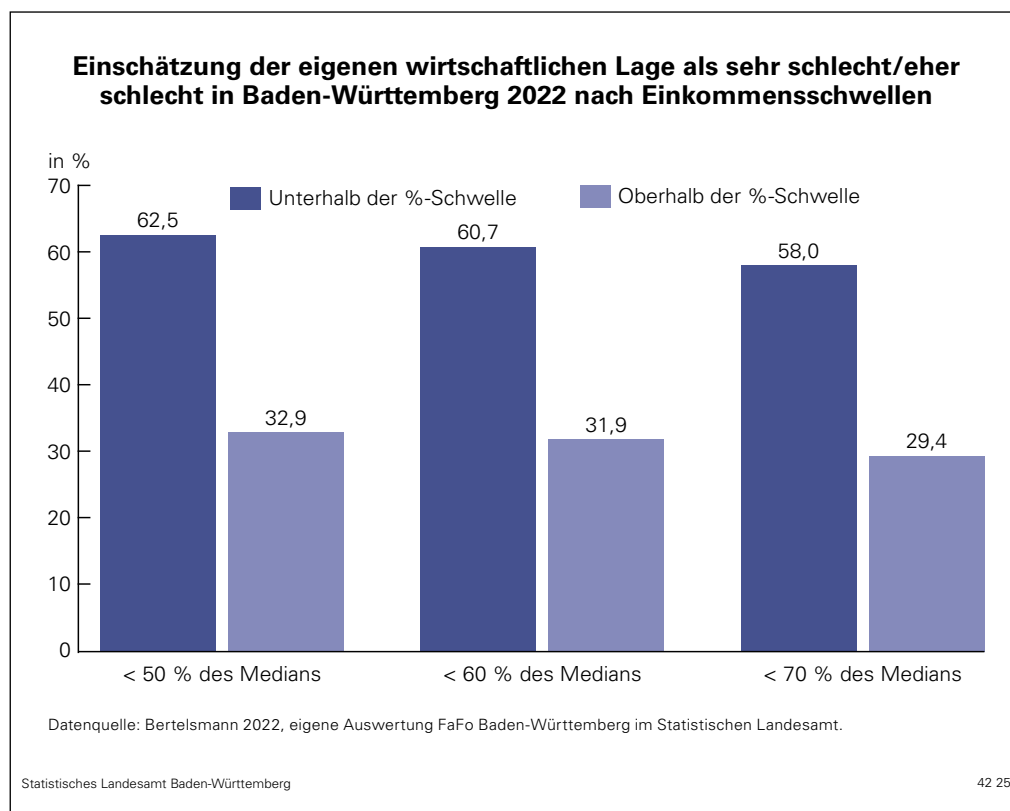


Abbildung 15:
Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage als sehr schlecht/eher schlecht in Baden-Württemberg 2022 nach Einkommensschwellen

Im Interview beschreibt Herr Engelhardt, ein Experte aus der praktischen Arbeit mit armutsbetroffenen Menschen, aus seiner Beobachtung, welche Probleme, Herausforderungen und Sorgen für armutsgefährdete Menschen bestehen und wie diese sich teilweise in den letzten Jahren verschärft haben.

Lebenssituation von Menschen in Armutslagen

Herr Engelhardt ist sowohl Vorstand der Tafeln im Landkreis Konstanz als auch Mitbegründer und Vorstand des Vereins Kinderchancen in Singen, der gemeinsam mit der Stadt Singen ein kommunales Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut aufgebaut hat. Zusätzlich ist er Vorstandsmitglied im Landesverband „Tafel Baden-Württemberg“ und darüber Delegierter in der Landesarmutskonferenz und im Landesbeirat für Armutsbekämpfung und Prävention. Durch seine Arbeit hat er einen umfassenden Einblick in die Lebenssituation und Nöte von armutsgefährdeten Menschen.

Haben Sie in den letzten Jahren gemerkt, dass sich die Lebenssituation armutsgefährdeter Menschen aufgrund der Preissteigerungen verändert hat?

Die multiplen Krisen der letzten Jahre haben in verschiedener Hinsicht zu Verschlechterungen der Lebenssituation von Menschen mit wenig Geld geführt. Insbesondere der starke und teilweise sprunghafte Anstieg der Preise für Lebensmittel, Mieten und Energie hat in den letzten 2 Jahren zu einer großen Verunsicherung geführt. Verunsicherung darüber, wie sie ihr alltägliches

Leben weiter bestreiten können. Insgesamt reicht das Geld nur noch für das Nötigste. Es gibt keinen Spielraum mehr für Extraausgaben wie ein Eis für das Kind, Geschenke zum Geburtstag oder Ausflüge. Die schwierige finanzielle Situation von Menschen mit wenig Geld in Bezug auf ihre Versorgung mit Lebensmitteln zeigt sich auch anhand des Nutzungsverhaltens der Tafeln. Manche Tafelkunden, die sonst regelmäßig die Hilfe der Tafel in Anspruch nehmen, kommen am Ende des Monats nicht mehr zu den Tafeln, weil sie kein Geld mehr haben. Andere kommen vermehrt zu den Tafeln, um ihr übriges Geld effektiv für den Kauf von Lebensmitteln einzusetzen.

Durch die gestiegenen Preise für Energie und Wohnen haben mehr Menschen mit wenig Geld verstärkt die Sorge, ob sie ihre Mieten und Energiekosten zahlen können. Es kommen immer häufiger „Blitzeinschläge“, die für sie nicht erwartbar und in der Folge nicht händelbar sind. Sie haben dann oft keine Möglichkeit auf die Preissteigerungen zu reagieren. Und sie können auch nicht mehr auf finanzielle Rücklagen zurückgreifen. Damit einher geht dann auch die Angst, sich so stark zu verschulden, dass man die Schulden nicht zurückzahlen kann.

Welche Bedeutung haben soziale Kontakte für die Lebenssituation armutsgefährdeter Menschen?

Häufig wird die Lebenssituation von Menschen in Armutslagen zusätzlich dadurch erschwert, dass sie wenige soziale Kontakte und auch nur sehr kleine soziale Netzwerke haben. Das wenige Geld führt wiederum dazu, dass die sozialen Kontakte und Teilhabe noch weniger werden. Das wird oft als Verlust an Lebensqualität und als ein sozialer Abstieg erlebt. Auch ein Gefühl von Scham über die Lebenssituation und Stigmatisierungserfahrungen führen oft zum Rückzug, bis hin zum Verstummen. Ohne Familie, Freunde und Bekannte, mit denen sie über ihre Sorgen sprechen können, die sie um Hilfe bitten können oder von denen sie materielle oder immaterielle Unterstützung erfahren, wird ihre Lebenssituation noch schwieriger. Ohne andere Menschen, mit denen sie sich austauschen und über ihre Sorgen sprechen können, tut Armut doppelt weh. Besucherinnen und Besucher von Tafeln aber auch Tafelhelferinnen und -helfer mit Armutserfahrung berichten, dass sie sich durch die Tafel als Ort der Begegnung ein soziales Netz schaffen können, in dem sie sich austauschen, sicherer fühlen und leichter an Hilfe und Unterstützung gelangen können.

Nehmen Sie eine zunehmende Frustration von armutsgefährdeten Menschen wahr?

Insgesamt lässt sich feststellen, dass arme Menschen wieder zunehmend eine geringere Lobby haben, Hartz IV lässt grüßen! Wenn auch nur 1 %, 2 % oder 5 % einer bestimmten Gruppe etwas falsch gemacht haben, wird das von der Öffentlichkeit und Teilen der Politik generalisiert und allen Personen dieser Gruppe pauschal angeheftet. Menschen mit wenig Geld erleben, dass sie kein Gehör finden. Es werden aktuell viele Debatten über Hilfsstrukturen geführt, bei denen ihre Lebensrealität außer Acht gelassen wird und in denen sie wenig Verständnis für ihre Lebenssituation empfinden. Das erzeugt in vielen Fällen Misstrauen gegenüber Institutionen und Politik. Sie haben wenig Hoffnung und Vertrauen darauf, dass sie ihren Alltag durch eigenes Handeln verbessern können. Sie erleben, dass über sie gesprochen wird und nicht mit ihnen. Das führt dazu, dass sich Menschen mit wenig Geld nicht ernstgenom-

men und im Stich gelassen fühlen. Insgesamt wird in vielen Debatten der Wert bzw. das Ansehen armer Menschen wieder stärker beschädigt und ihnen häufig eine individuelle Schuld an ihrer Lebenssituation zugeschrieben. Sie selbst erleben sich aber meist als ausgeliefert, ohne die Chance ihre Situation aus eigener Kraft verbessern zu können.

Sie sagen, dass sich Menschen mit wenig Geld nicht gehört und im Stich gelassen fühlen. Was braucht es, um dem entgegen zu wirken?

Neben einer stabilen sicheren Grundsicherung, damit sie wissen, ich kann die Miete und Lebensmittel bezahlen, brauchen sie auch Anerkennung. Es ist eine unheimlich hohe Leistung 12 Monate lang mit je 30 Tagen mit wenig Geld auszukommen. Armutsgefährdete Menschen haben nur geringe Interessenvertretungen. Um die Armutssensibilität und Solidarität für armutsgefährdete Menschen zu erhöhen, ist es wichtig, dass die Mitbürgerinnen und Mitbürger die Lebenssituation von Menschen mit wenig Geld besser kennen und verstehen lernen. Die Nachbarin oder der Nachbar, die Verwandten müssen mehr darüber wissen, wie Armut wirkt und verletzt, was eine Lebenssituation ist, bei der man sich aufgrund des fehlenden Geldes immer Sorgen machen muss und sich wichtige Dinge in der Gesundheitsfürsorge nicht leisten kann. Wir brauchen vor Ort, im Quartier Gespräche mit armutsbetroffenen Menschen, denen wir mit Respekt begegnen. Gespräche darüber, wie wir deren Lebenssituation und damit auch die allgemeine Lebenssituation im Quartier verbessern können. Wir brauchen Orte der Begegnung, Solidarität und deutlich weniger Ellenbogenmentalität.

3. Die Sicht von Menschen in Armutslagen auf repräsentative Demokratie und ihre Institutionen

Die Analysen in Kapitel 2 haben gezeigt: Obwohl die Einkommensungleichheit in Baden-Württemberg seit 2021 nicht größer geworden ist und auch der Anteil armutsgefährdeter Menschen seit 2021 nicht angestiegen ist, spüren Menschen mit geringem Einkommen dennoch eine finanzielle Mehrbelastung. Denn nicht nur ihre preisbereinigten Verdienste sind seit 2018 stark abgesunken, auch von den Preissteigerungen der letzten Jahre sind sie besonders stark betroffen. Bei Menschen in Armutslagen ist der Anteil am Einkommen, den die Ausgaben für Nahrungsmittel, Wohnen und Haushaltsenergie ausmachen, vergleichsweise hoch.

Diese Entwicklung ist aus demokratietheoretischer Sicht problematisch, denn die Zufriedenheit mit repräsentativer Demokratie und ihrem Funktionieren sowie das Vertrauen in ihre zentralen Institutionen ist unter anderem abhängig von der individuellen ökonomischen Lage.

Gemäß einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung waren 67,2 % derjenigen, die sich der „Unterschicht/Arbeiterinnen- und Arbeiterschicht“ zuordneten, im Jahr 2022 mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie in Deutschland weniger oder überhaupt nicht zufrieden. Bei Befragten aus der „oberen Mittelschicht/Oberschicht“ waren es dagegen 35,8 % (vgl. Best et al. 2023). Auch andere Studien deuten darauf hin: Wer sich in einer prekären



Demokratiezufriedenheit und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie – Eine Unterscheidung

In der Politikwissenschaft wird zwischen zwei Dimensionen von Demokratiezufriedenheit unterschieden: der Zufriedenheit mit Demokratie beziehungsweise der Akzeptanz von Demokratie als Regierungsform oder besten Staatsform und der Zufriedenheit damit, wie diese Staatsform in Deutschland funktioniert. Letztere legt eher den Fokus auf den „politischen Alltag“, also die Performanz von Parlamenten, Parteien oder Repräsentierenden. Während die normative Zustimmung zu Demokratie als Regierungsform in Deutschland in den letzten Jahrzehnten konstant hoch geblieben ist (vgl. Campbell 2019; Mauk und Stroppe 2024), ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren von Demokratie in den letzten Jahrzehnten gesunken (vgl. Warren und Pearse 2008) bzw. unterliegt zumindest Schwankungen (vgl. Mauk und Stroppe 2024).

Aufgrund der Datenlage für Baden-Württemberg konnte Demokratiezufriedenheit in diesem Bericht nicht für beide Dimensionen untersucht werden. Die Abfrage der Daten der Bertelsmann-Studie, die dieser Arbeit zugrunde liegen, lässt sich nicht ganz trennscharf einer Dimension zuordnen. Gefragt wurde nach der Zustimmung zu der Aussage: „Alles in allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, zufrieden“.¹ Die Formulierung der Frage ähnelt stark der Abfrage nach dem Funktionieren von Demokratie (Performanzebene), wie sie etwa in der Eurobarometerumfrage gestellt wird² (vgl. Mauk und Stroppe 2024). Deshalb kann vermutet werden, dass stärker Performanzaspekte als normative Überlegungen in die Beantwortung der Frage eingeflossen sind.³ Im Weiteren wird dieser Indikator dementsprechend interpretiert.

Empirische Befunde legen nahe, dass eine hohe Unzufriedenheit mit Demokratie und ihrem Funktionieren nur selten dazu führt, dass man diese durch andere Regierungsformen ersetzen möchte (ausführlicher dazu in *Infokasten 2 Geringe Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, geringes politisches Vertrauen und eine geringe Wahlbeteiligung von Menschen in Armutslagen. Was folgt daraus?*) (vgl. Velimsky 2024). Häufig geht es den Menschen eher darum das bestehende System mit alternativen Repräsentationsformen etwa direktdemokratischen Abstimmungen oder deliberativen Veranstaltungsformaten wie Bürgerräten zu komplementieren (vgl. Goldberg und Bächtiger 2019; Goldberg et al. 2020).

-
- 1 Es gab die folgenden fünf Antwortmöglichkeiten: 5: stimmt völlig; 4: stimmt ziemlich; 3: teils/teils; 2: stimmt wenig; 1: stimmt gar nicht.
 - 2 Dort wird folgende Frage gestellt: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder völlig unzufrieden“ (vgl. Mauk und Stroppe 2024).
 - 3 Wenn es darum geht die Demokratie als Staatsform zu bewerten, werden meist trennschärfere Formulierungen gewählt, wie etwa die Zustimmung zur Aussage: „Die Demokratie ist die beste Staatsform“ oder „Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist“.

ökonomischen Lage befindet oder diese als prekär wahrnimmt und auch keine Besserung dieser in Zukunft erwartet, ist besonders unzufrieden mit dem Funktionieren der repräsentativen Demokratie in Deutschland (vgl. Campbell 2019; Velimsky 2024) und vertraut auch ihren Institutionen weniger. Das gilt auch für Baden-Württemberg (vgl. Boehnke et al. 2022).

Die Zufriedenheit mit Demokratie als Staatsform und die Zufriedenheit mit ihrem Funktionieren sowie das politische Vertrauen bilden das Fundament von Demokratien. Sie stärken gesellschaftlichen Zusammenhalt und sind notwendig für eine langfristige Handlungsfähigkeit repräsentativer Demokratie (vgl. Vetter und Brettschneider 2023a). Politisches Vertrauen beschreibt hier die positive Erwartungshaltung gegenüber dem Verhalten von politischen Institutionen wie zum Beispiel dem Parlament, der Regierung, politischen Parteien und den Personen, die diese Institutionen leiten und die als kompetent, glaubwürdig und fair wahrgenommen werden (vgl. Levi und Stoker 2000). Damit einher geht auch die Erwartung, dass politische Akteurinnen und Akteure ihre Macht nicht missbrauchen, selbst wenn sie bei der Ausübung dieser Macht nicht ständig überwacht werden. Gemäß dieser Definition bedeutet politisches Vertrauen das Vertrauen in politische Institutionen.²⁶ In Anlehnung an die gängige wissenschaftliche Praxis wird der Begriff „politisches Vertrauen“ auch hier verwendet (vgl. Bargsted et al. 2023).

Ein wichtiger Aspekt für die Demokratie ist auch die **politische Partizipation**. Zu politischer Partizipation gehören allgemein „[...] alle Tätigkeiten, [...] die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1997: 160). Dazu zählen neben Wahlen unter anderem Unterschriftenaktionen, Online-Petitionen, Demonstrationen und Bürgerinitiativen, aber auch die Teilnahme an Bürgerversammlungen oder die Übernahme politischer Ämter. Auch politische Partizipation ist ähnlich sozial gespreizt wie die Verteilung von Einkommen und Vermögen (vgl. Schäfer und Schwander 2019). Diese Spreizung ist zugleich ein Resultat der hohen Unzufriedenheit mit dem aktuellen Funktionieren von Demokratie (Performanzebene) und dem geringen politischen Vertrauen von Menschen in Armutslagen, die bei Wahlen und anderen Formen politischer Partizipation unterrepräsentiert sind (vgl. Bödeker 2012; Schäfer et al. 2013; Vetter und Velimsky 2019). Eine geringe Wahlbeteiligung ist wiederum systematisch mit einer geringeren Repräsentation ihrer Interessen in politischen Entscheidungsprozessen verbunden (vgl. Elsässer et al. 2017, 2021), was Auswirkungen auf das politische Vertrauen und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie haben kann.

In diesem Bericht wird für Baden-Württemberg untersucht, wie zufrieden Menschen in Armutslagen mit dem Funktionieren der repräsentativen Demokratie sind, wie viel Vertrauen sie ihren Institutionen entgegenbringen (politisches Vertrauen) und wie häufig und in welcher Form sie sich politisch beteiligen (politische Partizipation). Dabei wird auch analysiert, mit welchen Einflussfaktoren die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, das politische Vertrauen und die politische Partizipation zusammenhängen und wie der genannte Kreislauf aus Unzufriedenheit, geringer Partizipation und geringer Repräsentation durchbrochen werden kann. Erfahrungen aus der Praxis spielen hierbei eine wichtige Rolle. Datengrundlage für alle Analysen ist eine für

26 Es wurde ein Index erstellt, bestehend aus Fragen zum Vertrauen in die Bundesregierung, den Bundestag, die Landesregierung, den Landtag, die Stadt- bzw. Kreis- oder Gemeindeverwaltung und in politische Parteien.

Baden-Württemberg repräsentative Befragung der Bertelsmann Stiftung von 2022, die im Rahmen der Studie zu gesellschaftlichem Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022²⁷ durchgeführt wurde (siehe Boehnke et al. 2022).

3.1 Zufriedenheit mit dem Funktionieren von Demokratie und politisches Vertrauen

Auch für Baden-Württemberg gibt es in der Forschungsliteratur Befunde, die eine geringer werdende Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie nahelegen. Dabei ist die Zufriedenheit mit der Landesebene noch am größten, vor der kommunalen Ebene und der Bundesebene (vgl. Vetter und Brettschneider 2023a).

Deskriptive Analysen für Baden-Württemberg zur Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie auf Basis der Bertelsmann-Daten zeigen, dass Menschen mit geringem Einkommen im Jahr 2022 unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie waren als die Gesamtbevölkerung (Abbildung 16). Dabei stieg die Unzufriedenheit, je prekärer die wirtschaftliche Lage war. So waren

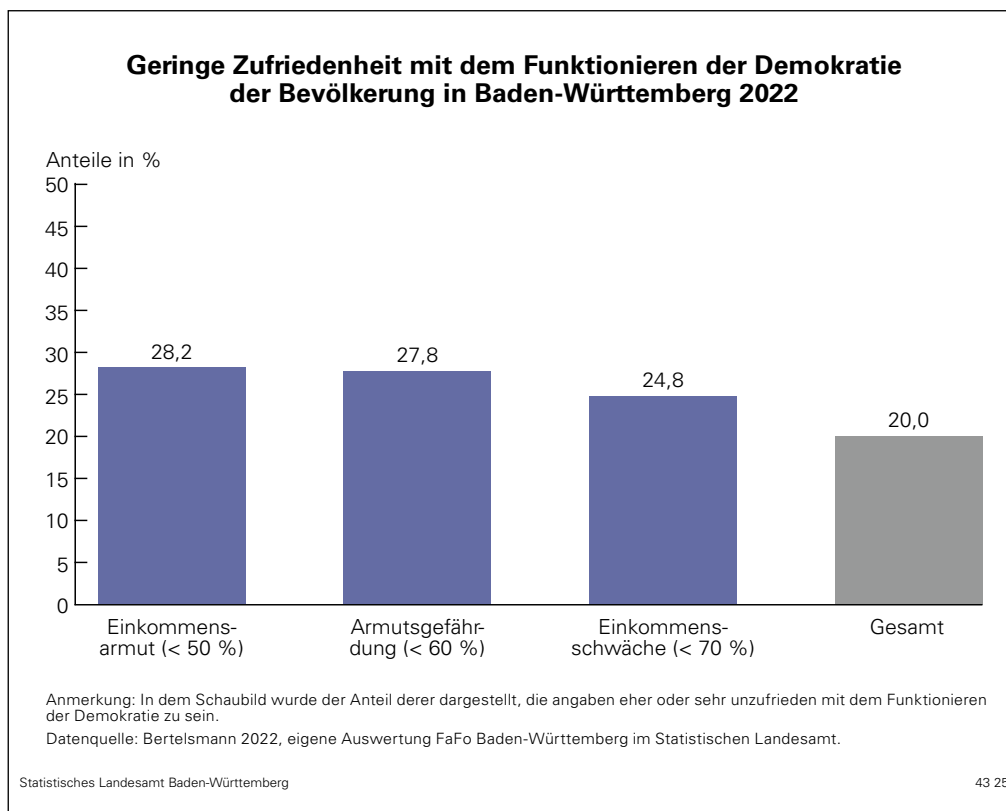


Abbildung 16:
Geringe Zufriedenheit
mit dem Funktionieren
der Demokratie der
Bevölkerung in Baden-
Württemberg 2022

27 Der Bericht ist verfügbar unter: https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Studie_Zusammenhalt-BW_2022_Langfassung.pdf (Abruf: 27.07.2024). Die Daten wurden der FaFo dankenswerterweise von der Bertelsmann Stiftung zur Verfügung gestellt.

knapp 28 % aller armutsgefährdeten Befragten eher oder sehr unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie. In der Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs lag der Anteil der eher bzw. sehr unzufriedenen Menschen dagegen bei 20 %. Trotz dieser Unterschiede ist die überwiegende Mehrheit der Befragten in Baden-Württemberg zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie.

Ein ähnliches Muster zeigt sich im Hinblick auf das politische Vertrauen (*Abbildung 17*). Die deskriptiven Analysen zum politischen Vertrauen ergeben: Etwa 40 % aller armutsgefährdeten Menschen hatten 2022 nur ein geringes oder gar kein Vertrauen in politische Institutionen. In der Gesamtbevölkerung lag dieser Anteil bei 32,2 % (*Abbildung 17*). Auch bei politischem Vertrauen gilt: Je prekärer die ökonomische Situation ist, desto geringer ist das politische Vertrauen. Vetter und Brettschneider (2023a) zeigen für Baden-Württemberg außerdem Unterschiede im Vertrauen je nach Institution (allgemein) und politischer Ebene. So ist das Misstrauen besonders hoch unter anderem gegenüber politischen Parteien oder dem Europäischen Parlament. Dem Gemeinderat vor Ort und dem Landtag bzw. der Landesregierung wird demgegenüber deutlich mehr Vertrauen entgegengebracht.

Nachdem für Baden-Württemberg deskriptiv gezeigt werden konnte, dass Menschen mit geringem Einkommen unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie sind und ihren zentralen politischen Institutionen weniger vertrauen, sollen tiefer gehende multivariate Analysen die Ursachen dafür näher beleuchten. Dazu werden weitere mögliche Erklärungsfaktoren für die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und für das Institutionenvertrauen (politisches Vertrauen) im Zusammenspiel mit Armutslagen untersucht. Neben unterschiedlichen Armutsschwellen und

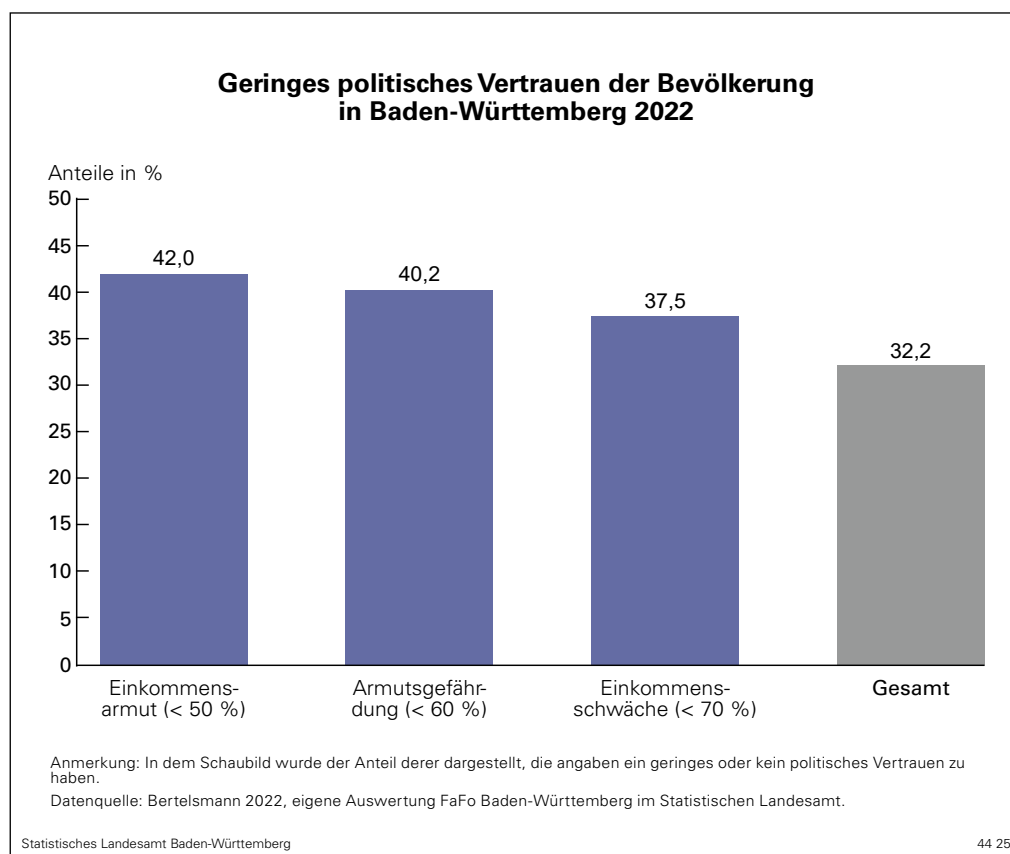


Abbildung 17:
Geringes politisches
Vertrauen der Bevölkerung
in Baden-Württemberg
2022

der subjektiven Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage werden das politische Interesse, die Eingebundenheit in soziale Netze²⁸ und das soziale Vertrauen berücksichtigt, ebenso wie die soziodemografischen Merkmale Geschlecht, Alter, Bildung und Migrationshintergrund.

Soziales Vertrauen ist hierbei die Überzeugung, dass sich die Handlungen (unbekannter) Anderer positiv auf das eigene Wohlbefinden auswirken und dass andere Menschen auf egoistisches, opportunistisches und feindseliges Verhalten verzichten, gerade bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele. Dazu gehört auch das Vertrauen in die Ehrlichkeit, in den guten Willen bzw. in die wohlwollenden Absichten Anderer.²⁹

Die Ergebnisse der multivariaten Regressionsanalysen sind in den folgenden Abbildungen zusammengefasst. Für eine bessere Übersicht ist nur die Richtung der signifikanten Haupteffekte dargestellt. Die vollständigen Regressionsmodelle, die der jeweiligen Abbildung zugrunde liegen, befinden sich im Anhang.

Die multivariaten Analysen zur Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie deuten darauf hin, dass sich armutsgefährdete Menschen diesbezüglich nicht mehr signifikant von nicht-armutsgefährdeten Menschen unterscheiden, wenn man die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage im gleichen Modell berücksichtigt (*Abbildung 18*). Die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage erklärt die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in den durchgeführten Analysen besser als das Unter-/Überschreiten der Armutsgefährdungsschwelle.³⁰ Die Wirkung der finanziellen Lage bildet vielmehr ein Kontinuum, welches von extremer Armut bis hin zu extremem Reichtum reicht. Dabei ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Tendenz höher, je besser die eigene finanzielle Lage ist (vgl. Best et al. 2023; Velimsky 2024). Es gibt hierbei wohl keine spezifischen Schwellenwerte, die besonders entscheidend für die Wirkung der finanziellen Lage sind. Gleiches gilt für die subjektive Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage (*Abbildung 18*). Darüber hinaus sind die Befragten zufriedener mit dem Funktionieren von Demokratie, je größer ihr politisches Vertrauen und ihr soziales Vertrauen ist. Weiterhin haben Ältere und Hochgebildete eine höhere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie als junge Menschen und Menschen mit einer niedrigen Bildung.

28 Die Operationalisierung erfolgt in Anlehnung an die Dimension (Soziale Netze 1.1) aus der Studie zu gesellschaftlichem Zusammenhalt in Baden-Württemberg (Boehnke et al. 2022). Folgende Fragenitems wurden zusammengefasst: A) Wie groß ist Ihr Freundes- und Bekanntenkreis? B) Wie oft treffen Sie sich mit Freunden, Bekannten oder privat mit Arbeitskollegen? C) Wie häufig stehen Sie mit Freunden und Bekannten in Kontakt, beispielsweise indem Sie mit ihnen telefonieren oder Nachrichten schreiben? D) Wenn Sie Schwierigkeiten hätten: Haben Sie Freunde, auf deren Hilfe Sie jederzeit zählen können? (weitere Informationen bei Arant et al. 2017).

29 Die Operationalisierung erfolgt in Anlehnung an die Dimension (Vertrauen in Mitmenschen 1.2) aus der Studie zu gesellschaftlichem Zusammenhalt in Baden-Württemberg (vgl. Boehnke et al. 2022). Folgende Items wurden zusammengefasst: A) Den meisten Menschen kann man vertrauen. B) Wie sehr vertrauen Sie Menschen, denen Sie zum ersten Mal begegnen? C) Ich bin davon überzeugt, dass die meisten Menschen gute Absichten haben. D) Heutzutage kann man sich auf niemanden verlassen. (weitere Informationen bei Arant et al. 2017).

30 Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Vetter und Brettschneider (2023a) im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Lebensqualität und der Präferenz für repräsentative Demokratievarianten.

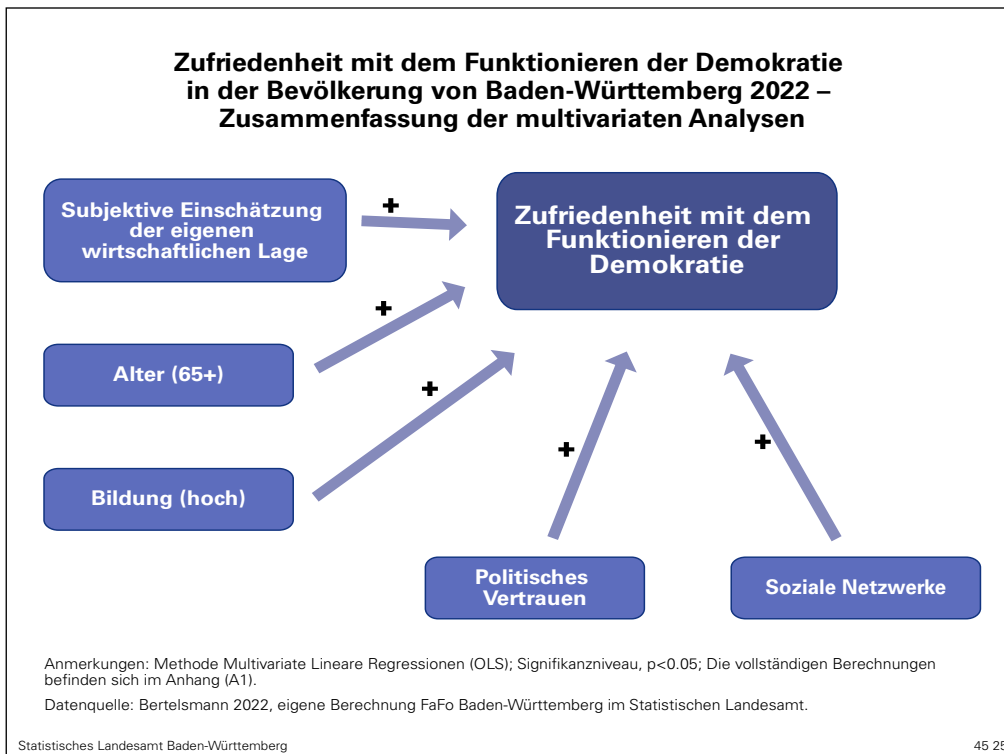


Abbildung 18:
Zufriedenheit mit dem
Funktionieren der
Demokratie in der
Bevölkerung von Baden-
Württemberg 2022 –
Zusammenfassung der
multivariaten Analysen

Anhand einer deutschlandweiten quantitativen Umfrage mit Langzeiterwerbslosen wird zudem deutlich, dass soziale Exklusion und das Gefühl politisch nicht oder nur ungenügend repräsentiert zu werden (politische Exklusion) zu einer negativeren Bewertung der repräsentativen Demokratie führen (vgl. Velimsky 2024).

Wie für die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie zeigen auch die multivariaten Analysen zu politischem Vertrauen einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem politischen Vertrauen und der subjektiven Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage (Abbildung 19). Auch für die Höhe des politischen Vertrauens ist die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage relevanter als das Über-/Unterschreiten der Armutsgefährdungsschwelle. Die Analysen zeigen darüber hinaus ein größeres politisches Vertrauen bei denjenigen mit hohem politischem Interesse, bei denjenigen, die ein größeres soziales Vertrauen haben und bei jüngeren Menschen im Alter von 16 bis 35 Jahren.

Der Zusammenhang zwischen Armutsgefährdung, sozialem Vertrauen und politischem Vertrauen wurde näher untersucht (Abbildung 20). Die Ergebnisse zeigen einen indirekten Effekt von Armutsgefährdung auf politisches Vertrauen, der über das soziale Vertrauen wirkt. Das bedeutet, armutsgefährdete Menschen haben in den Analysen ein geringeres soziales Vertrauen und dieses geringere soziale Vertrauen beeinflusst ihr politisches Vertrauen. Somit beeinflusst Armutsgefährdung das politische Vertrauen indirekt über das soziale Vertrauen (Abbildung 20).

Ein Zusammenhang zwischen sozialem Vertrauen und dem politischen Vertrauen ist bereits aus internationalen Studien bekannt (siehe u. a. Bargsted et al. 2023; Daskalopoulou 2019; Newton und Zmerli 2011). Wer eher darauf vertraut, dass andere Menschen sich nicht oder nur selten



Abbildung 19:
Politisches Vertrauen in
Baden-Württemberg 2022
– Zusammenfassung der
multivariaten Analysen

egoistisch, opportunistisch und feindselig verhalten, der vertraut auch eher den Handlungen von gewählten Repräsentierenden und anderen politischen Akteurinnen und Akteuren (vgl. Daskalopoulou 2019; Newton und Zmerli 2011). Auch der Zusammenhang zwischen unterschiedlichen sozioökonomischen Faktoren und sozialem Vertrauen ist empirisch belegt (siehe unter anderem Daskalopoulou 2019; Inglehart 1999; Kim et al. 2022). So zeigt sich für Deutschland ein größeres soziales Vertrauen bei höher Gebildeten und Angehörigen der oberen Mittelschicht und Oberschicht im Vergleich zu Menschen mit niedriger Bildung und Angehörigen der Unter- bzw. Arbeiterinnen- und Arbeiterschicht (vgl. Best et al. 2023).

Die Vermutung hinter dem Zusammenhang zwischen Armut und sozialem Vertrauen ist, dass bei sozioökonomisch besser gestellten Menschen das soziale Vertrauen aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen stärker ausgeprägt ist als bei Menschen in prekären Lebenslagen. (Existenz-)Ängste führen eher zu Misstrauen gegenüber anderen (vgl. Delhey und Newton 2003). So kann zum Beispiel ein Jobverlust bleibende negative Auswirkungen auf das soziale Vertrauen von Individuen haben (vgl. Laurence 2015).

Ein wichtiger Aspekt ist zudem das soziale Umfeld. Mit einem Jobverlust und der Dauer von Armutslagen verändert sich in vielen Fällen die Zusammensetzung des sozialen Umfeldes. So werden die sozialen Netzwerke kleiner, je länger eine Armutssituation andauert. Folgen sind unter anderem ein häufigeres Auftreten von Einsamkeit und sozialer Isolation (vgl. FaFo 2024). Im Hinblick auf soziales Vertrauen sind gerade informelle soziale Bindungen bzw. häufige Interaktionen mit Freunden, Nachbarinnen und Nachbarn, Familienmitgliedern, sowie anderen Personen, die nicht zu den Verwandten gehören, entscheidend (vgl. Delhey und Newton 2003). Denn soziales Vertrauen leitet sich von diesen kontinuierlichen sozialen Erfahrungen ab. Dabei ist es förderlich, wenn das eigene soziale Netzwerk divers ist, also nicht nur aus der gleichen sozialen Schicht,



Abbildung 20:
Armutsgefährdung,
soziales und politisches
Vertrauen in Baden-
Württemberg 2022

Religion oder Nationalität besteht (vgl. Cao und Galinsky 2020). Folglich kann besonders der häufige Kontakt zu unbekannten Personen soziales Vertrauen erhöhen, zumindest wenn dieser als positiv wahrgenommen wird (vgl. Cao und Galinsky 2020; Freitag und Traunmüller 2009).

Menschen in Armutslagen machen jedoch häufig die Erfahrung, dass in ihrem sozialen Umfeld auch der Anteil derer, die sich in einer ähnlichen Lebenslage befinden, größer wird (vgl. Böhnke und Link 2017; Velinsky 2024). Also wird das soziale Umfeld nicht nur kleiner, sondern auch weniger divers. Befunde für Baden-Württemberg zeigen auch: Einkommensarme Menschen berichten besonders häufig von weniger intakten sozialen Netzen (vgl. Boehnke et al. 2022). Dabei spielt auch eine Rolle, dass Menschen in Armutslagen in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe eher eingeschränkt sind, was sich auch auf ihre sozialen Beziehungen auswirkt (vgl. Kronauer 2010). Hinzu kommt die stigmatisierende Wirkung von Armut in der Gesellschaft. Menschen in Armutslagen erleben in ihrem Alltag häufiger Stigmatisierung, was ihr Zugehörigkeitsgefühl zur Gemeinschaft negativ beeinflussen kann (vgl. Stewart et al. 2009). Solch negative Interaktionen verringern auch das soziale Vertrauen der Betroffenen (vgl. Cao und Galinsky 2020) und können zu einer Negativspirale zwischen Armut und sozialem Vertrauen führen (vgl. Fernández et al. 2023).

Insgesamt zeigen die empirischen Analysen für Baden-Württemberg, dass besonders die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage, die bei armutsgefährdeten Menschen häufiger eher schlecht ausfällt, sowie das soziale Vertrauen, wichtige Erklärungsfaktoren für die Demokratiezufriedenheit und das politische Vertrauen sind. Diese Zusammenhänge können Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie haben (vgl. Vetter und Brettschneider 2023a).



Geringe Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, geringes politisches Vertrauen und eine geringe Wahlbeteiligung von Menschen in Armutslagen. Was folgt daraus?

Repräsentative Demokratie lebt von dem Vertrauen, welches ihren Institutionen, aber auch Akteurinnen und Akteuren wie Parteien und Repräsentierenden entgegengebracht wird (vgl. Vetter und Brettschneider 2023a). Darüber hinaus ist die geringe Wahlbeteiligung einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe (wie bspw. von Menschen in Armutslagen) mit einer geringeren Repräsentation ihrer Interessen verbunden (vgl. Elsässer et al. 2017, 2021).

Die hier gezeigten Befunde lassen allerdings keine Rückschlüsse auf die mit einer Unzufriedenheit oder einem geringen Vertrauen einhergehenden Einstellungen und Präferenzen der Befragten zu. Vom Rückzug ins Private bis hin zu dem Wunsch nach einer anderen Form von Repräsentation sind verschiedene Reaktionen, die aus der Unzufriedenheit resultieren können, möglich. Welche Parteipräferenzen die Befragten haben oder welche Ausgestaltung des politischen Systems sie sich wünschen, ist nicht Gegenstand der Analysen und kann nicht aus den Ergebnissen abgeleitet werden.

Empirische Befunde legen nahe, dass mit einer hohen Demokratieunzufriedenheit häufiger populistische Einstellungen¹ einhergehen (vgl. Velimsky 2024; Zaslove und Meijers 2023). So werden bei Menschen mit populistischen Einstellungen direktdemokratische Abstimmungen oder deliberative Veranstaltungsformate besonders positiv gesehen. Hierbei ist zu betonen, dass auch Menschen ohne Armutserfahrung unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sein können.

Ähnlich sind die Befunde zu technokratischen bzw. autoritären Vorstellungen. Auch diese treten besonders häufig bei Unzufriedenen auf. So sind autoritäre Einstellungen überdurchschnittlich hoch in Regionen (Kreisen) mit einer hohen Arbeitslosenquote (vgl. Heller et al. 2022), wobei dies auch ein Indikator für strukturschwache Regionen ist. Eine neuere Studie der Universität Stuttgart findet keinen Zusammenhang zwischen Deprivation oder geringem Einkommen mit autoritären Vorstellungen (vgl. Schwaiger 2024). In einer Befragung mit Langzeiterwerbslosen zeigt sich eine große Ablehnung gegenüber dem Modell eines starken, gewählten „Leaders“ (vgl. Velimsky 2024). Autoritäre Vorstellungen scheinen in diesem Zusammenhang eher mit geringer Bildung als mit geringem Einkommen zusammenzuhängen (vgl. Coffé und Michels 2014; Velimsky 2024).

Wie beschrieben, führt eine hohe Unzufriedenheit mit Demokratie und ihrem Funktionieren dazu, dass eine Veränderung des Status Quo gewünscht wird. Das bedeutet aber nicht, dass die Demokratie durch eine andere Regierungsform ersetzt werden soll, denn das Ver-

¹ Populismus wird definiert als: „[...] ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite’, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people“ (Mudde 2004, S. 543).

trauen in die gängigen Alternativen ist meist sehr gering (vgl. Velimsky 2024). Häufig geht es den Befragten darum, das bestehende System mit alternativen Repräsentationsformen etwa direktdemokratischen Abstimmungen, deliberativen Veranstaltungsformaten wie Bürgerräten oder einer stärkeren Einbindung unabhängiger Expertinnen und Experten zu komplementieren (vgl. Goldberg und Bächtiger 2019; Goldberg et al. 2020).

3.2 Politische Partizipation

Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und ein geringes politisches Vertrauen haben auch einen Einfluss auf die politische Partizipation von Menschen in Armutslagen. Der Zusammenhang zwischen individuellen sozioökonomischen Ressourcen wie Einkommen oder Bildung und der Wahrscheinlichkeit eines Individuums politisch aktiv zu werden, ist in der Forschungsliteratur vielfach dokumentiert (siehe u. a. Brady et al. 1995; Gallego 2015; Verba et al. 1978, 1995). Menschen in Armutslagen nehmen ihr Recht auf politische Partizipation seltener wahr als sozioökonomisch bessergestellte Menschen, was eine soziale Verzerrung bzw. Spreizung bei politischer Partizipation bewirkt.

Solch ungleiche Partizipation zeigt sich in Deutschland vor allem bei Wahlen, die ein wichtiges Instrument der Einflussnahme auf das politische System sind. Eine soziale Verzerrung (soziale Ungleichheit) bei Wahlen ist für alle föderalen Ebenen dokumentiert (siehe u. a. Kaeding et al. 2016; Schäfer et al. 2013; Vetter und Velimsky 2019). Dabei scheint die Verzerrung insgesamt größer zu werden (siehe Dalton 2017; Schäfer und Schwander 2019), was vornehmlich auf die sinkende Partizipation von Menschen in Armutslagen zurückzuführen ist, die sich nicht gehört fühlen. Auch andere Formen von politischer Partizipation sind sozial gespreizt, wie direktdemokratische Abstimmungen (vgl. Velimsky et al. 2024; Vetter und Velimsky 2019), die Mitarbeit in politischen Parteien (vgl. Biehl 2017), das Ausüben von politischen Ämtern, die Teilnahme an öffentlichen Diskussionen oder die Mitwirkung an Unterschriftensammlungen (siehe u. a. Bödeker 2012; Böhnke 2011).

Aus demokratiethoretischer Sicht schwächen diese Befunde das Prinzip der politischen Gleichheit, einen Grundpfeiler repräsentativer Demokratie (vgl. Dahl 1998), nach dem alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen die Möglichkeiten haben sollten, die eigenen Interessen in das politische System einzubringen, um so die Responsivität und Legitimität politischer Entscheidungen sicherzustellen. Empirische Befunde für Deutschland legen nahe: Die geringe politische Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen ist auch systematisch mit einer geringeren Repräsentation ihrer Interessen in politischen Entscheidungsprozessen verbunden (vgl. Elsässer et al. 2017, 2021). Das wiederum hat Auswirkungen auf die Demokratiezufriedenheit und auf das politische Vertrauen.

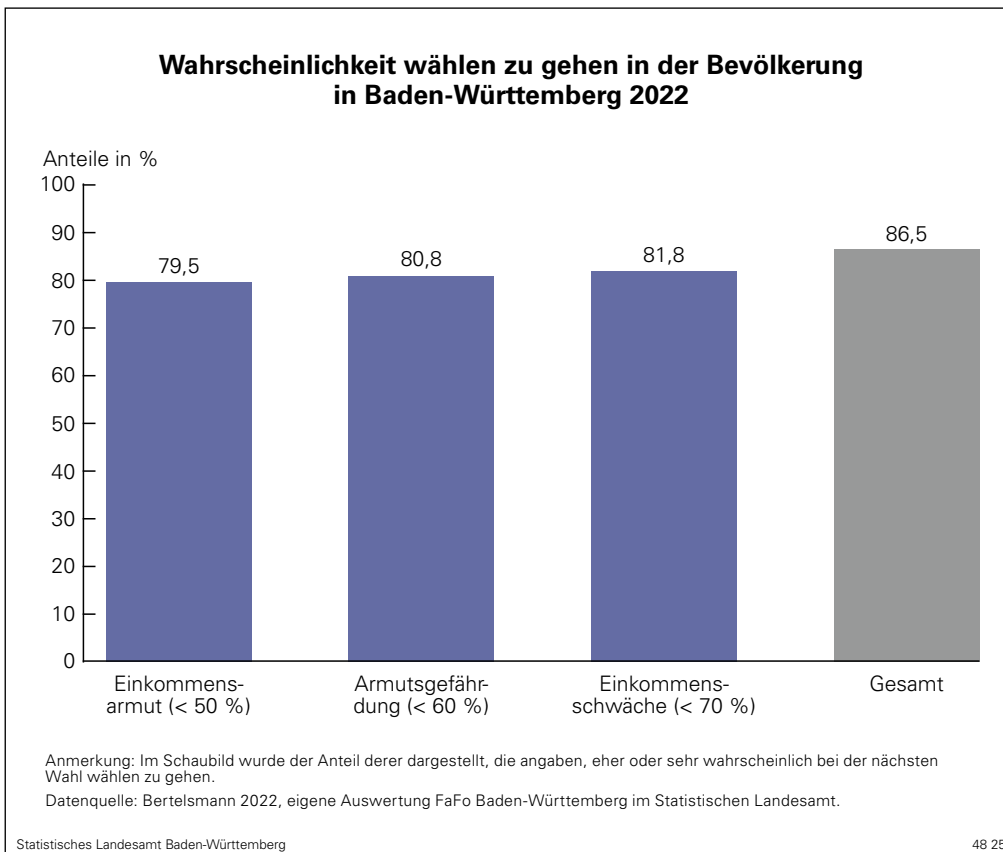


Abbildung 21:
Wahrscheinlichkeit
wählen zu gehen in der
Bevölkerung in Baden-
Württemberg 2022

Die Wahrscheinlichkeit, wählen zu gehen,³¹ steht unter anderem im Zusammenhang mit der Einkommenslage. Im Hinblick auf Wahlen gaben Menschen mit einem Einkommen unter den drei benannten Armutsschwellen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs seltener an, sich bei der nächsten Wahl beteiligen zu wollen (*Abbildung 21*). Der Anteil wahlwilliger armutsgefährdeter Menschen (80,8 %) lag knapp 6 Prozentpunkte unter dem Anteil in der Gesamtbevölkerung (86,5 %).³²

Ähnlich wie bei den Analysen zuvor bleibt auch hier bei einzelnen Armutsschwellen der Unterschied in der Wahlwahrscheinlichkeit nicht erhalten, wenn andere relevante Faktoren berücksichtigt werden. Wichtiger für die Wahrscheinlichkeit, zur Wahl zu gehen, ist wie bereits beim politischen Vertrauen und der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage als das Unterschreiten einer Armutsgefährdungsschwelle. Menschen, die ihre Lage als eher schlecht einschätzten, haben seltener die Absicht geäußert, zur Wahl gehen zu wollen (*Abbildung 22*). Die Wahrscheinlichkeit, sich an Wahlen zu beteiligen, steigt zudem, je größer das politische Interesse und das politische Vertrauen ist. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Analysen spielt das soziale Vertrauen für die Wahrscheinlichkeit, wählen zu gehen, keine Rolle. Jedoch steigt die Wahrscheinlichkeit, an der nächsten Wahl zu

31 Es wurde gefragt: Wenn die nächsten Wahlen anstehen, für die Sie wahlberechtigt sind, wie wahrscheinlich ist es, dass Sie tatsächlich zur Wahl gehen? (Skala: sehr wahrscheinlich, eher wahrscheinlich, eher unwahrscheinlich, sehr unwahrscheinlich). Die Variable wurde dichotomisiert.

32 Solche Selbstangaben sind allerdings mit Vorsicht zu interpretieren, da diese meist höher sind als die tatsächliche Beteiligung (soziale Erwünschtheit).



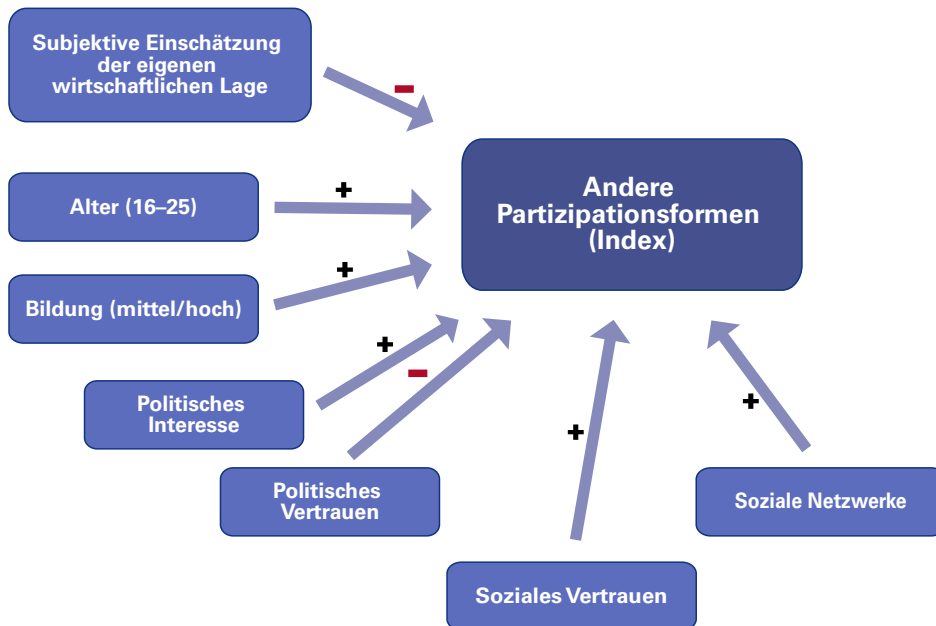
Abbildung 22:
Wahlwahrscheinlichkeit in
Baden-Württemberg 2022
– Zusammenfassung der
multivariaten Analysen

partizipieren, je größer bzw. je besser die Eingebundenheit in das eigene soziale Netzwerk ist. Dieser Befund deckt sich mit Erkenntnissen aus der Partizipationsforschung (vgl. Verba et al. 1995). Darüber hinaus ist die Wahlwahrscheinlichkeit bei Personen ab 55 Jahren höher als bei jüngeren Menschen und bei Befragten mit einem mittleren bzw. hohem Bildungsniveau höher als bei Befragten mit einem geringen Bildungsniveau (*Abbildung 22*).

Ein anderes Bild ergeben die Analysen bei der Betrachtung anderer Formen politischer Partizipation (*Abbildung 23*).³³ Auch hier zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen armutsgefährdeten und nicht-armutsgefährdeten Menschen. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Analysen gibt es einen negativen Zusammenhang zwischen der subjektiven Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Beteiligung an anderen Formen politischer Partizipation. Das bedeutet: Befragte, die ihre wirtschaftliche Situation besser einschätzen, haben solche Formate eher etwas seltener genutzt als Menschen, die ihre Lage schlechter einschätzen. Insgesamt deuten die Ergebnisse jedoch darauf hin, dass die Beteiligung an anderen politischen Beteiligungsformen

33 Aufgrund geringer Fallzahlen wurde dabei ein Index gebildet, der die Nutzung unterschiedlicher Formen politischer Beteiligung in den letzten 12 Monaten misst. Dieser beinhaltet Beteiligung a) an Demonstration; b) bei Unterschriftensammlungen für politische Ziele; c) an einer Bürgerinitiative; d) Bürgerversammlung oder einem Bürgerdialog am Wohnort; e) Befestigung oder Tragen von Abzeichen/Aufklebern einer politischen Kampagne; f) ein politisches Amt ausgeübt oder anderweitig politisch Verantwortung übernommen; g) eine Politikerin, einen Politiker, eine Beamtin oder einen Beamten kontaktiert (außer im Rahmen der Nutzung öffentlicher Dienste); h) in Sozialen Medien politisch Stellung bezogen; i) im Internet an Online-Petitionen oder Bürgerbeteiligungen teilgenommen.

Die Nutzung anderer Partizipationsformen in Baden-Württemberg 2022 – Zusammenfassung der multivariaten Analysen



Anmerkungen: Methode Multivariate Poisson-Regressionen (Count Modell); Signifikanzniveau, $p < 0.05$. Die vollständigen Berechnungen befinden sich im Anhang (siehe A5).

Datenquelle: Bertelsmann 2022, eigene Berechnung FaFo Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

50 25

Abbildung 23:
Die Nutzung anderer
Partizipationsformen in
Baden-Württemberg 2022
– Zusammenfassung der
multivariaten Analysen

weniger ungleich ist als die Beteiligung an Wahlen. Hierzu bedarf es weiterer Forschung, die hier nicht geleistet werden kann. Auffallend ist auch: Diejenigen mit einem geringen politischen Vertrauen nutzten solche Formate häufiger, ebenso junge Menschen. Ferner erhöhen ein höherer Bildungsstand, ein größeres soziales Vertrauen sowie eine bessere Eingebundenheit in soziale Netzwerke die Nutzungshäufigkeit anderer Partizipationsformate.

Insgesamt zeigt sich eine geringere Wahlbeteiligung von Menschen, die ihre wirtschaftliche Lage als schlecht einschätzen. Für andere Beteiligungsformate trifft dies nicht zu. Menschen in Armuts-lagen sind zwar eher unzufrieden mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie und vertrauen ihren zentralen repräsentativen Akteurinnen und Akteuren auch weniger (politisches Vertrauen). Sie sind aber nicht inaktiv. Darauf deuten auch andere Forschungsergebnisse hin. In einer Studie der Denkfabrik Stuttgart wurden qualitative Interviews mit 74 langzeiterwerbslosen Nichtwählenden durchgeführt. Demnach sind viele Befragte durchaus an politischen Zusammenhängen interessiert. Der Nichtwahl liegt bei vielen Befragten weniger das Desinteresse an Politik zugrunde, sondern sie ist viel mehr als eine Botschaft an die Demokratie und ihre Akteurinnen und Akteure zu verstehen, mit der der eigenen Unzufriedenheit und dem Misstrauen in jene Ausdruck verliehen wird (vgl. Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande 2017, 2019). Daher ist es wichtig, passende Formate zu finden, in denen Menschen in Armuts-lagen ihre Interessen an das politische System herantragen können und so gehört werden.

3.3 Erfahrungen aus der Praxis

Die empirischen Befunde haben deutlich gemacht, dass soziales und politisches Vertrauen Ansatzpunkte sein können, um den Kreislauf aus Unzufriedenheit mit der Demokratie, geringer politischer Partizipation und dadurch geringerer Repräsentation der eigenen Interessen aufzubrechen. Eine Stärkung von sozialem Vertrauen kann sich demnach positiv auswirken auf politisches Vertrauen und die Zufriedenheit mit der Demokratie. Wie es in der Praxis gelingen kann, soziales und politisches Vertrauen zu stärken, sodass armutsgefährdete Menschen Selbstwirksamkeit erfahren und dadurch ihre Interessen an das politische System herantragen können bzw. sie mit ihren Interessen wahrgenommen werden können, zeigen die nun folgenden Praxisbeispiele. Während es beim Projekt „RedeZeit: Reden – zuhören – verändern“ der Singener Tafel e. V. unter anderem darum geht, Menschen in Armutslagen zu ermutigen und zu befähigen, eigene Anliegen selbst oder in Zusammenarbeit mit anderen anzugehen und so soziales und politische Vertrauen zu stärken, bietet der Verein lak-bw e. V. als Teil der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg Einblicke, wie eine Selbstmandatierung „von unten“ gelingen kann. Beim Projekt „Jetzt spreche ich – Menschen mit Armutserfahrungen und Politik im Dialog“, vom Evangelischen Fachverband für Arbeit und soziale Integration e. V. (EFAS) wird aufgezeigt, wie respektvoller Dialog auf Augenhöhe zwischen Betroffenen und Politik gestaltet werden kann. Dafür wurden unterschiedliche Dialogformate in Zusammenarbeit mit Betroffenen und Wissenschaft erprobt und auf ihre Wirkung hin untersucht. Die wichtigsten Ergebnisse und Erfahrungen dieser Beispiele aus der Praxis werden hier vorgestellt.

Selbstwirksamkeit stärken durch die Befähigung zum Lösen kleiner Probleme. Projekt „RedeZeit: Reden – zuhören – verändern“

„RedeZeit: Reden – zuhören – verändern“³⁴ ist ein Projekt der Singener Tafel e. V. zur aufsuchenden politischen Bildung für Menschen mit Armutserfahrung.³⁵ Ziel ist es, armutsbetroffenen oder -bedrohten Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung zu politischen Fragestellungen zu äußern und gehört zu werden. Bei RedeZeit liegt der Fokus auf dem Zuhören, um Probleme der Besuchenden zu kennen und zu verstehen. „Daher haben wir uns auf einige wenige Aktivitäten hierzu beschränkt und uns aus vielen anderen verlockenden Projekten herausgehalten, in denen es möglich gewesen wäre, politische Meinungen zu adressieren“, berichtet Herr Zedler (Projektleitung). „Uns war von Anfang an wichtig, nicht als verlängerter Arm von Politik gesehen zu werden. Wir wollen als RedeZeit-Leute nicht für die Menschen sprechen, sondern sie ermuntern für sich selbst zu sprechen“ (Herr Zedler). Gleichzeitig sollen Menschen ermutigt und dazu befähigt werden, kleine Probleme in der Kommune selbst oder in Zusammenarbeit mit anderen zu lösen. Um jüngere Menschen erreichen zu können, gibt es zudem Vorträge und Workshops an Schulen.

34 Nähere Informationen unter <https://www.tafel-singen.de/redezeit>.

35 Das Projekt wird vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg gefördert im Rahmen des Förderaufrufs: „Maßnahmen der aufsuchenden politischen Bildung für Menschen mit Armutserfahrung“ (Laufzeit Dezember 2023 bis Februar 2026).

Im sogenannten „**Montagsbus**“ kann man³⁶ seit Mai 2024 in gemütlicher Atmosphäre bei einer Tasse Kaffee und einer Kleinigkeit zu Essen mit dem Projektteam in Dialog treten und eigene Nöte schildern, einfach mal der eigenen Meinung Ausdruck verleihen oder Wünsche für Änderungen äußern. Alle im Team haben selbst Armutserfahrung oder zumindest viel Kontakt mit Menschen in Armutslagen, etwa durch die Tätigkeit bei der Tafel. Insgesamt profitiert das Projekt von den vielfältigen Aktivitäten der Singener Tafel, was einen gewissen Vertrauensvorschuss mit sich bringt. Man habe auch die Erfahrung gemacht, dass diejenigen, die Projekte in ihrem Quartier kennen, zufriedener mit ihrer Lebenssituation sind, eben weil man weiß, an wen man sich bei Notfällen wenden kann, um Unterstützung zu erhalten, so Herr Zedler.

„Menschen, die zum Bus kommen, adressieren zu Beginn des Gesprächs häufig eher allgemeine Themen. Das eigentliche Anliegen kommt oft erst am Ende zur Sprache, nachdem im Dialog Vertrauen aufgebaut werden konnte“, berichtet Herr Zedler. Die Anliegen sind divers und reichen von zu wenig Mülleimern, Ruhebänken oder öffentlichen Toiletten bis hin zu defekten Aufklebern bei der Rückgabe von Pfandflaschen oder fehlenden Freizeitangeboten für Mütter. Nachdem ein Problem vorgetragen bzw. identifiziert wurde, wird im Dialog mit der betreffenden Person erörtert, wen das Problem noch betreffen könnte und welche Akteurinnen und Akteure man zur Lösung ins Boot holen könnte. Manchmal bildet sich auch eine Gruppe von mehreren Betroffenen, die ein Problem gemeinsam lösen.

Zentral ist jedoch immer die Frage, welchen Beitrag die jeweilige Person selbst leisten kann. Hierbei bekommt sie dann Unterstützung vom Projektteam. Hilfestellungen bietet in diesem Prozess auch die projektbegleitende Lenkungsgruppe. Dieses Expertengremium besteht aus unterschiedlichen kommunalen und stadtgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren wie dem Seniorenbüro, dem Amt für Migration oder dem Quartiersbüro. In diesem Gremium können Themen im größeren Rahmen diskutiert und Rat zum weiteren Vorgehen eingeholt werden. Durch diese eigenen Erfahrungen und „kleinen“ Erfolge werden die Beteiligten in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt und können so auch für größere gesellschaftspolitische Fragen „politisiert“ werden, auch wenn die meisten Themen selbst nicht politisch sind. Alle Meinungen, Anliegen und Vorschläge aus den Gesprächen am Bus werden dokumentiert, zum Beispiel auf der Homepage der Tafel und regelmäßig dem Gemeinderat vorgestellt. So gab es im Oktober 2024 einen politischen Spaziergang durchs Quartier. Bei diesem Rundgang konnten Betroffene ihre jeweiligen Themen und Anliegen selbst den Politikerinnen und Politikern vortragen und praxisnah vorstellen.

Ein Ziel des Projekts ist die Bildung eines „Betroffenenrates“, der mit der Politik verbunden ist und die Aufgaben von RedeZeit auch nach Projektende weiterführt. „Das Gremium soll 2025 seine Arbeit aufnehmen, sich aus Menschen in Armutslagen zusammensetzen und deren Anliegen in die Politik einbringen“. Wichtige Themen sind hierbei die Beteiligung und Teilhabe armutsbetroffener Menschen und die Vernetzung und der Austausch mit nicht-armutsbetroffenen Menschen, zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren sowie mit Politik und Verwaltung. Ein wichtiges Anliegen ist auch die Frage, wie Solidarität zwischen Menschen in Armutslagen hergestellt und

36 Der Bus steht zwischen Mai und Oktober (16 bis 18 Uhr) auf dem REWE-Parkplatz am Berliner Platz in Singen.

gefördert werden kann. Dazu gehören das Festlegen gemeinsamer Ziele und von Wegen, wie diese erreicht werden können.

Insgesamt kann durch das gemeinsame Lösen von Problemen politisches Vertrauen verbessert, aber auch soziales Vertrauen und gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt werden. Außerdem können so der Kontakt und eine Beziehung mit Repräsentierenden aufgebaut werden. „Wir bieten dafür Vitamin B, wobei das B hier für Bestärken steht“ (Herr Zedler).

Selbstmandatierung und Empowerment von unten: Die Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg

Die Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (LAK-BW) wurde am 10. März 2012 von 120 Menschen als Basisinitiative gegründet.³⁷ Die Idee dazu entstand durch die Aktivitäten verschiedener Betroffeneninitiativen wohnungsloser Menschen. Beteiligt an der Gründung waren unter anderem Personen aus Kirchen, Gewerkschaften, Erwerbsloseninitiativen, Migrationsvereinen, wohnungslose Menschen sowie solidarische Professionelle, zum Beispiel aus der Sozialen Arbeit. Im November 2013 wurde zudem eine Kooperationsvereinbarung mit den Wohlfahrtsverbänden und dem DGB Baden-Württemberg unterzeichnet. Seitdem besteht die LAK-BW aus zwei Netzwerken. Das Netzwerk 1 bilden die Basisorganisationen, darunter insbesondere der Verein lak-bw e. V., das Netzwerk 2 die Liga der Wohlfahrtsverbände in Baden-Württemberg und der Landes-DGB.³⁸ Beide Netzwerke sind inhaltlich voneinander unabhängig. Das Besondere an der LAK-BW ist, dass hier von Armut und Ausgrenzung betroffene Menschen (Netzwerk 1) mit den Verbänden (Netzwerk 2) partizipativ an einem Tisch sitzen, mit dem Ziel, landesweite Armutsthemen in die Landespolitik und Landesverwaltung einzubringen. Dazu gibt es vielfältige Tätigkeiten und Initiativen, wie die aktive Mitarbeit in Menschenrechtsgruppen, die Mitarbeit und Mitgliedschaft im Landesbeirat für Armutsbekämpfung und Prävention Baden-Württemberg oder die jährlich stattfindende landesweite Aktionswoche: „Armut bedroht Alle!“³⁹

Seit 2023 gibt es auch das Projekt „Runder Tisch Offenburg/Ortenau – Bürgertisch von unten.“⁴⁰ Es ist ein Projekt des Vereins lak-bw e. V., Teil von Netzwerk 1 der LAK-BW. Dieser Runde Tisch ist eine Interessenvereinigung von Menschen in prekären Lagen bzw. Armutslagen im Ortenaukreis. Beteiligt sind lokal interessierte Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft, zum Beispiel aus politischen Parteien, Vertretende von Minderheitengruppen wie die Jenischen, Sinti-Roma (Kulturverein) oder Betroffene aus dem Obdachlosenkontext. „Ziel ist es, eine Art Lobbyverbund durch die Kooperation zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure zu schaffen, der Themen setzt und dabei Menschen in Armutslagen einbezieht, um lokalen bzw. regionalen Interessen von Armutspopulationen kommunalpolitisch einen Stellenwert zu garantieren“, so Herr Saurer (Vor-

37 Nähere Informationen unter <http://www.landesarmutskonferenz-bw.de/>.

38 Dieser Zusammenschluss wird durch 12 Delegierte, jeweils 6 aus beiden Netzwerken, vertreten. Seit Juni 2015 gibt es eine gemeinsame Charta. Beiden Netzwerken stehen jeweils eine Sprecherin oder ein Sprecher vor.

39 Nähere Informationen unter <https://www.armut-bedroht-alle.de/>.

40 Das Projekt besteht seit 2023 und wird vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg gefördert im Rahmen des Förderaufrufs: „Maßnahmen der aufsuchenden politischen Bildung für Menschen mit Armutserfahrung“.

sitzender lak-bw e. V.). Im Fokus stehen Minderheitengruppen, die bisher kaum sichtbar waren. Durch Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe und Engagement werden Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben, befähigt, relevante und sichtbare gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure zu werden. So werden von den jeweiligen Gruppen Feste oder Kulturveranstaltungen durchgeführt, wie eine Veranstaltung zur Geschichte jenuischer Bürgerinnen und Bürger oder ein Hofstraßenfest in Quartieren mit einem hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten. „Grundsätzlich ist die eigene Befähigung – im Rahmen der Selbstmandatierung – eine Daueraufgabe in den Organisationen von Menschen in Armutslagen, also ein permanenter Lernprozess“ (Herr Saurer).

Wie eine Selbstmandatierung von unten gelingen kann, wurde in einem Gespräch mit Mitgliedern der LAK-BW diskutiert.⁴¹ Grundvoraussetzung ist dabei die Bildung einer eigenständigen Gruppe, da Einzelpersonen in der Regel wenig bewirken. In solchen Gruppen findet eine politische, kulturelle und gesellschaftliche Sozialisation statt. Dafür braucht es offene Räume, in denen Platz ist für Diskussion, Reflexion und Austausch. Aus der Gruppe heraus entsteht dann ein gesteigertes Selbstvertrauen, sich zu äußern, wodurch Selbstwirksamkeit erfahrbar wird. „Manchmal braucht es einen langen Vorlauf, bis man gesehen wird. Dabei spielt die Netzwerkarbeit eine wichtige Rolle. So berichtete Frau K. (LAK-BW-Mitglied) in dem Gespräch: „Es ist ganz wichtig auch in die Begegnung mit Netzwerken zu gehen. Ich denke, das ist für die Selbstmandatierung oder auch für die Partizipation, Empowerment ganz wichtig, sich zu befähigen, indem man die Außenkontakte hat und diese pflegt. So hat der Zusammenschluss mit den Verbänden (Netzwerk 2) uns ein Mehr gegeben. Dadurch sind wir mehr gehört worden“.

„Insgesamt haben wir schon viel erreicht. Wir haben eine ganze Menge von Netzwerken und Verbindungen in Baden-Württemberg entwickelt und ein Stück die Sozialpolitik in Baden-Württemberg verändert“ (Herr Saurer).

„Jetzt spreche ich!": Menschen mit Armutserfahrungen und Politik im Dialog.

Reden wir doch miteinander statt übereinander – unter diesem Motto wurde Anfang 2022 das Projekt „Jetzt spreche ich – Menschen mit Armutserfahrungen und Politik im Dialog“, vom Evangelischen Fachverband für Arbeit und soziale Integration e. V. (EFAS) ins Leben gerufen.⁴²

„Wenn wir mehr miteinander auf Augenhöhe reden, würde dies dazu führen, dass es unserem Land, unserer Demokratie, uns allen besser geht [...].“ (Denny M.)

Zielsetzung war, Betroffene zu befähigen ihren Anliegen gegenüber der Politik Gehör zu verschaffen und eine Sensibilisierung der Politik für die Interessen armutsbetroffener Menschen zu erreichen. Wie jedoch ein respektvoller Dialog auf Augenhöhe zwischen Betroffenen und Politik gestaltet werden kann, dafür fehlt es häufig an Ideen. In „Jetzt spreche ich“ wurde deshalb erforscht, welche Formate Politikerinnen und Politiker sensibilisieren und gleichzeitig Betroffene politisch „empowern“, um so in der Praxis nutzbare „Modell-Formate“ zu entwickeln, die von

41 Das Protokoll findet sich im zweiten Teil dieses Berichts.

42 Für nähere Informationen zum Projekt siehe <https://efas-web.de/index.php/jetzt-spreche-ich>.

anderen Interessierten übernommen werden können. Dazu wurden, gemeinsam mit Menschen in Armutslagen sowie der Wissenschaft⁴³, unterschiedliche Dialogformate entwickelt, in der Praxis erprobt und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft.⁴⁴ Armutsbetroffene Menschen waren in allen Phasen des Projekts und bei allen Formaten involviert. Dafür wurden sie zu Forschenden in eigener Sache qualifiziert und haben Leitfäden erstellt, Interviews geführt, Dialogformate mitkonzipiert und umgesetzt und so demokratische Prozesse selbst gestaltet.⁴⁵

Insgesamt wurden zwölf unterschiedliche Dialogformate erprobt.⁴⁶ „Dabei haben sich vor allem solche Formate als besonders wirksam erwiesen, in denen betroffene Menschen mit Armutserfahrungen authentisch und konkret aus ihrem Leben berichtet haben“, so Frau Lo Bello (Projektkoordinatorin). Eines dieser Formate heißt StoryTelling.⁴⁷ Dort legten armutsbetroffene Menschen vor einer Gruppe an Zuhörenden ihre Lebenswege mit all ihren Problemen und Krisen, Irrungen und Wirrungen, Stolpersteinen und Barrieren dar. Die Zuhörerinnen und Zuhörer (hier aus Politik) hatten die Möglichkeit Fragen zu stellen, um die Inhalte besser zu verstehen. Durch authentisches Erzählen persönlicher Erfahrungen war es möglich, Stereotypen aufzubrechen und das Publikum stärker emotional zu erreichen. „Ihnen wurde vor Augen und Ohren geführt, aus welch schicksalshaften Wechselfällen des Lebens Menschen aus der Bahn geworfen werden können, den Anschluss an die Normalbiografien aus schulischer Bildung, beruflicher Ausbildung und konventioneller Erwerbslaufbahn verlieren und in einen Teufelskreis von Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Überschuldung, Wohnungsverlust und langfristiger sozialer Ausgrenzung geraten können“ (Herr Schultheiß, wissenschaftliche Begleitung). Gleichzeitig erfahren armutsbetroffene Menschen eine Stärkung ihres Selbstbewusstseins. Denn auf einer öffentlichen Bühne über sich und sein Leben offen zu sprechen, erfordert Mut und Engagement. „Weniger erfolgreich waren dagegen faktenorientierte Formate, in denen versucht wurde mittels wissenschaftlicher Informationen wie statistischen Daten, einen öffentlichen Dialog in Gang zu setzen und zu strukturieren“ (Herr Schultheiß).

Eine wichtige Erfahrung von „Jetzt spreche ich“ war: Begegnung wirkt nachhaltig. So haben Betroffene im Laufe des Projekts entschieden, eigenständig an politischen Veranstaltungen teilzunehmen und haben projektunabhängig Politikerinnen und Politiker angesprochen und eigenständig Dialogformate mit Akteurinnen und Akteuren aus Kommunalpolitik und Gesellschaft durchgeführt. „Dies war ein weiteres sehr wesentliches Ergebnis, das in der Konzeptionsphase gar nicht vorgesehen war“ (Frau Lo Bello). Politikerinnen und Politiker wiederum haben nach den Formaten erneut den Kontakt zu Betroffenen gesucht, um ihre Expertise zu nutzen. In einem Fall ging es

43 Der Prozess wurde von dem Soziologen Prof. Franz Schultheiß (Zeppelin Universität Friedrichshafen) wissenschaftlich begleitet.

44 Alle Dialogformate wurden in Fokusgruppengesprächen von den Armutsbetroffenen, die jeweils das Dialogformat mit umgesetzt haben, evaluiert, jeweils vor und nach dem Format. Nach jedem Dialogformat wurden zudem die involvierten Politikerinnen und Politiker von den Betroffenen selbst anhand eines Leitfadens befragt um diese vertieft mit dem Thema „Armutsbetroffenheit“ zu konfrontieren.

45 Über den gesamten Projektzeitraum wurden ca. 50 Menschen mit Armutserfahrungen, sechs Bundestagsabgeordnete, vorwiegend aus dem Ausschuss Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages, sowie weitere zentrale gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure erreicht.

46 Eine Übersicht zu den zwölf Formaten findet sich unter https://www.efas-web.de/images/Armut__Politik_im_Dialog/240917_Handreichung.pdf.

47 Dieses Format wurde am 24. Mai 2023, mit dem CDU-Landesfachausschuss „Arbeit, Soziales und Demografie“, zum Thema „Langzeitarbeitslosigkeit ein Gesicht geben“ in Stuttgart erprobt.

zum Beispiel um die Idee, Jobcentermaßnahmen zusammen mit armutsbetroffenen Menschen zu konzipieren.

Insgesamt konnte das Projekt zeigen, dass Betroffene sich durch das aktive Mitentwickeln von Dialogformaten in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt fühlen und dass diese Mitgestaltung ein zentraler Erfolgsfaktor solcher Formate ist und auch Anstoß für eigenes Engagement sein kann. Durch den aktiven Dialog können die Interessen von armutsbetroffenen Menschen an das politische System herangetragen werden. Zudem kann für prekäre Lebensrealitäten sensibilisiert werden. Gleichzeitig werden Politikerinnen und Politiker als Menschen wahrnehmbar, vertrauenswürdiger und nahbarer empfunden. So kann soziales und politisches Vertrauen von Menschen in Armutslagen verbessert werden und allgemein ihre Sicht auf das Funktionieren von Demokratie. „Es braucht eigentlich nicht viel, damit sich armutsbetroffene Menschen gehört fühlen. Oft reicht es schon, wenn Politikerinnen und Politiker kommen und zuhören. Dazu braucht es gar nicht die großen und komplexen Formate. Wenn das regelmäßig stattfindet, dann hilft das schon viel“, so Frau Lo Bello.

4. Fazit

Die Analysen zeigen einerseits, dass in Baden-Württemberg die Einkommensungleichheit seit 2021 nicht größer geworden und auch der Anteil armutsgefährdeter Menschen nicht weiter angestiegen ist. Andererseits zeigt eine detailliertere Betrachtung ein überproportional starkes Sinken der preisbereinigten monatlichen Verdienste für die untere Verdienstgruppe seit 2018 (14,6 %). Dieser Rückgang war fast doppelt so hoch wie in der oberen Verdienstgruppe. Gerade die hohe Inflation bei Nahrungsmitteln, Wohnen und Haushaltsenergie hat untere Einkommensgruppen besonders stark getroffen, die einen Großteil ihres Einkommens für gerade diese Bereiche aufwenden.

Für die Demokratie ist diese Entwicklung problematisch, da es einen Zusammenhang zwischen der ökonomischen Lage und Demokratiezufriedenheit, politischem und sozialem Vertrauen sowie der Beteiligung an Wahlen gibt, was sich wiederum in einer geringen substanziellen Repräsentation niederschlägt und zu dem eingangs beschriebenen Kreislauf führt. Denn das Gefühl geringer Repräsentation bewirkt wiederum ein geringeres politisches Vertrauen und eine geringere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie.

Die Analysen zeigen auch, dass dieser Kreislauf durch einzelne Einkommensschwellen nur rudimentär erklärt werden kann. Das bedeutet jedoch nicht, dass das verfügbare Einkommen keinen Einfluss hat, sondern vielmehr, dass der Einfluss kontinuierlich wirkt und sich nicht durch das Unterschreiten einer bestimmten Schwelle abbilden lässt. Außerdem geht es auch darum, wie die eigene finanzielle Situation wahrgenommen wird. Dabei ist diese Wahrnehmung nicht unabhängig von der objektiven finanziellen Situation. Es konnte gezeigt werden, dass armutsgefährdete Menschen ihre wirtschaftliche Lage besonders häufig schlecht einschätzen. Darüber hinaus werden bei den Armutsgefährdungsquoten die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten nicht berücksich-

tigt. Mit der Betrachtung der subjektiven Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage wird diesem Nachteil Rechnung getragen.

Insgesamt spielt die finanzielle Lage eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie aber auch in Hinblick auf politisches und soziales Vertrauen sowie die Partizipation an Wahlen. Für eine umfassende Betrachtung ist es notwendig, sowohl objektive als auch subjektive Erhebungsmaße zu berücksichtigen. Die Befunde zu anderen Partizipationsformen deuten zudem darauf hin, dass Menschen in Armutslagen nicht inaktiv sind, sondern eher andere Formen der Beteiligung bevorzugen, da sie sich nicht gehört fühlen. Dazu gehören unter anderem die Teilnahme an Demonstrationen oder bei Unterschriftensammlungen für politische Ziele oder in Sozialen Medien politisch Stellung zu beziehen. Die Stärkung von sozialem und politischem Vertrauen kann sich positiv auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und politische Partizipation auswirken, ebenso auf zivilgesellschaftliches Engagement, wie frühere Befunde aus Baden-Württemberg zeigen (vgl. FaFo 2019). Dabei ist es zentral, Menschen in Armutslagen zu ermutigen und zu befähigen eigene Anliegen selbst oder in Zusammenarbeit mit anderen anzugehen und Wege zu finden, wie ein respektvoller Dialog auf Augenhöhe zwischen Betroffenen und Politik gestaltet werden kann.

5. Literatur

- Arant, Regina, Georgi Dragolov und Klaus Boehnke (2017): Codebuch – Sozialer Zusammenhalt in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bargsted, Matías, Camila Ortiz, Ignacio Cáceres und Nicolás M. Somma (2023): Social and Political Trust in a Low Trust Society. *Political Behavior*, 45 (4), S. 1401–1420.
- Bertsou, Eri und Daniele Caramani (2022): People Haven't Had Enough of Experts: Technocratic Attitudes among Citizens in Nine European Democracies, *American Journal of Political Science*, 66 (1), S. 5–23.
- Best, Volker, Frank Decker, Sandra Fischer und Anne Küppers (2023): Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
- Biehl, Heiko (2017): Je kleiner, desto feiner. Mitgliederschwund und sozialer Repräsentationsverlust der Parteien. In: Elmar Wiesendahl (Hrsg.), *Parteien und soziale Ungleichheit*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 223–242.
- Bödeker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. OBS-Arbeitspapier, Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Boehnke, Klaus, Georgi Dragolov, Regina Arant und Kai Unzicker (2022): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, 1–2, S. 18–25.
- Böhnke, Petra und Sebastian Link (2017): Poverty und the Dynamics of Social Networks: An Analysis of German Panel Data. *European Sociological Review*, 33 (4), S. 615–632.
- Brady, Henry E., Sidney Verba und Kay Lehman Schlozman (1995): Beyond SES: A Resource Model of Political Participation, *American Political Science Review*, 89 (2), S. 271–294.
- Campbell, Rosie, Philip Cowley, Nick Vivyan und Markus Wagner (2019): Why Friends and Neighbors? Explaining the Electoral Appeal of Local Roots. *The Journal of Politics*, 81 (3), S. 937–951.
- Cao, Jiyin und Adam D. Galinsky (2020): The Diversity-Uncertainty-Valence (DUV) model of generalized trust development. *Organizational Behavior und Human Decision Processes* 161, S. 49–64.
- Coffé, Hilde und Ank Michels (2014): Education and support for representative, direct und stealth democracy. *Electoral Studies* 35, S. 1–11.
- Creditreform; Boniversum; microm (Hrsg.) (2022): SchuldnerAtlas Deutschland 2021. Überschuldung von Verbrauchern. URL: https://www.boniversum.de/fileadmin/user_upload/aktuelles/schuldner-atlas/2021/CR-S-Atlas-DEU-2021-Bericht.pdf (Abruf: 23.10.2024).
- Creditreform; Boniversum; microm (Hrsg.) (2023): SchuldnerAtlas Deutschland 2022. Überschuldung von Verbrauchern. URL: https://www.boniversum.de/fileadmin/user_upload/aktuelles/schuldner-atlas/2022/2022-11-09-CR-S-Atlas-DEU-2022-Bericht-FINAL.pdf (Abruf: 23.10.2024).
- Dahl, Robert A (1998): *On democracy*. New Haven: Yale University Press.
- Dalton, Russell J. (2017): *The Participation Gap: Social Status und Political Inequality*. Oxford University Press.

Daskalopoulou, Irene (2019): Individual-Level Evidence on the Causal Relationship Between Social Trust and Institutional Trust. *Social Indicators Research* 144 (1), S. 275–298.

Delhey, Jan und Kenneth Newton (2003): Who trusts?: The origins of social trust in seven societies. *European Societies* 5 (2), S. 93–137.

Denkfabrik-Forum für Menschen am Rande, ed. (2017): „Gib mir was, was ich wählen kann.“ – Demokratie ohne Langzeiterwerbslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/innen. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Denkfabrik-Forum für Menschen am Rande, ed. (2019): Unerhört! Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort. Stuttgart: Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH.

Destatis (Statistisches Bundesamt) (2023a): Registrierte Arbeitslose und Arbeitslosenquote nach Gebietsstand. Registrierte Arbeitslose, Arbeitslosenquote nach Gebietsstand. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Arbeitsmarkt/lrab003ga.html> (Abruf: 12.08.2024).

Destatis (Statistisches Bundesamt) (2023b): Verbraucherpreisindex (VPI). URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/Methoden/Erlaeuterungen/verbraucherpreisindex.html> (Abruf: 16.08.2024).

Dorn, Florian, David Gstrein, Florian Neumeier und Andreas Peichl (2023): Die Mittelschicht in Deutschland: Zugehörigkeit, Entwicklung und Steuerlast. *Ifo-Schnelldienst* 8/2022, S. 29–36.

Eichhorst, Werner und Ulf Rinne (2023): Verteilungswirkungen der aktuellen Preisniveausteigerungen. *Institute of Labor Economics*.

Elsässer, Lea, Svenja Hense und Armin Schäfer (2017): „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27 (2), S. 161–180.

Elsässer, Lea, Svenja Hense und Armin Schäfer (2021): Not just money: unequal responsiveness in egalitarian democracies. *Journal of European Public Policy* 28 (12), S. 1890–1908.

Familienforschung (FaFo) Baden-Württemberg (2019) – Autorinnen: Saleth, Stephanie, Stephanie Bundel und Kristina Faden-Kuhne: Politische und gesellschaftliche Teilhabe von Armutsgefährdeten, *GesellschaftsReport BW* (2) im Auftrag des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg. URL: https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Familie/GesellschaftsReport-BW_2-2019.pdf (Abruf: 28.10.2024).

Familienforschung (FaFo) Baden-Württemberg (2024) – Autor: Velimsky, Jan: Soziale Isolation und Einsamkeit armutsgefährdeter Menschen in Baden-Württemberg, *GesellschaftsReport BW* (1) im Auftrag des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg. URL: <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikation/did/gesellschaftsreport-bw-1-2024-soziale-isolation-und-einsamkeit-armutsgefaehrder-menschen-in-baden-wuerttemberg> (Abruf: 23.10.2024).

Fernández, Almudena, Luis F. López-Calva und Santiago Rodríguez (2023): POVERTY, TRUST, AND SOCIAL DISTANCE: A SELF-REINFORCING „POVERTY TRAP“? *Social Philosophy und Policy* 40 (1), S. 129–149.

Freitag, Markus und Richard Traunmüller (2009): Spheres of trust: An empirical analysis of the foundations of particularised und generalised trust. *European Journal of Political Research* 48 (6), S. 782–803.

Gallego, Aina (2015): *Unequal Political Participation Worldwide*. Cambridge University Press.

Gesellschaftsmonitoring Baden-Württemberg (GeMo 2017a): Verteilung des Nettoäquivalenzeinkommens. URL: <https://www.gesellschaftsmonitoring-bw.de/themenfelder/armut-und-reichtum/reichtum/#toggle-id-1> (Abruf: 12.08.2024).

Gesellschaftsmonitoring Baden-Württemberg (GeMo 2017b): Verteilung des Nettovermögens. URL: <https://www.gesellschaftsmonitoring-bw.de/themenfelder/armut-und-reichtum/reichtum/#toggle-id-4> (Abruf: 12.08.2024).

Gesellschaftsmonitoring Baden-Württemberg (GeMo 2024): Armutsgefährdungsquoten. URL: <https://www.gesellschaftsmonitoring-bw.de/themenfelder/armut-und-reichtum/armut-armutsgefaehrderung/#toggle-id-2> (Abruf: 14.08.2024).

Goebel, Jan, Martin Goring und Hartmut Häußermann (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. DIW Wochenbericht 24/2010, S. 2–9.

Goldberg, Saskia und André Bächtiger (2019): Wünsche an Demokratie: Politische Einstellungen, Entscheidungsthema und Demokratiepräferenzen von Bürgern. In: Jochen Mayerl, Thomas Krause, Andreas Wahl und Marius Wuketich (Hrsg.), Einstellungen und Verhalten in der empirischen Sozialforschung: Analytische Konzepte, Anwendungen und Analyseverfahren. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 301–324.

Goldberg, Saskia, Dominik Wyss und André Bächtiger (2020): Deliberating or Thinking (Twice) About Democratic Preferences: What German Citizens Want From Democracy. *Political Studies* 68(2), S. 311–331.

Grabka, Markus M. und Konstantin Göbler (2020): Der Niedriglohnsektor in Deutschland. Falle oder Sprungbrett für Beschäftigte? Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Grabka, Markus M. (2022): Löhne, Renten und Haushaltseinkommen sind in den vergangenen 25 Jahren real gestiegen. DIW Wochenbericht 23/2022, S. 329–338.

Grabka, Markus M. (2024): Niedriglohnsektor in Deutschland schrumpft seit 2017. DIW Wochenbericht 5/2024, S. 67–77.

Heller, Aylene, Marius Dilling, Johannes Kiess und Elmar Brähler (2022): 5. Autoritarismus im sozioökonomischen Kontext. In: Oliver Decker, Johannes Kiess, Aylene Heller und Elmar Brähler (Hrsg.), Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Psychosozial-Verlag, S. 161–184.

IAB-Forum (2024): Pessimismus in der Polykrise: 2022 trübte sich die ökonomische Stimmung in der Bevölkerung deutlich ein. URL: <https://www.iab-forum.de/pessimismus-in-der-polykrise-2022-truebte-sich-die-oekonomische-stimmung-in-der-bevoelkerung-deutlich-ein/> (Abruf: 14.08.2024).

Inglehart, Ronald (1999): Trust, well-being und democracy. In: Mark E. Warren (Hrsg.), Democracy und Trust. Cambridge University Press, S. 88–120.

Kaase, Max (1997): Vergleichende Politische Partizipationsforschung. In: Dirk Berg-Schlosser und Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.), Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch S. 159–174. Opladen: Leske + Budrich.

Kaeding, Michael, Stefan Haußner und Morten Pieper (2016): Nichtwähler in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Kim, Youngju, Nicolas Sommet, Jinkyung Na und Dario Spini (2022): Social Class – Not Income Inequality – Predicts Social und Institutional Trust. *Social Psychological und Personality Science* 13 (1), S. 186–198.

Kritikos, Alexander, Johanna Schulze Düding, Octavio Morales und Maximilian Priem (2022): Untere Einkommensgruppen noch gezielter entlasten. In: *Wirtschaftsdienst* 102 (8), S. 590–594.

- Kronauer, Martin (2010): Exklusion: die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Frankfurt: Campus Verlag.
- Laurence, James (2015): (Dis)placing trust: The long-term effects of job displacement on generalised trust over the adult lifecourse. *Social Science Research* 50, S. 46–59.
- Levi, Margaret und Laura Stoker (2000): Political Trust and Trustworthiness. *Annual Review of Political Science* 3 (1), S. 475–507.
- Marien, Sofie, Marc Hooghe und Ellen Quintelier (2010): Inequalities in Non-Institutionalised forms of Political Participation: A Multi-Level Analysis of 25 Countries. *Political Studies* 58 (1), S. 187–213.
- Mauk, Marlene und Anne-Kathrin Stroppe (2024): Einstellungen zur Demokratie (10.2). In: Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland: Hrsg. Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) in Zusammenarbeit mit: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), S. 353–357.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition* 39(4), S. 541–563.
- Newton, Ken, und Sonja Zmerli (2011): Three forms of trust and their association. *European Political Science Review* 3 (2), S. 169–200.
- Pilet, Jean-Benoit, Damien Bol, Davide Vittori und Emilien Paulis (2023): Public support for deliberative citizens' assemblies selected through sortition: Evidence from 15 countries. *European Journal of Political Research* 62 (3), S. 873–902.
- Priem, Maximilian, Alexander S. Kritikos, Octavio Morales und Johanna Schulze Düding (2022): Folgen der Inflation treffen untere Mittelschicht besonders: Staatliche Hilfspakete wirken nur begrenzt. *DIW Wochenbericht* 28/2022, S. 387–394.
- Schäfer, Armin und Hanna Schwander (2019): „Don't play if you can't win“: does economic inequality undermine political equality? *European Political Science Review* 11 (3), S. 395–413.
- Schäfer, Armin, Robert Vehrkamp, Felix Jérémie Gagné und Bertelsmann Stiftung (2013): Prekäre Wahlen: Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013.
- Schwaiger, Vanessa (2025): The ‚undemocratic‘ left behind? Exploring the democratic attitudes and preferences of those who feel unseen and unheard. Working Paper.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2024): Verbraucherpreisindex. URL: <https://www.statistik-bw.de/GesamtwBranchen/KonjunktPreise/VPI-LR.jsp> (Abruf: 16.07.2024).
- Velimsky, Jan A. (2024): Repräsentationsvorstellungen von Menschen in prekären Lebenslagen. Die Auswirkungen von politischer und sozialer Exklusion am Beispiel Langzeiterwerbsloser. Dissertation – Stuttgart: Universität Stuttgart. URL: <https://elib.uni-stuttgart.de/handle/11682/15444>.
- Velimsky, Jan A., Angelika Vetter und Andre Bächtiger (2024): Reducing Social Stratification Bias in Referendum Participation: Evidence from the German Local Level. *Political Research Quarterly* 77 (2), S. 577–591.
- Verba, Sidney, Norman Nie und Jae on Kim (1978): Participation und Political Equality: A Seven Nation Comparison. New York: Cambridge University Press.
- Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman und Henry E. Brady (1995): Voice und Equality. Civic Voluntarism in American Politics. Harvard University Press.

Vetter, Angelika und Frank Brettschneider (2023a): Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in Baden-Württemberg. Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (4), S. 583–607.

Vetter, Angelika und Frank Brettschneider (2023b): Direktdemokratisch oder doch repräsentativ: Welche Entscheidungsmodi präferieren Bürger*innen? Der moderne Staat (dms) – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 16 (1), S. 40–71.

Vetter, Angelika und Jan A. Velimsky (2019): Soziale Selektivität bei Wahlen und direkt-demokratischen Abstimmungen auf kommunaler Ebene in Deutschland. Politische Vierteljahresschrift 60 (3), S. 487–512.

Zaslove, Andrej und Maurits Meijers (2023): Populist Democrats? Unpacking the Relationship Between Populist und Democratic Attitudes at the Citizen Level. Political Studies 72 (3), S. 1133–1159.

Zmerli, Sonja und Ken Newton (2008): Social Trust and Attitudes Toward Democracy. Public Opinion Quarterly 72 (4), S. 706–724.

6. Anhang

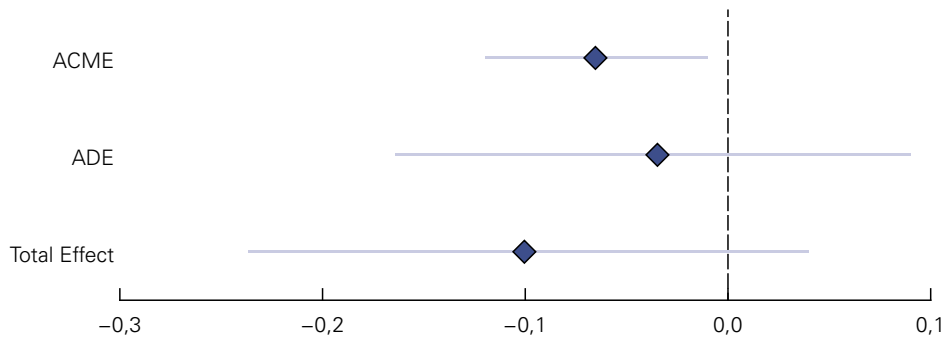
Armutslagen und Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (OLS)				
Merkmal	Abhängige Variable: Demokratiezufriedenheit			
	1	2	3	4
Armut 60	−0.106* (0.049)			−0.021 (0.049)
Armut 70		−0.105* (0.043)		
Wirtsch. Lage (subjektiv)			0.254*** (0.026)	0.244*** (0.028)
Geschlecht	−0.103** (0.039)	−0.102** (0.039)	−0.100** (0.037)	−0.099** (0.038)
Alter (25–35)	−0.018 (0.086)	−0.019 (0.086)	−0.045 (0.078)	−0.015 (0.085)
Alter (35–44)	−0.040 (0.088)	−0.044 (0.088)	−0.114 (0.079)	−0.056 (0.086)
Alter (45–54)	0.014 (0.087)	0.008 (0.087)	−0.032 (0.079)	0.014 (0.086)
Alter (55–64)	0.040 (0.088)	0.034 (0.088)	0.040 (0.079)	0.054 (0.086)
Alter (65+)	0.212* (0.087)	0.206* (0.087)	0.160* (0.078)	0.177* (0.086)
Bildung (mittel)	0.075 (0.047)	0.075 (0.047)	0.085 (0.045)	0.064 (0.046)
Bildung (hoch)	0.177*** (0.048)	0.172*** (0.048)	0.152*** (0.045)	0.126** (0.047)
Migration	0.017 (0.084)	0.017 (0.084)	0.052 (0.079)	0.026 (0.082)
Politisches Interesse	−0.016 (0.018)	−0.015 (0.018)	−0.001 (0.018)	−0.011 (0.018)
Vertrauen: Politische Institutionen	0.663*** (0.023)	0.663*** (0.023)	0.610*** (0.023)	0.627*** (0.023)
Soziale Eingebundenheit/Netze (Index)	0.002* (0.001)	0.002 (0.001)	0.001 (0.001)	0.001 (0.001)
Soziales Vertrauen (Index)	0.005*** (0.001)	0.005*** (0.001)	0.004*** (0.001)	0.004** (0.001)
Konstante	1.088*** (0.138)	1.103*** (0.139)	0.584*** (0.132)	0.637*** (0.145)
Fälle	2,183	2,183	2,335	2,183
Korr. R ²	0.386	0.386	0.404	0.407
Anmerkungen: *p<0.05; **p<0.01; ***p<0.001; Alter Referenzkategorie= 16–24 Jahre; Bildung Referenzkategorie= Bildung (gering) ; Geschlecht Referenzkategorie= Männlich; Migrationshintergrund Referenzkategorie= kein Migrationshintergrund.				
Datenquelle: Bertelsmann 2022, eigene Berechnung FaFo Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.				

Anhangtabelle 1:
Armutslagen und Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (OLS)

Anhangtabelle 2:
Armutslagen und politisches Vertrauen (OLS)

Armutslagen und politisches Vertrauen (OLS)				
Merkmal	Abhängige Variable: Politisches Vertrauen			
	1	2	3	4
Armut 60	-0.034 (0.045)			0.039 (0.045)
Armut 70		-0.020 (0.039)		
Wirtsch. Lage (subjektiv)			0.201*** (0.024)	0.205*** (0.025)
Geschlecht	0.042 (0.036)	0.041 (0.036)	0.059 (0.034)	0.044 (0.035)
Alter (25–35)	-0.147 (0.079)	-0.145 (0.079)	-0.164* (0.072)	-0.140 (0.078)
Alter (35–44)	-0.173* (0.081)	-0.171* (0.081)	-0.199** (0.073)	-0.181* (0.079)
Alter (45–54)	-0.164* (0.080)	-0.162* (0.080)	-0.190** (0.072)	-0.159* (0.079)
Alter (55–64)	-0.226** (0.081)	-0.224** (0.081)	-0.236** (0.073)	-0.207** (0.079)
Alter (65+)	-0.071 (0.080)	-0.068 (0.080)	-0.131 (0.072)	-0.097 (0.079)
Bildung (mittel)	-0.094* (0.043)	-0.092* (0.043)	-0.098* (0.041)	-0.101* (0.043)
Bildung (hoch)	-0.083 (0.044)	-0.081 (0.044)	-0.114** (0.042)	-0.123** (0.043)
Migration	0.044 (0.077)	0.044 (0.077)	0.072 (0.072)	0.050 (0.076)
Politisches Interesse	0.161*** (0.017)	0.161*** (0.017)	0.164*** (0.016)	0.160*** (0.016)
Soziale Eingebundenheit/ Netze (Index)	-0.0004 (0.001)	-0.0004 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)
Soziales Vertrauen (Index)	0.022*** (0.001)	0.023*** (0.001)	0.021*** (0.001)	0.021*** (0.001)
Konstante	1.343*** (0.124)	1.338*** (0.124)	0.941*** (0.120)	0.924*** (0.132)
Fälle	2,183	2,183	2,335	2,183
Korr. R ²	0.234	0.234	0.255	0.257
Anmerkungen: *p<0.05; **p<0.01; ***p<0.001; Alter Referenzkategorie= 16–24 Jahre; Bildung Referenzkategorie= Bildung (gering); Geschlecht Referenzkategorie = Männlich; Migrationshintergrund Referenzkategorie = kein Migrationshintergrund.				
Datenquelle: Bertelsmann 2022, eigene Berechnung FaFo Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.				

Kausale Mediationsanalysen zu Armutsgefährdung, sozialem und politischem Vertrauen



Anmerkungen:
 ACME: Average Causal Mediated Effect – ADE: Average Direct Effect
 Signifikanz: $p < 0.05$; Quasi-Bayesian Monte Carlo Methode mit robusten Standardfehlern; je 2.000 Simulationen; $N=2.183$.
 Datenquelle: Bertelsmann 2022, eigene Berechnung FaFo Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

150 25

Abbildung A3:
Kausale Mediations-
analysen zu Armuts-
gefährdung, sozialem und
politischem Vertrauen

Armutslagen und Wahlwahrscheinlichkeit (logistische Regressionen)

Anhangtabelle 4:
Armutslagen und
Wahlwahrscheinlichkeit
(logistische Regressionen)

Merkmal	Abhängige Variable: Wahlwahrscheinlichkeit			
	1	2	3	4
Armut 60	-0.064 (0.174)			0.079 (0.179)
Armut 70		-0.184 (0.156)		
Wirtsch. Lage (subjektiv)			0.350*** (0.106)	0.413*** (0.112)
Geschlecht	0.320* (0.153)	0.325* (0.153)	0.299* (0.149)	0.322* (0.154)
Alter (25–35)	-0.133 (0.309)	-0.157 (0.309)	-0.265 (0.289)	-0.098 (0.310)
Alter (35–44)	0.184 (0.319)	0.158 (0.320)	0.061 (0.300)	0.170 (0.320)
Alter (45–54)	0.502 (0.327)	0.466 (0.328)	0.384 (0.307)	0.516 (0.328)
Alter (55–64)	1.124** (0.342)	1.087** (0.344)	0.991** (0.323)	1.200*** (0.345)
Alter (65+)	1.453*** (0.357)	1.405*** (0.358)	1.273*** (0.335)	1.427*** (0.357)
Bildung (mittel)	0.697*** (0.178)	0.674*** (0.178)	0.630*** (0.171)	0.675*** (0.178)
Bildung (hoch)	1.081*** (0.192)	1.050*** (0.192)	0.988*** (0.188)	0.991*** (0.194)
Migration	0.352 (0.273)	0.353 (0.273)	0.402 (0.267)	0.370 (0.274)
Politisches Interesse	0.680*** (0.073)	0.681*** (0.074)	0.690*** (0.073)	0.707*** (0.075)
Vertrauen: Politische Institutionen	0.270** (0.094)	0.271** (0.094)	0.197* (0.093)	0.217* (0.095)
Soziale Eingebundenheit/ Netze (Index)	0.017*** (0.003)	0.017*** (0.003)	0.017*** (0.003)	0.016*** (0.003)
Soziales Vertrauen (Index)	-0.010 (0.005)	-0.010 (0.005)	-0.012* (0.005)	-0.013* (0.005)
Konstante	-2.974*** (0.513)	-2.871*** (0.516)	-3.455*** (0.514)	-3.793*** (0.566)
Fälle	2,126	2,126	2,272	2,126
Log Likelihood	-640.394	-639.515	-671.855	-630.963

Anmerkungen: *p<0.05; **p<0.01; ***p<0.001; Alter Referenzkategorie = 16–24 Jahre; Bildung Referenzkategorie= Bildung (gering); Geschlecht Referenzkategorie = Männlich; Migrationshintergrund Referenzkategorie = kein Migrationshintergrund.

Datenquelle: Bertelsmann 2022, eigene Berechnung FaFo Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

Armutslagen und die Nutzung anderer Partizipationsmöglichkeiten (Poisson Regressionen)

Anhangtabelle 5:
Armutslagen und
die Nutzung anderer
Partizipationsmöglichkeiten
(Poisson Regressionen)

Merkmal	Abhängige Variable: Partizipation Index			
	1	2	3	4
Armut 60	0.038 (0.055)			-0.009 (0.056)
Armut 70		-0.077 (0.049)		
Wirtsch. Lage (subjektiv)			-0.133*** (0.029)	-0.133*** (0.030)
Geschlecht	0.088* (0.042)	0.098* (0.042)	0.076 (0.041)	0.081 (0.042)
Alter (25–35)	-0.573*** (0.080)	-0.594*** (0.080)	-0.529*** (0.077)	-0.566*** (0.081)
Alter (35–44)	-0.420*** (0.080)	-0.448*** (0.080)	-0.394*** (0.076)	-0.404*** (0.080)
Alter (45–54)	-0.630*** (0.081)	-0.662*** (0.081)	-0.573*** (0.077)	-0.621*** (0.081)
Alter (55–64)	-0.548*** (0.082)	-0.581*** (0.082)	-0.490*** (0.077)	-0.544*** (0.082)
Alter (65+)	-0.677*** (0.080)	-0.714*** (0.080)	-0.606*** (0.075)	-0.654*** (0.080)
Bildung (mittel)	0.149** (0.055)	0.131* (0.055)	0.147** (0.054)	0.156** (0.055)
Bildung (hoch)	0.237*** (0.053)	0.214*** (0.054)	0.264*** (0.052)	0.266*** (0.054)
Migration	-0.157 (0.087)	-0.160 (0.087)	-0.174* (0.084)	-0.174* (0.087)
Politisches Interesse	0.419*** (0.021)	0.420*** (0.021)	0.423*** (0.020)	0.416*** (0.021)
Vertrauen: Politische Institutionen	-0.254*** (0.025)	-0.256*** (0.025)	-0.241*** (0.025)	-0.236*** (0.025)
Soziale Eingebundenheit/ Netze (Index)	0.005*** (0.001)	0.005*** (0.001)	0.006*** (0.001)	0.006*** (0.001)
Soziales Vertrauen (Index)	0.010*** (0.001)	0.010*** (0.001)	0.010*** (0.001)	0.011*** (0.001)
Konstante	-0.767*** (0.148)	-0.687*** (0.148)	-0.582*** (0.146)	-0.520** (0.158)
Fälle	2,183	2,183	2,335	2,183
Log Likelihood	-3,227.993	-3,226.983	-3,407.799	-3,218.299
Akaike Inf. Crit.	6,485.986	6,483.966	6,845.598	6,468.599

Anmerkungen: *p<0.05; **p<0.01; ***p<0.001; Alter Referenzkategorie= 16–24 Jahre; Bildung Referenzkategorie= Bildung (gering); Geschlecht Referenzkategorie = Männlich; Migrationshintergrund Referenzkategorie = kein Migrationshintergrund.

Datenquelle: Bertelsmann 2022, eigene Berechnung FaFo Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

Teil 2:

**Handlungsempfehlungen aus dem
Landesbeirat Armutsbekämpfung
und Prävention**

(Begleitgruppe aus dem Beirat)

Vorbemerkungen

Der vorliegende Bericht zum Thema „Ökonomische Ungleichheit, Demokratiezufriedenheit und politisches Vertrauen in Baden-Württemberg“ ist, wie auch die beiden Berichte zuvor, in einem partizipativen Prozess entstanden. Der Analyseteil des Berichts ist von der FaFo im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg erstellt worden, im Austausch mit der Begleitgruppe aus dem Landesbeirat für Armutsbekämpfung und Prävention. Beteiligt waren die Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (Netzwerk 1), die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V., der Landesseniorenrat Baden-Württemberg, ver.di Baden-Württemberg, delegiert vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der Landkreistag, der Landesfrauenrat Baden-Württemberg und die Tafel Baden-Württemberg. Darüber hinaus gab es am 23.07.2024 ein Gruppengespräch mit der Landesarmutskonferenz (LAK) Baden-Württemberg um zu gewährleisten, dass die Ideen der Erfahrungsexpertinnen und -experten berücksichtigt werden. Dabei wurde über folgende Fragen diskutiert:

- Wie kann soziales und politisches Vertrauen von Menschen in Armutslagen verbessert werden?
- Wie kann ihr Selbstwirksamkeitsgefühl gestärkt werden?
- Wie können sie ihre Interessen an das politische System herantragen bzw. wie können sie mit ihren Interessen wahrgenommen werden?

Die Ergebnisse sind in die Arbeit der Begleitgruppe eingeflossen und sind ab S. 75 dokumentiert.

In diesem zweiten Teil des Berichts spricht die Begleitgruppe sozialpolitische Handlungsempfehlungen aus, die sich aus den empirischen Befunden des ersten Analyseteils für sie ergeben. Die Mitglieder der Begleitgruppe haben auf Basis der Analyseergebnisse zunächst eigene Statements formuliert, in denen sie Handlungsempfehlungen ausgesprochen haben. In einem gemeinsamen Workshop, der von der FaFo moderiert wurde, wurden die Handlungsempfehlungen aus den Statements diskutiert und zusammengefasst. Sie umfassen grundsätzliche Punkte mit einer langfristigen Perspektive, da die Relevanz des Themas dies aus der Sicht der Begleitgruppe erfordert. Gleichzeitig hat die Begleitgruppe Handlungsempfehlungen erarbeitet, die kurzfristiger umgesetzt werden können.

1. Allgemeines Statement der Begleitgruppe zu den Analysen

Der Bericht zeigt deutlich, dass Menschen mit niedrigen Einkommen von den Preissteigerungen der letzten Jahre in besonderem Maß betroffen sind, auch wenn diese wachsende Verschärfung der ökonomischen Situation durch Armutsgefährdungsquoten nicht erfasst wird. Darüber hinaus beleuchtet der Bericht die komplexen Zusammenhänge zwischen Armutslagen und der Zufriedenheit mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie, dem politischen und sozialen Vertrauen und der politischen Partizipation. Die Begleitgruppe begrüßt die Themensetzung des vorliegenden

Berichts. Sie ist ein wichtiger Schritt, um die Herausforderungen und Bedürfnisse armutsgefährdeter Menschen in ihrer Heterogenität¹ – die sich aus den unterschiedlichen Ursachen von Armut und Armutsgefährdung ergeben – besser zu verstehen, in Beteiligungsprozesse einzubinden und ihre Interessen besser in der Landespolitik zu berücksichtigen. Damit kann ein Impuls für die Stärkung von notwendigen Beteiligungsformaten gesetzt werden, die den Dialog zwischen Politik und Menschen in Armutslagen fördern.

Die Analysen des Berichts zeigen, dass für die Demokratiezufriedenheit vor allem wichtig ist, ob man Vertrauen in die politischen Institutionen und in Mitmenschen (soziales Vertrauen) hat. Befragte, die ein hohes Vertrauen hatten, gaben auch eine höhere Demokratiezufriedenheit an. Das trifft sowohl auf armutsgefährdete als auch nicht-armutsgefährdete Menschen zu, wobei armutsgefährdete Menschen ein geringeres Vertrauen haben. Darüber hinaus zeigen die vorliegenden Analysen, dass die Unzufriedenheit mit der finanziellen Lage ein zentraler Faktor für die geringe Demokratiezufriedenheit ist, ebenso für politisches und soziales Vertrauen sowie die Beteiligung an Wahlen.

Wie in dem Bericht geschildert, besteht die Gefahr eines sich verstärkenden Kreislaufes, in dem sich Unzufriedenheit und geringes Vertrauen auf Seiten von Menschen in Armutslagen in einer geringen Wahlbeteiligung niederschlagen. Das wiederum ist mit einer geringeren Repräsentation ihrer Interessen in politischen Entscheidungsprozessen verbunden. Dadurch wird das Gleichheitsprinzip potenziell unterminiert, nach dem alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Möglichkeiten haben sollten, die eigenen Interessen in das politische System einzubringen und gehört zu werden, um so die Legitimität politischer Entscheidungen sicherzustellen. Ist das nicht möglich, dann hat dies wiederum negative Auswirkungen auf deren Demokratiezufriedenheit und politisches Vertrauen.

Bemerkenswert ist im Fazit, dass eine geringere Beteiligung von Menschen in Armutslagen sich vor allem bei Wahlen zeigt, aber nicht bei anderen Beteiligungsformaten. Diese sind weniger ungleich verteilt. Dies deutet darauf hin, dass viele Betroffene zwar unzufrieden mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie sind und ihren zentralen repräsentativen Akteurinnen und Akteuren weniger Vertrauen entgegenbringen, sie aber mit passenden Formaten durchaus erreichbar sind. Insofern ist es wichtig, Formate des politischen Austausches regelhaft so zu organisieren und durchzuführen, dass die Beteiligung von Menschen in unterschiedlichen Armutslagen aktiv gefördert wird, sie Selbstwirksamkeit erleben und ihre Interessen an politische Repräsentantinnen und Repräsentanten herantragen können und so gehört werden.

Dieser Befund deckt sich mit den Beobachtungen der Begleitgruppe: Menschen in Armutslagen mangelt es zwar an finanziellen Ressourcen. Das ist aber nicht gleichbedeutend mit einem Mangel an persönlichen Ressourcen, die für soziale Teilhabe und Beteiligung am öffentlichen und politischen Leben erforderlich sind. Allerdings sind die persönlichen Ressourcen, die armutsgefährdete Menschen investieren können, durch den andauernden „Existenzkampf“ deutlich einge-

1 So sind beispielsweise Frauen besonders häufig von Armut betroffen unter anderem durch mangelnde Kinderbetreuung, durch ungleiche Bezahlung oder die Situation Alleinerziehender.

schränkt. Wie in dem Bericht gezeigt, sind Menschen in Armutslagen nicht per se desinteressiert oder ablehnend gegenüber politischer Beteiligung und Institutionen.

Es ist aber notwendig, spezifische Formate zu entwickeln, in denen sie Selbstwirksamkeit erleben und ihre Interessen effektiv einbringen können. Menschen in Armutslagen sind keine homogene Gruppe. Angebote zur Stärkung der **politischen Beteiligung** müssen daher im Hinblick auf Format, Erreichbarkeit, Ablauf oder Zielgruppenansprache vielfältig sein. Sie sollten ganz wesentlich auf die Lebenslage und spezifischen Bedarfe der jeweiligen Gruppe wie unter anderem armutsbetroffene Kinder und Jugendliche und ihrer Familien, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen in Altersarmut abgestimmt sein. Insgesamt ist die Stärkung der politischen Beteiligung von entscheidender Bedeutung für armutsbetroffene Menschen selbst, aber auch für die Zivilgesellschaft und öffentliche Institutionen – letztlich für die Festigung der Demokratie und des sozialen Zusammenhalts in Baden-Württemberg. Um dies zu erreichen, bedarf es einer Vielzahl an Maßnahmen, die sowohl strukturelle Hürden abbauen als auch das soziale Vertrauen fördern.

Im Folgenden werden zentrale Empfehlungen formuliert:

Es bedarf einer Initiierung beziehungsweise **Förderung** verschiedener Beteiligungsformate und damit verbunden eines **aktiven Dialogs zwischen armutsbetroffenen Menschen und politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern**. So werden neue Kanäle des Austausches geschaffen, außerhalb von Wahlen und Sprechstunden. Gleichzeitig ist ein **Empowerment** von Menschen in Armutslagen vonnöten durch die **Förderung von Initiativen „von unten“**.

Ziel ist es, benachteiligten Menschen Gehör zu verschaffen, damit ihre Anliegen auf politischer Ebene besser und regelhaft vertreten sind. Denn ihre Interessen sind in konkreten politischen Maßnahmen meist nicht hinreichend repräsentiert und berücksichtigt. Sowohl konkrete politische Entscheidungen, etwa zum Bürgergeld, zur Kindergrundsicherung oder auch zum Deutschlandticket als auch die öffentlichen Diskurse verdeutlichen dies. Klar ist aber auch: Allein durch finanzielle Stärkung können die Demokratiezufriedenheit und das politische Vertrauen von Menschen in Armutslagen nicht gestärkt werden. Es kommt darauf an, aufrichtiges Interesse an einem regelmäßigen Austausch auf Augenhöhe mit Erfahrungsexpertinnen und -experten zu fördern, sodass Vertrauen in politische Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie in Prozesse entsteht und gestärkt werden kann. Politikerinnen und Politiker wären so eher in der Lage, die Komplexität und spezifischen Bedarfe einer prekären Lebenslage besser zu verstehen. Das kann ein erster wichtiger Schritt zu einem besseren gegenseitigen Verständnis sein und ist eine notwendige Voraussetzung, um die Anliegen von Menschen in Armutslagen adäquat repräsentieren zu können.

Dass der Bericht die Bedeutung von **sozialem Vertrauen** klar benennt, ist auch für die Begleitgruppe von hoher Relevanz. Die Begleitgruppe sieht in der Stärkung von sozialem Vertrauen von Menschen in Armutslagen die Voraussetzung dafür, dass diese Menschen die sozialpolitischen Zusammenhänge unserer demokratischen Gesellschaft und deren Auswirkungen auf ihre eigene Lebenssituation besser verstehen können. In diesem Zusammenhang verläuft der Weg hin zu

mehr politischer Beteiligung und demokratischer Zufriedenheit auch über effektive und effiziente **Stärkung der sozialen Daseinsvorsorge, insbesondere auch niedrigschwelliger sozialer Beratungsangebote**, gerade in benachteiligten Gebieten. Diese sind Keimzellen für Aufbau und Stärkung des sozialen Vertrauens. Ihr Abbau oder Wegfall hingegen bedeutet einen Rückzug gesellschaftlicher Unterstützungs- und Solidarstrukturen, der nicht nur das Vertrauen in Institutionen schwächt, sondern auch das Gefühl von Zugehörigkeit und Unterstützung untergräbt. Dies kann dazu führen, dass sich betroffene Menschen noch weiter aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben zurückziehen.

Gleichzeitig muss das Ziel sein, eine verzahnte Lebenslaufpolitik zu implementieren, die an den Ursachen von (Alters-)Armut und mangelnder Altersvorsorge ansetzt und die eigenständige Lebensunterhaltssicherung als Regel formuliert. Klar ist, dass die Bekämpfung von Armut nicht erst ab einem gewissen Alter beginnen darf. Präventive Verhinderung von Armut wirkt tendenziell vertrauensbildend in das Funktionieren der politischen Institutionen. Das Engagement des Landes sollte dahingehend weiter ausgebaut werden. Hierbei ist besonders darauf zu achten, die Beteiligung armutsbetroffener Gruppen noch stärker oder in neuen Formaten einzubinden.

Bei allen im Folgenden genannten Maßnahmen ist es entscheidend, dass die Förderung politischer Beteiligung, insbesondere von armutsbetroffenen Personen und Gruppen, nicht bei einem einmaligen Impuls oder einem kurzfristigen Projekt stehen bleibt. Stattdessen erfordert sie langfristige Ausdauer, ausreichend Ressourcen, klare Strukturen und einen beständigen Willen zur Umsetzung. Nur durch kontinuierliche Anstrengungen, beharrliches Engagement und entsprechende Formate können Strukturen nachhaltig und beteiligungsorientiert verändert werden. Politische Partizipation muss als dauerhafter Prozess verstanden werden, der Zeit, Vertrauen und beständige Unterstützung braucht, um echte Wirkung zu entfalten. Dabei sollte bereits die Beteiligung selbst im Zentrum stehen. Es geht darum, die Menschen zu befähigen und zu ermuntern, ihre Interessen aktiv einzubringen – Empowerment muss der Kern jeder Maßnahme sein.

2. Sozialpolitische Empfehlungen der Begleitgruppe

Es wurden verschiedene Handlungsfelder identifiziert, zu denen im Folgenden Handlungsempfehlungen ausgesprochen werden. Die Handlungsfelder umfassen die Themenbereiche politische Teilhabe (neben Wahlen), Entstigmatisierung sowie Empowerment von Menschen in Armutslagen. Dabei sind die Maßnahmen, die zu den einzelnen Handlungsfeldern genannt werden, nicht getrennt voneinander zu betrachten. Vielmehr überschneiden sich viele der Ansätze und greifen ineinander.

Empowerment und Selbstorganisation von unten

Damit Menschen in Armutslagen Vertrauen in die repräsentative Demokratie und ihre Institutionen zurückgewinnen, ist es entscheidend, sie aktiv darin zu bestärken, Einfluss auf das politische System zu nehmen. Ein zentraler Ansatzpunkt ist die Förderung von Selbstwirksamkeit – das Bewusstsein, dass eigene Handlungen etwas bewirken können – sowie die Sicherheit, dass ihre

Anliegen gehört und ernst genommen werden. Nur so kann das Vertrauen in politische Prozesse langfristig gestärkt werden.

Ein wesentliches Element hierfür ist die Entwicklung eines eigenständigen sozialpolitischen Mandats von armutsbetroffenen Menschen. Um dies zu ermöglichen, müssen kollektive Organisationsformen gefördert werden, um die oft isolierte Situation Einzelner zu überwinden. Die Selbstorganisation „von unten“ ist dabei eine Grundvoraussetzung, um Selbstmandatierung und politischen Einfluss zu stärken und den Betroffenen die Möglichkeit zu bieten, Teil des politischen Systems sowie des gesellschaftlichen Diskurses zu werden. Dafür braucht es Strukturen und Unterstützung, um Teilhabe von Menschen in Armutslagen zu gewährleisten bzw. zu stärken.

2.1 Materielle Förderung von Haupt- und Ehrenamt

Für eine nachhaltige politische Beteiligung ist es notwendig, ehrenamtliches Engagement und Selbsthilfegruppen materiell zu fördern. Engagement erfordert Ressourcen – von Fahrtkostenzuschüssen bis hin zu hauptamtlicher Koordination –, um Teilhabe auch für Menschen in prekären Lebenslagen möglich zu machen. Zusätzlich zur Unterstützung von Ehrenamtsprojekten bedarf es auch der Bereitstellung von Mitteln für hauptamtliche Koordination, da ohne diese Unterstützung viele Menschen in Armutslagen nicht in der Lage wären, sich langfristig und effektiv zu engagieren.

Die Begleitgruppe begrüßt die Förderung über 5 Millionen Euro im Doppelhaushalt 2025/2026 zur Einführung einer **flächendeckenden Ehrenamtskarte**. Allerdings sind die Anforderungen für die Ehrenamtskarte recht hoch. Beim weiteren Ausbau sollte auch darauf geachtet werden, die Bedürfnisse von Menschen in Armutslagen stärker zu berücksichtigen, um das Engagement dieser Menschen zu würdigen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Unterstützung gesellschaftlicher Teilhabe. Eine Möglichkeit dafür ist beispielsweise die Förderung und der **Ausbau eines Sozialpasses bzw. einer Bonuskarte durch das Land**. So sollte das Land durch gezielte Förderungen dazu beitragen, dass in den Kommunen attraktive Sozialpässe angeboten werden können. Gezielte Förderung könnte so aussehen, dass Kommunen, in denen viele Menschen mit Anspruch auf einen Sozialpass diesen auch beantragen und nutzen, vom Land gefördert werden. Je höher die Nutzungsquote, umso höher erfolgt ein prozentualer Landeszuschlag. Dieser Ansatz könnte noch mit einer zweiten Förderung verbunden werden, bezogen auf den finanziellen Betrag, den eine Kommune für den Sozialpass aufwendet. Je höher die Summe pro Anspruchsberechtigten, umso höher erfolgt eine Landesförderung. Je besser solch ein kommunaler Sozialpass/eine Bonuskarte ausgestattet ist, umso größer ist die Akzeptanz und die Nutzung von Menschen mit wenig Geld. Wenn diese gute Ausstattung armutssensibel mit einer positiven Bewerbung und einem niederschweligen Zugang verbunden wird, führt das dazu, dass Menschen in Armutslagen den Wert vom Sozialpass erkennen und sogar stolz darauf sind, einen solchen zu besitzen. Der Wert eines Sozialpasses kann durch Angebote/Rabatte aus dem freien Handel und der Gastronomie noch gesteigert werden. Auf diesem Weg erfahren Menschen mit wenig Geld, dass sich viele Akteure (Kommunen, Ver-

eine, Handel, soziale Träger, Kulturträger und mehr) dafür einsetzen, dass sich ihre Lebenssituation verbessert. Vorbildlich ist in diesem Sinn unter anderem der Sozialpass der Stadt Konstanz.² Damit Kommunen das Instrument von „Sozialpässen“ optimal einsetzen können, bedarf es in einem ersten Schritt einer gründlichen Untersuchung von unterschiedlichen Praxismodellen in Bezug auf die Kosten, Beteiligung der Zielgruppen und Wirksamkeit. Hierbei müssen auch bestehende Modelle für bestimmte Zielgruppen (Seniorinnen und Senioren, Kinder und Jugendliche) in den Blick genommen werden. Mit den Ergebnissen dieser Untersuchung erhalten die Kommunen belastbare Grundlagen für die Ausgestaltung ihrer Angebote/Beschlussfassung in den kommunalen Gremien. Das Sozialministerium soll eine entsprechende Untersuchung in Auftrag geben.

2.2 Kollektive Interessensvertretung „von unten“ (Selbstmandatierung)

Für die Entwicklung eines eigenen **sozialpolitischen Mandats von armutsbetroffenen** Menschen sind **kollektive Organisationsformen** anzustreben und bei der Bildung eines Netzwerkes zu unterstützen, um die ansonsten vielfache Vereinzelung von Bürgerinnen und Bürgern zu überwinden. Diese Strukturen benötigen dabei sowohl materielle als auch personell-fachliche Unterstützung. Ein Beispiel für solch eine Organisationsform ist die Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (seit 2012), durch die die Interessen von Menschen in Armutslagen unmittelbar in die sozialpolitischen Diskurse und die fachlichen Auseinandersetzungen auf Landesebene einfließen. Dies geschieht durch Mitarbeit in unterschiedlichen Formaten und Ebenen zum Beispiel Landtag, Ministerien, Fachorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen bis hin zum Städte- und Landkreistag Baden-Württemberg. Die hier gewonnenen Erfahrungswerte sind zentral, um die Selbstvertretung armutsbetroffener Menschen weiter zu stärken. Sie verdeutlichen die Bedeutung von Kontinuität, vernetzten Strukturen und förderlichen Rahmenbedingungen, die durch Politik gezielt geschaffen werden müssen, um politische Teilhabe nachhaltig zu sichern.

Dabei können **Beratungsangebote für Organisationen und Initiativen „von unten“** auf der Ebene der Regionen (Regierungsbezirke) verortet – aber vom Land finanziell getragen – hilfreich sein. In diesem Zusammenhang wäre die Etablierung von vier regionalen Beauftragten für das Empowerment von unten in Baden-Württemberg eine große Hilfe. Vorgeschlagen werden jeweils 0,25 Fachstellen je Regierungsbezirk. Diese könnten bezüglich der Selbstorganisation von Basisinitiativen beraten. Bei der Schaffung der Stellen ist auf eine sinnvolle organisatorische und sachgerechte Anbindung zu achten. Die Kosten dieser Fachstellen sollten für einen Zeitraum von 5 Jahren aus Mitteln des Sozialministeriums finanziert werden.

2 Für nähere Informationen siehe: <https://www.konstanz.de/serviceportal/-/leistungen+von+a-z/konstanzer-sozial---pflegefamilienpass/vbid6001529> (Abruf: 06.02.2025).

2.3 Stärkung der sozialen, niedrigschwelligen und nachbarschaftlichen Infrastruktur

Der Lebens- und Erfahrungsraum von Menschen in Armutslagen ist in den meisten Fällen räumlich sehr begrenzt, weswegen dem engeren Lebensumfeld eine zentrale Bedeutung für das soziale Vertrauen, die persönliche Zufriedenheit und die gesellschaftliche Teilhabe zukommt. Deshalb sind die Schaffung, Stärkung und Förderung sozialer und armutssensibler Infrastrukturen wichtig. Denn lebensnahe, niedrigschwellige und verlässliche Angebote der sozialen Infrastruktur – vor allem in strukturschwachen Gebieten – sind ein wichtiger Baustein für ein ausgeprägtes und krisenfestes soziales Vertrauen. Dies beinhaltet auch die Förderung niedrigschwelliger (auch barrierearmer) und nachbarschaftlicher Begegnungs- und Beteiligungsformate sowie Räume wie Nachbarschaftszentren, kirchengemeindlichen Angeboten oder kleinteiliger Nachbarschaftsbegegnung. Diese Strukturen bieten Räume, Verpflegung und Fahrtkostenerstattung und dienen als Denk-, Rede- und Begegnungsräume für armutsbetroffene Menschen. Bestehende sozialraumorientierte Angebote, etwa im Rahmen der Landesstrategie Quartier 2030, sollten zusätzliche Unterstützung erhalten, um ihre Angebote armutssensibel weiterzuentwickeln. Allgemein sollte das Thema Armut in der Quartiersentwicklung stärker berücksichtigt werden.

Ein Beispiel eines solchen Begegnungsortes ist die Förderung und der **Aufbau eines Netzwerkcafés** eingebunden in die Quartiersarbeit, welches unter anderem günstige bzw. kostenfreie Verpflegung sowie Informationen über Zugang zu Hilfe, Angeboten und neuen Initiativen anbietet. Ein Netzwerkcafé ist ein Netzwerkprojekt mit möglichst vielen beteiligten Einrichtungen aus dem sozialen, kulturellen und religiösen Raum einer Kommune, die bei der Erarbeitung von Konzept und Umsetzung mitwirken. Ein Partner aus dem Netzwerk übernimmt die Organisation des Cafés entsprechend den Absprachen im Netzwerk. Die Initiative zu einem Netzwerkcafé könnte von der lokalen Liga, in Abstimmung mit der Kommune erfolgen. Das Netzwerkcafé wird von den beteiligten Akteurinnen und Akteuren (Netzwerk) finanziell getragen. Das Land sollte hierbei den modellhaften Aufbau von je einem Netzwerkcafé in den vier Regierungsbezirken unterstützen. Alle beteiligten Akteurinnen und Akteure haben die Möglichkeit dieses Café auch für eigene Angebote, Dienste und eigene kreative Initiativen zu nutzen. Zielgruppen für ein Netzwerkcafé sind neben Menschen mit wenig Geld und Bewohnerinnen und Bewohnern aus dem Quartier auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Ehrenamtliche der am Netzwerkcafé beteiligten Akteurinnen und Akteure.

Die Stärkung der nachbarschaftlichen Infrastruktur schließt bspw. auch ein, die **Einrichtung von Ombudsstellen** in Sozialräumen durch eine dauerhafte Landesförderung zu prüfen. Diese sollten einfach erreichbar sein und schnell und unbürokratisch auf die Anliegen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger reagieren können. Solche Ombudsstellen können auch im Hinblick auf politische Partizipation wichtige Hilfestellungen geben und diese fördern, wie das Beispiel der Ombudsstelle für Wohnungslose in Freiburg zeigt.³ Auch aufsuchende Beratung, die direkt in den Gemeinden angeboten wird, ist besonders effektiv, um Menschen in prekären Lebenslagen zu erreichen, wie

3 <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/wohnungslose-waehlen-in-freiburg-112.html> (Abruf: 03.03.2025).

der Bericht zur Lebenslage obdachloser Familien in Baden-Württemberg von 2025 zeigt.⁴ Diese sollten an leicht zugänglichen Orten wie Treffs oder Tagesstätten mit (digitaler) Infrastruktur sein.

2.4 Politische Teilhabe

Auch die Unterstützung von Menschen in Armutslagen, ihr Wahlrecht wahrzunehmen, ist notwendig. Dies könnte durch gezielte und partizipative Wahlbegleitung sowie Informationsveranstaltungen und -kampagnen geschehen, die auf die spezifischen Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe eingehen. Ein Beispiel ist die genannte Ombudsstelle für Wohnungslose in Freiburg (siehe Fußnote 3) oder das Demokratie-Bike der Neuen Arbeit gGmbH.⁵

Die Analysen legen nahe, dass Menschen in Armutslagen zwar seltener zur Wahl gehen, aber durchaus offen für andere Formen von politischer Beteiligung sind. Hier sollte angesetzt werden mit der Implementierung beziehungsweise der Förderung niedrigschwelliger (virtueller) Begegnungsformate zwischen Politik und Menschen in Armutslagen zum Aufbau von Vertrauen (durch das Land Baden-Württemberg). Solche Begegnungsformate sollten auf Augenhöhe stattfinden mit einem kollektiven Interesse an Lösungen und in konkretes Handeln münden.⁶ Sie sollten auch regelmäßig stattfinden und sich an alle richten. Dazu bedarf es geschützter Räume, in denen sich Menschen in Armutslagen wohlfühlen. Neben der Landesebene gelten diese Empfehlungen auch für kommunale Räume. Auch dort ist regelmäßige Begegnung auf Augenhöhe zwischen armutsbetroffenen Menschen und Kommunalpolitikerinnen und -politikern wichtig.

Die Entwicklung eines **Leitfadens für gute Partizipationsprozesse** in Baden-Württemberg wäre hierbei hilfreich. Hier können die bisher gemachten Erfahrungen gebündelt werden. Menschen in Armutslagen sollten bei solch einem Prozess als Expertinnen und Experten der eigenen Lebensrealität miteinbezogen werden.

Weiterhin wäre auch die Schaffung einer **zentralen Datenbank auf Landesebene** sinnvoll, um mit **Best Practice** die Förderung politischer Partizipation zu sichern, aber auch um politisches und soziales Vertrauen zu festigen. Diese Datenbank sollte für Kommunen, NGOs und interessierte Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein und könnte so die Verbreitung erfolgreicher bestehender Konzepte in Baden-Württemberg fördern.

4 https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Soziales/241110_Abschlussbericht_Familien_in_Wohnungslosigkeit_final.pdf (Abruf: 03.03.2025).

5 Dort werden mit Aktionen und niederschwelligen Informationsangeboten Menschen ermutigt, ihr Recht auf demokratische Teilhabe wahrzunehmen. Mit dem Demokratie-Bike gehen Menschen mit Armutserfahrung an Orte, an denen sich Betroffene aufhalten. Dabei werden auch Veranstaltungen vor Ort organisiert, zum Beispiel Gespräche mit Politikerinnen und Politikern. Für nähere Informationen siehe: <https://demokratiebegleiter.neuearbeit.de/demokratie-bike> (Abruf: 03.03.2025).

6 Beispiele für unterschiedliche Formate bietet das Projekt „Jetzt spreche ich!": Menschen mit Armutserfahrungen und Politik im Dialog (siehe Kapitel 3.3). Dort wurden unterschiedliche Beteiligungsformate erprobt und wissenschaftlich ausgewertet. Eine Beurteilung und ein Leitfaden für die jeweiligen Formate findet sich unter: https://www.efas-web.de/images/Armut__Politik_im_Dialog/240917_Handreichung.pdf (Abruf: 03.03.2025).

Damit einhergehend könnte ein spezieller Fonds („**Solidarfonds Partizipation**“) eingerichtet werden, der Beteiligungsprojekte, die darauf abzielen, die soziale Inklusion und politische Beteiligung von Menschen in Armutslagen zu verbessern, niedrigschwellig fördert. Dieser Fonds sollte im Landeshaushalt verankert werden, um diesen Anliegen dauerhaft zu entsprechen. Bei der Vergabe sollten Menschen in Armutslagen mit Stimmrecht einbezogen werden.

Darüber hinaus ist es wichtig, das Bewusstsein für den Wert und die Wirksamkeit der politischen Beteiligung gezielt auch bei benachteiligten Gruppen zu schärfen und demokratisches Engagement zu stärken. Bildungsprogramme, die auf politische Aufklärung und Empowerment abzielen, können die Beteiligung marginalisierter Gruppen erheblich fördern.⁷

Mentorinnen-Programme, bei denen politisch erfahrene Menschen oder Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft als Mentorinnen und Mentoren für Menschen in Armutslagen fungieren, können das politische Engagement und das Selbstbewusstsein der Betroffenen stärken. Solche Programme sollten auf kommunaler Ebene und auf Landesebene implementiert werden, um armutsbetroffene Menschen über ihre Rechte und Partizipationsmöglichkeiten aufzuklären und in der Umsetzung zu unterstützen und zu begleiten.

Derzeit in der Diskussion sind sogenannte **peer-groups der lokalen-regionalen Selbsthilfe von Betroffenen**, die individuelle Rechte stärken und durchsetzen wollen, aber auch Mitsprache bei lokalen Entscheidungen bezüglich Infrastruktur und Sicherung von Angeboten einfordern. Peer-Ansätze bieten das Potenzial, eine Brücke zwischen Betroffenen und politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern zu schlagen. Sie fördern die Selbstorganisation „von unten“ und tragen dazu bei, dass die Stimmen armutsbetroffener Menschen in der Gestaltung von Angeboten und Strukturen auf lokaler und regionaler Ebene Gehör finden. Dabei gilt es, die Peers nicht nur als Unterstützerinnen und Unterstützer ihrer jeweiligen Gruppen, sondern auch als Botschafterinnen und Botschafter für gesellschaftliche und politische Anliegen zu stärken. Um Peer-Strukturen nachhaltig zu fördern, sind ergänzend zu bereits benannten Schritten folgende Maßnahmen zentral:

- Schaffung von Schulungs- und Qualifizierungsangeboten für Peers, damit diese ihre Unterstützungsrolle kompetent ausfüllen können. Dazu sind Fortbildungsangebote in den Bereichen Kommunikation, rechtliche Grundlagen, politisches System und Moderation essenziell.
- Institutionelle Anbindung und Vernetzung: Peer-Groups sollten systematisch in bestehende lokale und regionale Entscheidungsstrukturen eingebunden werden, beispielsweise durch formalisierte Beteiligungsmöglichkeiten in kommunalen Gremien oder Beratungsforen. So können sie nicht nur individuelle Rechte stärken, sondern auch Mitsprache bei Entscheidungen über Infrastruktur und Angebote einfordern.

⁷ Ein Beispiel hierfür wäre der Förderaufruf: „Maßnahmen der aufsuchenden politischen Bildung für Menschen mit Armutserfahrung“ (Laufzeit Dezember 2023 bis Februar 2026), gefördert vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg.

- Anerkennung und Wertschätzung des Peer-Engagements: Die Arbeit der Peers sollte durch finanzielle Unterstützung, besser noch durch sozialversicherungspflichtige Anstellung, der Bedeutung der Aufgabe angemessen wertgeschätzt und entlohnt werden.

Da **digitale Formate** in allen Bereichen des Lebens einziehen, kommt digitaler Beteiligung in Zukunft ein großer Stellenwert zu. Dies bedeutet, gesicherten Zugang und Verfügbarkeit von Anlaufstellen für Betroffene vor Ort sicherzustellen, verbunden mit Angeboten zur Befähigung digitaler Teilhabe. Digitale Formate können genutzt werden, um niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen, gleichzeitig muss jedoch darauf geachtet werden, dass digitale Ausschlüsse verhindert werden. Beispiele für solche digitalen Formate sind die Plattform „nebenan.de“⁸ oder Bürgerapps, wie es sie in manchen Städten gibt. Diese könnten genutzt werden, um niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten zu erhalten. Damit das gelingt, sollten Kommunen an gut zugänglichen öffentlichen Orten digitale Zugangsgeräte bereitstellen. Gleichzeitig sind analoge Zugänge zu allen Angeboten und Dienstleistungen und eine Förderung digitaler Kompetenzen notwendig. Hierfür sind kostenlose Schulungsangebote durch Kommunen, Bildungsträger und Seniorenräte vorzuhalten.

2.5 (Ent)Stigmatisierung von Betroffenen

Menschen in Armutslagen sehen sich in ihrem Alltag aber auch in öffentlichen und politischen Debatten überproportional häufig mit Stigmatisierung konfrontiert, was Scham hervorruft (verschämte Armut). Diese Erfahrungen beeinflussen das soziale und politische Vertrauen maßgeblich und prägen ihre Sicht auf das politische System und für wie zugänglich sie dieses für die eigenen Interessen halten.

Ein **menschenrechtlicher Diskurs**, der den Fokus auf die Durchsetzung von Rechtsansprüchen legt, ist essenziell, um die Anliegen armutsbetroffener Menschen auf allen Ebenen ernst zu nehmen. Dabei geht es nicht nur darum, eine Kultur des Respekts und der Wertschätzung zu fördern, sondern vor allem um konkrete Maßnahmen, die die Rechte von armutsbetroffenen Menschen sichern und durchsetzen. Dies umfasst etwa den rechtlichen Anspruch auf existenzsichernde Leistungen, den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, gesundheitlicher Versorgung und Bildung sowie das Recht auf Mitbestimmung in politischen Entscheidungsprozessen.⁹

Sensibilisierung für die spezifischen Probleme und Nöte von Menschen in Armutslagen sollte mit der Bereitstellung konkreter Hilfen verbunden werden, wie etwa niedrigschwelligen Beratungsangeboten, rechtlicher Unterstützung zur Durchsetzung von Sozialleistungen und der Förderung von Netzwerken, die den Zugang zu Ressourcen und gesellschaftlicher Teilhabe erleichtern. Nur durch diese Verbindung von rechtlicher Absicherung und praktischer Unterstützung kann Armut effektiv

8 Siehe unter: www.nebenan.de (Abruf: 03.03.2025).

9 Ein Beispiel für solch einen Diskurs ist unter anderem die Veranstaltung zum Thema „Menschenrechte in der zerbrechlichen Demokratie“ des Runden Tisch Offenburg-Ortenau, die 2024 während der „Langen Nacht der Demokratie in Baden-Württemberg“ stattgefunden hat.

bekämpft und echte gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Wo und wie solch ein Diskurs umgesetzt bzw. vorangetrieben werden kann, zeigen folgende Beispiele:

Für die anstehende Landtagswahl 2026 wäre es sinnvoll, den menschenrechtlichen Diskurs erneut zu problematisieren (zum Beispiel durch die LAK, das Netzwerk für politische Bildung in Zusammenarbeit mit Akteurinnen und Akteuren aus der Politik), wie bereits bei der Landtagswahl 2021, sodass allen Fraktionen im Landtag bewusst wird, dass sie eine Verpflichtung in die Wahlperiode 2026–2031 mitnehmen. Es wäre sinnvoll, dies unter das Motto zu stellen: „Ausbau der Demokratie in BaWü – 2026 bis 2031“.

Ein weiterer Vorschlag bezieht sich im Besonderen auf die Förderung von Armutssensibilität und die Entkräftung von Klassismus in Behörden oder bei öffentlichen und politischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern. Hier sollte umfassende Aufklärungsarbeit geleistet werden, etwa durch die direkte Beteiligung von Menschen in Armutslagen als Erfahrungsexpertinnen und -experten und Selbstvertretungen beispielsweise auch durch die Einbindung in institutionelle Entscheidungsprozesse.

- Ein Mittel könnte auch eine gemeinsame Jahreskampagne von Ministerien, Landtag, Verbänden, Kirchen und Basisinitiativen sein, ein komplettes Jahr zum „Kampagnenjahr“ zum Beispiel unter dem Motto „Baden-Württemberg macht Ernst: Gemeinsam gegen gesellschaftliche Spaltung – gemeinsam für Beteiligung von allen“ zu machen.
- Ein weiteres probates Mittel könnte auch sein, Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern (jenseits von Presseterminen) Begegnungsräume in sozialen Einrichtungen und Diensten zu öffnen, in denen die Lebenswelt armutsbetroffener Menschen im Mittelpunkt steht und sie diese unmittelbar miterleben. Sensibilisierung kann zudem durch berufliche Fortbildungen geschehen, zum Beispiel in Studien- und Ausbildungsberufen wie Polizei, Verwaltungen, Gerichte, Schulen, Pflegeberufen, Finanzbehörden.

Insgesamt bedarf es mehr Grundlagenforschung zu den Lebenslagen und zu den Repräsentationswünschen und Partizipationspräferenzen von Minderheiten(gruppen) wie Sinti-Roma, Jenische, Menschen in Haft, Illegale, sowie zum Thema Migration. Auch hier kann das Land durch finanzielle Förderung von Forschungsvorhaben und der Datenerhebung, entsprechende Rahmenbedingungen schaffen.

2.6 Ausblick

Die parlamentarische Präsenz und aktive Einbindung armutsbetroffener Menschen ist essenziell und sollte weiter gestärkt werden. Landespolitische Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern armutsbetroffener Gruppen bieten hierfür eine wichtige Plattform und sollten gestärkt werden. Besonders wirkungsvoll ist der direkte Dialog mit den Landtagsfraktionen, idealerweise im Parlament selbst. Solche Begegnungen machen deutlich, dass hinter dem Thema Armut konkrete Menschen mit realen Bedürfnissen und Anliegen stehen. Für die Vorbereitung und Durchfüh-

rung sind ausreichende Ressourcen, beispielsweise für Räume, Fahrtkosten und organisatorische Unterstützung, notwendig.

Einen Ansatzpunkt für einen solchen regelmäßigen Austausch bietet die Aktionswoche „Armut bedroht alle“¹⁰, die jährlich in Baden-Württemberg stattfindet. Hier kann der Dialog und Kontakt zu den Landtagsfraktionen weiter ausgebaut werden. Zentral ist das Treffen unmittelbar im Landtag, dass den Fraktionen signalisiert, Armut hat ein „menschliches Gesicht“. Da kommen Menschen mit Interessen und Nöten, die Antworten brauchen.

Ein weiteres vielversprechendes Format ist der jährliche Fachtag „Armut und Teilhabe Baden-Württemberg“¹¹, der bisher zwei Mal stattgefunden hat. Diese jährliche Konferenz sollte auch zukünftig fortgesetzt werden. Dabei sind alle offen einzuladen, jedoch bedarf es gezielter Werbung von Seiten der Veranstalter bei betroffenen Menschen. Außerdem sollte Teilnehmenden bei Bedarf das Fahrgeld erstattet werden. Im Anschluss an die Fachtage wäre es sinnvoll, „lockere“ Austauschrunden zu organisieren (maximal zweimal jährlich), um den Kontakt aufrechtzuerhalten.

Darüber hinaus wäre es sinnvoll, ein zeitlich befristetes Begleitgremium zu schaffen, welches den Einstieg in die Umsetzung der Vorschläge aus dem Bericht begleitet und beratend tätig ist.

3. Kurzfristig umsetzbare Empfehlungen

- **Gezielte Förderung der Beteiligung von Menschen in Armutslagen, mit Fokus auf Gruppen** mit weiteren Exklusionsrisiken (zum Beispiel Alleinerziehende, Familien, Menschen mit Migrationsgeschichte oder altersarme Frauen). Dafür sollte der „Solidarfonds Partizipation“ eingerichtet werden. Dieser fördert niedrigschwellige Beteiligungsprojekte, die darauf abzielen, die soziale Inklusion und politische Beteiligung von Menschen in Armutslagen zu verbessern. Um diesen Anliegen dauerhaft zu entsprechen, sollte der Fonds im Landeshaushalt verankert werden. Bei der Vergabe der Fördermittel sollten Menschen in Armutslagen mit Stimmrecht einbezogen werden.
- Durch die **Förderung von Peer-Strukturen** kann eine Brücke zwischen Menschen in Armutslagen und politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern geschlagen werden. Denn so wird die Selbstorganisation „von unten“ gefördert und sie tragen dazu bei, dass die Stimmen von Menschen in Armutslagen in der Gestaltung von Angeboten und Strukturen auf lokaler und regionaler Ebene Gehör finden. Dabei gilt es, die Peers nicht nur als Unterstützerinnen und Unterstützer ihrer jeweiligen Gruppen, sondern auch als Botschafterinnen und Botschafter für gesellschaftliche und politische Anliegen zu stärken und diese durch Peerstrukturen bzw. ein Förderprogramm beim Aufbau von Netzwerken zu unterstützen. Dazu gehören

10 Für nähere Informationen siehe: <https://www.armut-bedroht-alle.de> (Abruf: 03.03.2025).

11 Organisiert durch die FaFo im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg. Für nähere Informationen siehe: <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikation/did/modulare-armutsberichterstattung> (Abruf: 03.03.2025) und <https://www.starkekinder-bw.de/fachtag-armut-und-teilhabe/> (Abruf: 03.03.2025).

die Schaffung von Schulungs- und Qualifizierungsangeboten sowie die finanzielle Unterstützung der Peers, zum Beispiel durch sozialversicherungspflichtige Anstellung.

- **Stärkung der sozialen Teilhabe durch passend gestaltete „Sozialpässe“.** Diese sollten armutssensibel mit einer positiven Bewerbung und einem niederschweligen Zugang verbunden sein. Damit Kommunen das Instrument von „Sozialpässen“ optimal einsetzen können, bedarf es in einem ersten Schritt einer gründlichen Untersuchung von unterschiedlichen Praxismodellen in Bezug auf die Kosten, Beteiligung der Zielgruppen und Wirksamkeit. Das Sozialministerium sollte eine entsprechende Untersuchung in Auftrag geben.
- **Schaffung von nicht-kommerziellen Treffpunkten:** Schon in den ersten beiden Berichten zur gesellschaftlichen Teilhabe hat die Begleitgruppe bei den „Kurzfristig umsetzbaren Empfehlungen“ den dringenden Bedarf von „öffentlichen nicht-kommerziellen Treffpunkten“ betont. Stichworte dazu sind unter anderem „Altersarmut“, „Beteiligung“, „Einsamkeit“, „soziales Vertrauen“, „Quartiersentwicklung“, und „niedrigschwellige Beratung“. Bislang gibt es noch keine Modellprojekte für derartige Treffpunkte. Um hier erste konkrete Schritte zu machen, sollte das Land den modellhaften Aufbau von je einem „Netzwerkcafé“ in den vier Regierungsbezirken konzeptionell und finanziell unterstützen.
- Beim jährlich stattfindenden **Fachtag „Armut und Teilhabe Baden-Württemberg“** bedarf es gezielter Werbung vonseiten der Veranstalter bei Menschen in Armutslagen. Diesen sollte bei Bedarf auch das Fahrgeld erstattet werden. Im Anschluss an die Fachtage wäre es sinnvoll, „lockere“ Austauschrunden mit Menschen in Armutslagen zu organisieren (maximal zweimal jährlich), um den Kontakt aufrechtzuerhalten.
- Der **Aufbau von Ombudsstellen** in Sozialräumen im Rahmen einer dauerhaften Landesförderung sollte geprüft werden. Diese sollten einfach erreichbar sein und schnell und unbürokratisch auf die Anliegen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger reagieren können. Auch aufsuchende Beratung, die direkt in den Gemeinden angeboten wird, ist besonders effektiv, um Menschen in prekären Lebenslagen zu erreichen. Solche Strukturen und Angebote können dabei auch im Bereich politischer Bildung tätig sein und dabei auch Hilfestellungen im Hinblick auf politische Partizipation geben.

Gruppengespräch mit der Landesarmutskonferenz (LAK) Baden-Württemberg am 23.07.2024 im Rahmen der Vorbereitung des zweiten Berichtsteils des Dritten Berichts zur Gesellschaftlichen Teilhabe in Baden-Württemberg

Teilnehmende

- Doris Kölz (LAK)
- Anne Jeziorski (LAK)
- Sylvia Witzemann (LAK)
- Uwe Aschenbrenner (LAK)
- Johannes Kwiasowski (LAK)
- Roland Saurer (LAK)
- Kristina Faden-Kuhne (FaFo)
- Marie Sophie Jestadt (FaFo)
- Jan Velimsky (FaFo)

Moderation durch: Kristina Faden-Kuhne und Roland Saurer

Es wurde über folgende Fragen diskutiert:

- Wie kann soziales und politisches Vertrauen von Menschen in Armutslagen verbessert werden?
- Wie kann ihr Selbstwirksamkeitsgefühl gestärkt werden?
- Wie können sie ihre Interessen an das politische System herantragen bzw. wie können sie mit ihren Interessen wahrgenommen werden?

Wichtigste Botschaft des Gesprächs

Menschen in Armutslagen sollten mit ihren Nöten und Interessen stärker in das politische System eingebunden werden. Denn viele fühlen sich vom politischen System alleingelassen und nicht repräsentiert. Dazu muss Politik auf Menschen in prekären Lebenslagen zugehen und ihnen zuhören.

Formate für Begegnung, Zuhören und Austausch

- Es sollten Begegnungsformate entwickelt werden, in denen sich Menschen in prekären Lebenslagen und Politik begegnen. Dazu müssen virtuelle und reale Räume geschaffen werden, die den unterschiedlichen Formaten zur Realisierung verhelfen. Dabei geht es um Formate, die den Dialog zwischen Menschen in prekären Lebenslagen und der Politik fördern und die zum Aufbau von Vertrauen beitragen. Wichtig ist die Niedrigschwelligkeit solcher Formate. Das Sprachniveau sollte sich dem jeweiligen Kreis der Beteiligten anpassen, so dass alle die Chance haben, sich eingebunden zu fühlen.
- Der Dialog mit der Politik, aber auch mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden und Netzwerken muss auf Augenhöhe stattfinden. Wichtig bei Veranstaltungen und anderen Austauschformaten sind: Anerkennung, Respekt und Gleichheit der Teilnehmenden und das kollektive Interesse an Lösungen. Menschen in prekären Lebenslagen und ihre Vertreterinnen und Vertreter müssen das Recht der freien Rede besitzen und auch ein Recht haben, ihre Emotionen zu äußern.¹²
- Wichtig ist zudem, ein ernsthaftes Interesse der Politik an der Lebensrealität von Menschen in prekären Lebenslagen. Vertrauen kann dann entstehen, wenn Menschen in prekären Lebenslagen mit ihren Interessen, Argumenten und Gefühlen ernst genommen werden. Nur durch Empathie, Zuhören und Reflektieren kann gesellschaftliches Verständnis für die Lebenslage der Prekären entstehen. Ganz und gar abträglich wären Haltungen der Konfliktentschärfung durch Aussitzen oder gar Haltungen, die einer Diffamierung von Menschen in prekären Lebenslagen gleichkommen.
- Gespräche, Austausch, Dialog, Zuhören sollten zu einem erstrebenswerten Konsens führen. Aus dem dialogischen Prozess sollte ein Handeln folgen, das auf den Inhalten des Prozesses basiert. Wenn das nicht erfolgt, ist der erneute Vertrauensverlust die Folge. Wichtig wäre, als Ergebnis der gemeinsamen Suche und des gemeinsamen Prozesses, ein Plan, wie die formulierten Ziele umgesetzt werden können. Dies könnte ein Zeitplan sein, ein inhaltlicher Plan oder ein längerfristiger strategischer Plan. Selbstverständlich müsste auch sein, dass die Lebenswelt von Menschen in prekären Lebenslagen in den Kontakten und Dialogen vorkommt.
- Für Menschen in prekären Lebenslagen sind dabei eine gute Vorbereitung und Artikulation hilfreich, um sich Gehör zu verschaffen. Grundsätzlich ist die eigene Befähigung – im Rahmen der Selbstmandatierung – eine Daueraufgabe in den Organisationen von Menschen in prekären Lebenslagen. Also ein permanenter Lernprozess, der Sprache, Fachwissen, Grundkenntnisse des gesellschaftlichen Systems, auch ihrer Historie zum Gegenstand hat.

¹² Hinweis: Siehe die Versammlung der Prekären bei der Österreichischen Armutskonferenz in ihrem jährlichen Dialog mit dem Nationalen Parlament in Wien oder der Austausch mit dem Sozialausschuss des Landtages von Baden-Württemberg im Rahmen der Aktionswoche des jeweiligen Jahres.

- Notwendig wird erachtet, einen regelmäßigen Austausch mit Sozialverwaltungen, Kulturbereichen, gesellschaftlichen Minderheiten, Ethnien und Migrationsgruppierungen zu haben. Besonders zu Dienstleistern der Sozialverwaltung (Kommunalbehörden und ihren Einrichtungen, Jobcentern, Rentenversicherungen, Wohlfahrtsverbänden etc.) ist der laufende Kontakt wichtig. Nach solchen Kontakten und Gesprächen ist eine laufende Analyse in den eigenen Institutionen von Menschen in prekären Lebenslagen wichtig, um Fehlerquellen der Argumentation bzw. des Gesprächsverlaufs zu entdecken.

„Selbstorganisation von unten“ als Chance, politischen Einfluss zu erhöhen; die Selbstmandatierung auszubauen und Teil des politischen Systems/des gesellschaftlichen Diskurses zu werden

- Grundvoraussetzung ist die Bildung einer eigenständigen Gruppe der Prekarierten. Einzelne Personen können in ihrer Begrenztheit in der Regel wenig bewirken.
- Dazu braucht es Räume, in denen Platz ist für Diskussion, Reflexion und Austausch und Macht- abgabe, Aushalten von kritischer Auseinandersetzung stattfindet.
- Erfahrenes Engagement erhöht Lernprozesse und macht damit Selbstwirksamkeit erfahrbar.
- In den Organisationen # von unten findet eine politische, kulturelle und gesellschaftliche Sozialisation statt. Durch die Arbeit bzw. die kollektive Gemeinschaft in der eigenen Organisation traut man sich mehr zu und äußert sich häufiger. Aus der Gruppe heraus entsteht so ein gesteigertes Selbstvertrauen, sich zu äußern.
- Für die Selbstmandatierung, das Empowerment und die Partizipation ist es wichtig, sich zu befähigen (Capability), indem man Kontakte nach außen hat, Netzwerke pflegt, neue Formate und Inhalte kennenlernt.
- Manchmal braucht es einen langen Vorlauf, bis man gesehen wird. Man kann die Sichtbarkeit zum Beispiel durch eine Homepage bzw. durch Bündnisse und Zusammenschlüsse mit Verbänden erhöhen. Wichtige Themen brauchen aber auch hier Kontinuität und Raum.
- Man muss an den Themen und Dialogen dran bleiben und sich fortlaufend einmischen.
- Für Basisorganisationen braucht es deshalb eine nachhaltige materielle Förderung. Damit man die Chance hat sich zivilgesellschaftlich einzumischen, sich sowohl ehrenamtlich wie – auf Dauer – vielleicht auch in Ansätzen professionell einzumischen. Denn nachhaltige politisch-soziale Intervention ist mit Kosten verbunden, die Menschen in prekären Lebenslagen oder Minderheiten alleine nicht stemmen können. Andererseits ist die langfristige Wirkung von Menschen in prekären Lebenslagen im gesellschaftlichen Diskurs erkennbar, trägt dies dem Grundgedanken einer demokratischen Gesellschaft der Gleichen politisch Rechnung.

Beziehungsarbeit

- Für Menschen in prekären Lebenslagen und Basisorganisationen ist Beziehungsarbeit und das Schaffen von Netzwerken wichtig, um Gehör und Einfluss zu finden. Einfluss auf die Politik gewinnt man nur, wenn sie ein gewisses Grundvertrauen in die Vertreterinnen und Vertreter von Menschen in prekären Lebenslagen gewonnen haben, deren Interessen, Sprache, Argumente kennen und daran anknüpfen können.
- Beziehungsarbeit braucht Stetigkeit, Kontaktaufbau, Durchsetzungskraft, aber auch Nutzung von Formaten wie Internet, Mailverkehr, digitale Treffen und kann durch Veranstaltungen, an denen verschiedene Akteurinnen und Akteure teilnehmen, geleistet werden. Wichtig ist dabei, dass Menschen in prekären Lebenslagen teilnehmen.

Zusammenarbeit von Basisorganisationen # von unten und Verbänden

- Wichtig sind Zusammenarbeit und das Finden von Konsens zwischen Basisorganisationen und Verbänden/Gewerkschaften/NGOs.
- Die Basisorganisationen von Menschen in prekären Lebenslagen haben größere Spielräume der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Dies betrifft Argumentationen, Verhandlungsziele, Nutzen von Sprache und Bildern, Zugriffe auf Radikalität und spontane Intervention oder Verweigerung.

Aufsuchende Arbeit und Quartierentwicklung

- Aufsuchende Arbeit ist wichtig, um zu den Menschen in die Quartiere zu gehen. Dabei stehen nicht nur Beratung und Existenzsicherung an, sondern auch Themen, die die Menschen im Quartier beschäftigen (Versorgung, Wohnen, Infrastruktur, Sicherheit, ...). Auch hier sollten Begegnungsformate auf Augenhöhe geschaffen werden. Durch quartiersbezogene oder stadtbezogene Projekte kann die Intervention ins politische System vor Ort gelingen. Das schafft Wir-Bewusstsein, das löst Vertrauen in die eigene Kompetenz der Akteurinnen und Akteure aus, das gibt ihnen Zuversicht, im politischen System anzukommen.¹³
- In den Quartieren braucht es leicht zugängliche Orte wie Treffs und Tagesstätten mit digitaler Infrastruktur, die aber auch menschliche Ansprechpartner haben und die tendenziell selbstverwaltet sind. Sie brauchen eine Atmosphäre des Ankommens, der Rückzugsmöglichkeit, der konsumfreien Kommunikation, des Miteinanders. Orte an denen Menschen einfach sein können, sich geborgen fühlen und Kraft tanken können. So können sie wieder Hoffnung schöpfen und sich wieder gesellschaftlich einbringen.

¹³ Siehe: Förderprojekte der niederschweligen Partizipation und Politik, Sozialministerium Stuttgart 2024–2026.

Teil 3:

Beitrag des Sozialministeriums

(Ministerium für Soziales, Gesundheit
und Integration Baden-Württemberg)

Die sozialwissenschaftliche Analyse im ersten Teil des Berichts hat gezeigt, dass armutsgefährdete Menschen in Baden-Württemberg unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie sind (Demokratiezufriedenheit) und ein geringeres Vertrauen in ihre repräsentativen Institutionen haben (politisches Vertrauen) als die Gesamtbevölkerung. Damit geht einher, dass sich Menschen in Armutslagen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg weniger an Wahlen beteiligen (politische Partizipation).

Aufbauend auf den ersten Teil des Berichts wird im zweiten Teil mit den sozialpolitischen Folgerungen und Empfehlungen der Begleitgruppe vorgeschlagen, in den verschiedenen Beteiligungsformaten einen aktiven Dialog zwischen armutsgefährdeten Menschen und politischen Entscheidungsträgern zu initiieren. Menschen in Armutslagen sollen empowert werden, um ihren Anliegen auf politischer Ebene Gehör zu verschaffen. Darüber hinaus wird empfohlen, niedrigschwellige Infrastrukturangebote zu stärken, da diese den Dreh- und Angelpunkt für politische Beteiligung und demokratische Zufriedenheit bilden.

Dieser dritte Teil des Dritten Berichts zur gesellschaftlichen Teilhabe mit einem Beitrag des Sozialministeriums will auf die beiden vorausgehenden Teile reagieren und sowohl die Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Analyse (*siehe die Abschnitte 1 bis 3*) als auch die Empfehlungen der Begleitgruppe (*siehe die Abschnitte 4 und 5*) in Handlungsmöglichkeiten einordnen.

1. Materielle Armutsgefährdung führt zu einem Mangel an Teilhabechancen

Im Jahr 2023 war in Baden-Württemberg in der Einkommensverteilung¹ das niedrigste monatliche Einkommen der obersten 10 % der Einkommensverteilung 3,6-mal so hoch, wie das höchste monatliche Einkommen der untersten 10 %. Im gleichen Jahr waren die obersten 10 % der preisbereinigten monatlichen Einkommen fast doppelt so hoch wie das mittlere Einkommen in der Einkommensverteilung. Die Ungleichheit der Einkommen in Baden-Württemberg ist in den letzten 2 Jahren etwas kleiner geworden, aber es gibt weiterhin viele Beschäftigte im Niedriglohnsektor, das heißt, ihr Stundenlohn lag unter 13,04 Euro. Im Jahr 2023 waren es in Baden-Württemberg 15 % der Beschäftigten (*siehe Abschnitt 2.1 des ersten Teils*).

In den letzten Jahren sank in Baden-Württemberg die Kaufkraft, weil die Verbraucherpreise stärker angestiegen sind als die Verdienste, insbesondere bei den unteren 20 % der Verdienstverteilung. Hier sind die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste im Zeitraum von 2018 bis 2023 fast doppelt so stark gesunken, wie bei den oberen 20 % der Verdienstverteilung. Hohe Teuerungsraten gab es vor allem in den Bereichen Haushaltsenergie, Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke. Für Haushalte, die sich bereits in einer schlechten finanziellen Situation befinden, wozu alle armutsgefährdeten Haushalte zählen, führen diese Teuerungen zu einer zusätzlichen Belastung (*siehe Abschnitt 2.4 des ersten Teils*).

¹ Zum Einkommen zählen neben dem Verdienst aus Erwerbsarbeit zum Beispiel auch Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung oder Wertpapiergeschäften.

Materielle Armutsgefährdung bedeutet, dass ein zu geringes Einkommen zur Verfügung steht. Dies wirkt sich auch negativ auf andere Lebensbereiche der gesellschaftlichen Teilhabe aus: auf Gesundheit, Wohnen, soziale Beziehungen sowie ehrenamtliches und politisches Engagement.

Im Jahr 2021 schätzte ein nahezu doppelt so hoher Anteil an armutsgefährdeten Menschen in Baden-Württemberg (29 %) ihren Gesundheitszustand als weniger gut oder sogar schlecht ein, als dies nicht-armutsgefährdete Menschen (rund 17 %) taten. Beim Zustand der Wohnung haben im Jahr 2023 insgesamt rund 15 % aller Haushalte in Baden-Württemberg Feuchtigkeitsschäden zu vermelden. Bei den armutsgefährdeten Haushalten sind 20 % der Haushalte von diesem Problem betroffen.

Auch die sozialen Beziehungen leiden, wenn nicht genügend Einkommen zur Verfügung steht. Wenig gegenseitige Besuche liegen vor, wenn eine Person seltener als jeden Monat oder nie Verwandte bzw. Familienangehörige und Freunde bzw. Bekannte oder Nachbarn besucht und von diesen besucht wird. Das traf im Jahr 2019 in Baden-Württemberg auf 19 % armutsgefährdete und nur auf rund 10 % nicht-armutsgefährdete Personen zu. Armutsgefährdete Menschen sind außerdem weniger ehrenamtlich tätig oder politisch aktiv. 2019 war mit rund 91 % der Anteil der selten oder überhaupt nicht politisch Aktiven oder ehrenamtlich Tätigen unter den armutsgefährdeten Personen in Baden-Württemberg deutlich höher als unter den nicht-armutsgefährdeten Personen (rund 74 %) (für alle Ergebnisse zum Einfluss materieller Armutsgefährdung auf andere Lebensbereiche siehe Gesellschaftsmonitoring BW²).

2. Teilhabemöglichkeiten sind Grundlage für Demokratiezufriedenheit und politisches Vertrauen

Ein wichtiger Grundstein für das demokratische Gemeinwesen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es, die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe persönlich auch nutzen zu können, um einen guten Gesundheitszustand zu erlangen, ohne Bedenken und Einschränkungen zu wohnen, nicht einsam zu werden und Selbstwirksamkeit im politischen und ehrenamtlichen Engagement zu erfahren. Auch wenn demokratietheoretisch alle Menschen in gleichem Maße, unabhängig von wirtschaftlichem oder sozialem Hintergrund, in die Aushandlungsprozesse und Diskurse des gesellschaftlichen Lebens einbezogen werden müssten, ist der Zugang dazu in der Realität ungleich verteilt. „Die Interessen sozial schlechter Gestellter werden deutlich weniger in politischen Entscheidungen berücksichtigt.“³ Viele Menschen mit Armutserfahrung haben das Gefühl, dass ihre Meinung weniger zählt oder nicht gehört wird. Ihnen wird im politischen Diskurs oft selbst die Schuld an ihrer prekären Lebenssituation zugesprochen, obwohl es häufig strukturelle Ursachen gibt. Dadurch verlieren viele von ihnen die Hoffnung und das Vertrauen darauf, dass

2 Gesellschaftsmonitoring Baden-Württemberg: Armut und Reichtum. Lebenslagen. Ein Service des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt. Online verfügbar unter <https://www.gesellschaftsmonitoring-bw.de/themenfelder/armut-und-reichtum/lebenslagen-und-soziale-exklusion/> (Abruf: 01.03.2025).

3 Hoffmann, Matthias/Weber, Carina (2024): Soziale Ungleichheit gefährdet die Demokratie. S. 13, in: Soziale Sicherheit, Nr. 12/2024, S. 10–13; siehe hierzu auch Lea Elsässer (2018): Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Frankfurt am Main/New York: Campus.

sie ihren Alltag durch eigenes Handeln verbessern können und dass ihre Beteiligung an den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und Diskursen gewünscht und wirksam ist (vgl. Interview in Abschnitt 2.6 des ersten Teils). Das „macht sich zunehmend in [...] [einem] sinkenden Vertrauen gegenüber öffentlichen Institutionen bei den ärmeren Bevölkerungsgruppen und einer wachsenden Unzufriedenheit mit der Demokratie bemerkbar.“⁴

Der erste Teil dieses Berichts schildert ausführlich, wie sich das Gefühl, „abgehängt zu sein“, auf Demokratiezufriedenheit, politisches Vertrauen sowie auf politische Partizipation auswirkt. Zu ähnlichen Aussagen bei Demokratiezufriedenheit und politischem Vertrauen kommt auch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung im Verteilungsbericht 2024. Über alle Einkommen hinweg, so die Forschenden, sind die Menschen der Ansicht, „dass die Demokratie in Deutschland im Großen und Ganzen gut funktioniere“⁵, wobei die obere Mittelschicht der Einkommen dies deutlich stärker bejaht als Befragte mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. In der Studie werden auch Aussagen zum politischen Vertrauen getroffen. Das „Vertrauen in Institutionen wie die Polizei und die Gerichte [ist] insgesamt sehr solide [...]. Dennoch bringen jeweils über 20 % der Menschen in Armut diesen Institutionen nur wenig Vertrauen entgegen“⁶; bei der oberen Mittelschicht der Einkommen sind es 11 % bis 12 %. „Ein geringes Vertrauen in die Bundesregierung ist [...] in allen Einkommensgruppen relativ stark verbreitet“⁷ (38 % bis 44 %).

3. Politische Partizipation und gesellschaftliche Partizipation bedingen sich gegenseitig

Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation sind wichtige Integrationshelfer für die Einbindung in das soziale Umfeld, da sie Kontakte vermitteln und Impulse für einen Austritt aus der Armutsgefährdung geben. Das Wissen um die Partizipationsmöglichkeiten, die konkrete Aufforderung sich zu beteiligen und die Fähigkeiten daran teilhaben zu können, sind Gelingensfaktoren für einen Austritt aus der Armutsgefährdung. Zu diesem Ergebnis kommt der GesellschaftsReport BW 2/2019 „Politische und gesellschaftliche Teilhabe von Armutsgefährdeten“⁸.

Als Reaktion auf den Report von 2019 und seither fortlaufend fördert das Sozialministerium Projekte, die die politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Menschen mit Armutserfahrung verbessern können.⁹

4 Hoffmann, Matthias/Weber, Carina (2024): Soziale Ungleichheit gefährdet die Demokratie, S. 13, in: Soziale Sicherheit, Nr. 12/2024, S. 10–13.

5 Spannagel, Dorothee/Brülle, Jan (2024): Ungleiche Teilhabe: Marginalisierte Arme – verunsicherte Mitte. WSI-Verteilungsbericht 2024, S. 14, in: WSI Report, Nr. 98. Online verfügbar unter https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008981/p_wsi_report_98_2024.pdf (Abruf: 01.03.2025).

6 Ebd., S. 14–15.

7 Ebd., S. 15.

8 Online verfügbar unter https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Familie/GesellschaftsReport-BW_2-2019.pdf (Abruf: 01.03.2025).

9 Mehr Informationen unter <https://sm.baden-wuerttemberg.de/modul3/> -> „Mehrere Gesellschaftsreports BW zu besserer Teilhabe von armutsgefährdeten Menschen an Politik und Gesellschaft“ (Abruf: 01.03.2025).

Ein 2023 veröffentlichter Förderaufruf „Maßnahmen der aufsuchenden politischen Bildung für Menschen mit Armutserfahrung“ will Menschen mit Armutserfahrung empowern, sich als Sprechende in eigener Sache wieder mehr am politischen Dialog zu beteiligen. In acht Projekten, die das Sozialministerium von Ende 2023 bis Anfang 2026 fördert, sollen Menschen mit Armutserfahrung daher Wege aufgezeigt werden, wie sie sich in politische Entscheidungsprozesse einbringen und zu Themen austauschen können, die sie ganz konkret im Alltag beschäftigen, und wie sie verschwörungstheoretischen und extremistischen Weltanschauungen entgegenwirken können.

4. Projekte mit Maßnahmen der aufsuchenden politischen Bildung für Menschen mit Armutserfahrung laufen erfolgreich

Im Folgenden sollen vier der acht Projekte beispielhaft in einer Tabelle näher vorgestellt werden. Dabei werden anhand der Rückmeldungen der Projekte vier Gelingensfaktoren identifiziert (Aufsuchende Arbeit, peer-to-peer und Partizipation, Vertrauen schaffen, Mehrwert schaffen) und mit Beispielen aus den Projekten erläutert.

Bis zum Projektende Anfang 2026 soll zusammen mit den Projekten eine ausführlichere Bilanzierung aller acht Projekte erarbeitet werden. In diesem Rahmen kann auch, wie es die Begleitgruppe empfiehlt, ein Leitfaden für Partizipationsprozesse entstehen, die sich im Projektverlauf als gut und nützlich erwiesen haben.

	Selbstbestimmt das WIR gestalten	Mit uns reden statt über uns reden.	FamilienSachen: Politik im Bällebad des Alltags	Demokratie – mit uns!
Projektträger	a.l.s.o. Schwäbisch Gmünd	Ausweg Rhein Neckar	Familienzentrum Klara Freiburg	Deutsch-Türkisches Forum Stuttgart
Durchführungs- ort	Schwäbisch Gmünd (Landkreis Ostalbkreis)	Mannheim (Stadtkreis Mannheim)	Freiburg im Breisgau (Stadtkreis Freiburg)	Stuttgart (Stadtkreis Stuttgart)
Erster Einblick	Menschen mit Armuts- erfahrung werden befähigt, Interessens- gruppen von Menschen in prekären, armuts- gefährdeten Lebens- lagen zu gründen und sich partizipativ in poli- tische Bildungs- und Gestaltungsprozesse einzubringen. Ziele: Ermutigung zur demo- kratischen Teilhabe, zur Artikulation von Anliegen und der Ent- wicklung von Lösungs- strategien.	Ziel ist die Gründung einer Interessenvertre- tung in der Neckar- stadt-West, die sich beim Bezirksbeirat, bei Runden Tischen etc. für ihre Belange ein- setzt. Berührungs- ängste gegenüber der Stadtpolitik/Verwaltung sollen abgebaut wer- den sowie Kontakte und Netzwerke herge- stellt, für die Situation der Betroffenen soll sensibilisiert werden.	Von Armut betrof- fene Familien und Ent- scheidungsträgerinnen/ Entscheidungsträger lernen mit- und vonein- ander, und entwickeln ein neues Format für politische Beteiligung. Beispiele: Dialog mit Sonntagssuppe, Ent- scheidungsträgerinnen/ Entscheidungsträger begleiten Betroffene im Alltag etc.	In interaktiven Work- shops und im Aus- tausch mit politischen Entscheidungsträgerin- nen/ Entscheidungsträ- ger lernen Menschen mit Armutserfahrung politische und gesell- schaftliche Strukturen und Entscheidungspro- zesse kennen, schöp- fen Vertrauen in das „System“ und ihre eigenen Handlungs- möglichkeiten und werden zu Fürsprecher- innen/Fürsprecher in eigener Sache.
Gelingensfaktor „Aufsuchende Arbeit“	Gespräche mit Beschäftigten und Ehrenamtlichen, Kun- dinnen/Kunden im Gebrauchtwarenkauf- haus zu Alltagsthe- men und aktuellen politischen Fragen, nebenbei Information/ Einladung zu Treffpunk- ten und Angeboten.	„Wir gehen dahin, wo sich die Betroffenen aufhalten und warten nicht, bis sie zu uns kommen.“ Besuche von migrant- ischen und postmigran- tischen Cafés, Läden und Kiosks: freund- schaftliche Beziehun- gen, gegenseitiges Weiterempfehlen.	Offene und flexible Formate: Keine starre Didaktik, sondern anpassbare Formate, die sich an die Bedürf- nisse der Teilnehmen- den anpassen. Anknüpfung an beste- henden Treffpunk- ten, an denen Familien ohnehin Zeit verbrin- gen.	Die Vermittlung poli- tischer Informationen in einem informellen Rahmen wie beispiels- weise bei einem Stra- ßenfest, Flohmarkt oder Kaffeeplausch senkt Zugangsbarri- eren.
Gelingensfak- toren „peer- topeer“ und „Partizipation“	Schlüsselpersonen aus der Zielgruppe werden zur Planung, Werbung und Umsetzung von Angeboten eingesetzt. Einrichtung von Kon- takt- und Sprechzei- ten zum Treffpunkt über einen ehemaligen Langzeitarbeitslosen.	Ausweg Rhein Neckar wurde größtenteils von ehemals armutsbe- troffenen Menschen gegründet. „Wir werden von Armutsbetroffenen als Gleiche unter Gleichen wahrgenommen und nicht solche, die von oben herab alles bes- ser wissen.“	Die Teilnehmenden bestimmen mit ihren Anliegen die Inhalte zu Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Mit- bestimmung sowie den Projektverlauf.	Die Einbindung der Teilnehmerinnen/Teil- nehmer als aktive Gestalterinnen/Gestalt- er ihrer Lernprozesse fördert das Empower- ment und die Selbst- wirksamkeit.

	Selbstbestimmt das WIR gestalten	Mit uns reden statt über uns reden.	FamilienSachen: Politik im Bällebad des Alltags	Demokratie – mit uns!
Gelingensfaktor „Vertrauen schaffen“	„Politische Themen und Fragen stehen nicht von vornherein im Fokus, um Menschen nicht abzuschrecken, sondern aus konkreten Themen und Problemstellungen, die angesprochen werden, ergeben sich politische Bezüge und Ansatzpunkte.“ Wichtig ist, sich zunächst kennenzulernen, Vertrauen zu schaffen, Wertschätzung zu erleben. Es ist mittlerweile ein Raum zum Austausch über alltägliche Erfahrungen, Schwierigkeiten, Hilfestellungen, Wünsche, Ängste entstanden.	„Erst mal nicht über Politik reden und nicht überzeugen wollen, politisch zu werden.“ „Armut ist mit schwachem Selbstwert, persönlichem Ohnmachtserleben, Resignation und Verzweiflung verbunden. Dynamische Emotionen, die bewegen und verändern, kann man erst entwickeln, wenn man sich stark fühlt. Gemeinschaften machen stark. Aber Armut vereinzelt.“ Das Sprechen über Armutserleben holt Armut aus der Tabuzone. Das hilft, sich bei uns deswegen nicht zu schämen.	„Niedrigschwellige und emotionale Ansprache erleichtert den Zugang zu politischen Themen.“ „Der bisherige Projektverlauf zeigt, dass politische Bildung erfolgreich in den Familienalltag integriert werden kann, wenn sie lebensnah und zugänglich gestaltet wird. Entscheidend sind eine offene, wertschätzende Atmosphäre, die Einbindung bestehender Strukturen und eine flexible Gestaltung der Formate.“	Die Nutzung eines bekannten und sicheren Ortes wie des Familiencafés KAFem schafft eine Umgebung, in der sich die Teilnehmerinnen/Teilnehmer wohlfühlen und offen austauschen können. „Allerdings stellen wir auch fest, dass die Öffnung eines bisher unpolitischen Raumes für politische Themen auf Misstrauen bei den Anwohnerinnen/Anwohnern stößt.“
Gelingensfaktor „Mehrwert schaffen“	Gemeinsames Kochen, Essen und ein anschließender Austausch, als Raum für Zuhören, Sprechen, voneinander zu lernen und Wissen zu teilen, strukturieren den Ablauf von Veranstaltungen im Rahmen des Projekts.	„Wir bieten Hilfe in Notlagen und unterstützen durch Infos über kommunale Hilfsangebote, bei Antragstellung, Behördenkommunikation, Erklären von Unterlagen. Wir helfen bei Problemen mit Bürgergeld, Grundsicherung etc., bei Wohnungssuche und Arbeitssuche.“	Beim Dialog mit Sonntagssuppe haben Entscheidungsträgerinnen/Entscheidungsträger die Gelegenheit, Familien zuzuhören und sich über deren Alltagsanliegen zu informieren. Einen zusätzlichen Mehrwert hat, dass dabei gegessen wird.	„Die Ausrichtung der Inhalte an bevorstehenden Wahlen und Jubiläen schafft Relevanz und Aktualität, was das Interesse und die Motivation der Teilnehmerinnen/Teilnehmer steigert.“

5. Weitere Maßnahmen zur Förderung von Demokratiezufriedenheit, politischem Vertrauen und politischer Partizipation sind eingerichtet

Mit den vier Projekten wurden bereits ganz konkrete kommunale Maßnahmen vorgestellt, um Demokratiezufriedenheit, politisches Vertrauen und politische Partizipation von ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu fördern. Es handelt sich im Wesentlichen um die Förderung von politischer Bildung für Menschen mit Armutserfahrung.

Im Folgenden sollen weitere Maßnahmen des Sozialministeriums, des Landtags von Baden-Württemberg und von Organisationen der Zivilgesellschaft vorgestellt werden. Die verschiedenen Maßnahmen werden in vier thematische Abschnitte gegliedert, wobei die Übergänge zum Teil fließend sind: „Beteiligung und Dialog fördern“, „Selbstvertretung der eigenen Interessen fördern“, „Bürgerschaftliches Engagement fördern“ sowie „Möglichkeiten der sozialen Teilhabe fördern“. Maßnahmen, die politische Bildung für Menschen mit Armutserfahrung fördern wurden bereits ausführlich in *Abschnitt 4* dargelegt.

5.1 Beteiligung und Dialog fördern

In der laufenden Legislaturperiode 2021 bis 2026 hat der Landtag von Baden-Württemberg die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ eingerichtet. Sie soll Handlungsempfehlungen erarbeiten, die das Ziel haben, das baden-württembergische Gemeinwesen für die Zukunft resilienten und krisenfester aufzustellen. Dabei soll sich die Enquetekommission insbesondere auf die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen konzentrieren, die ihre Wirkung im Zeitraum nach Abschluss ihrer Tätigkeit entfalten können, auf Landesebene umsetzbar sind und den Fokus auf die Umstände von Krisen setzen.

In ihrem Abschlussbericht¹⁰, der am 10. Juli 2024 veröffentlicht wurde, unterstreicht die Enquetekommission die Bedeutung der Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrungen. So heißt es im Kapitel 4.2.1 zur Selbsthilfefähigkeit von Bürgerinnen und Bürgern in Krisen: „Es gilt sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger über ein Grundmaß an Wissen zu verschiedenen Katastrophenszenarien verfügen, Katastrophenrisikoinformationen bewerten und verlässliche Quellen sowie Informationen und Warnmeldungen ermitteln können. Darüber hinaus gilt es, die aus Armut und sozialer Abgeschnittenheit resultierende Vulnerabilität durch Möglichkeiten der sozialen Teilhabe zu minimieren. Ein besonderes Augenmerk liegt insofern auf der Verbesserung der Lage von gegenwärtig vulnerablen Bevölkerungsgruppen.“

Dabei kommt es auch auf Beteiligungsmöglichkeiten an, wie im Kapitel 4.3.2 konkret ausgeführt wird: „Beteiligungsmöglichkeiten sind insbesondere dahingehend zu überprüfen und ggf. anzu-

¹⁰ Die veröffentlichten Dokumente der Enquetekommission sind verfügbar unter <https://www.landtag-bw.de/de/der-landtag/gremien/untersuchungsausschuesse-enquetekommissionen/dokumente-krisenfeste-gesellschaft> (Abruf: 01.03.2025).

passen, dass bisher unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen mehr Beteiligung ermöglicht wird, dass diese Gruppen gezielt aufgesucht und in einer aktiven Rolle eingebunden werden.“

Die Einbeziehung wird dabei auch als wichtiger Beitrag für die Krisenresilienz des Landes beschrieben. „Krisen betreffen nicht nur die gesamte Bevölkerung, ihre erfolgreiche Bearbeitung hängt auch vom Einbezug möglichst breiter Teile der Bevölkerung ab. Dabei zeigt sich, dass sich Armut, mangelnde gesellschaftliche Teilhabe und soziale Isolation negativ auf die individuelle Selbsthilfefähigkeit und damit schließlich auf die gesamtgesellschaftliche Krisenfestigkeit auswirken.“

Daraus leitet die Enquetekommission auch eine konkrete Handlungsempfehlung für die Landesregierung ab: Kapitel 4.3.2. b) „Es sind neue Formen der Beteiligung zu entwickeln, die bisher unterrepräsentierte Gruppen gezielt aufsuchen und zur Beteiligung motivieren, beispielsweise Menschen mit Armutserfahrung. Dabei ist darauf zu achten, dass unterschiedliche Herangehensweisen verfolgt werden können. Dadurch können Gegenstand, Milieu und lokale Begebenheiten berücksichtigt werden, sollten jedoch auch keine neuen Barrieren der Beteiligung aufbauen für diejenigen, die aus Gründen des Ressourcenmangels nicht digital partizipieren können. Auch digitale Möglichkeiten sollen hierbei ausgeschöpft werden. Bei allen Beteiligungsverfahren soll eine neutrale Moderation eingesetzt werden, um den Beteiligungsprozess fair und unabhängig von persönlichen Voraussetzungen zu machen. Eine besondere Rolle kommt der Beteiligung auf kommunaler Ebene zu. Denn dort ist Beteiligung an politischen und gesellschaftlichen Themen am stärksten erfahrbare. Das Land stellt hierfür bereits Förderprogramme zur Verfügung und soll diese verstetigen.“

Im Folgenden soll nun dargelegt werden, welche fünf beispielhaften Maßnahmen von unterschiedlichen Organisationen innerhalb und außerhalb der Landesregierung zur Förderung von Beteiligung und Dialog im Land bereits, zum Teil seit vielen Jahren, bestehen.

5.1.1 Masterplan Jugend (Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration)

Die Landesregierung von Baden-Württemberg sieht es als ihre Aufgabe an, die Rahmenbedingungen zur Stärkung und Erhöhung der politischen Beteiligung und gesellschaftlichen Engagements von Kindern und Jugendlichen zu schaffen und junge Menschen in ihrem Engagement zu bestärken. Alle jungen Menschen, egal ob sie aus Familien mit viel oder wenig Geld kommen, sollen sich bedingungslos und ohne Hürden in Politik und Gesellschaft beteiligen können.

Im Sozialministerium wird dieses Ziel im Rahmen des Masterplans Jugend umgesetzt.¹¹ Den gesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen entsprechend haben die hieran beteiligten Ressorts, Verbände und Partner vereinbart, die Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung

¹¹ Mehr Informationen unter <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/soziales/kinder-und-jugendliche/14260> (Abruf: 01.03.2025).

sowohl in der politischen Partizipation als auch in der gesellschaftlichen Teilhabe auf kommunaler und auf Landesebene schwerpunktmäßig in den Blick zu nehmen.

Im Rahmen des Masterplans Jugend werden verschiedene Projekte mit dem Schwerpunkt Kinder- und Jugendbeteiligung gefördert, von denen sich aber keines ausschließlich auf die Beteiligung von Kindern aus armutsgefährdeten Familien fokussiert. Vielmehr ist es das allen Projekten zugrundeliegende Verständnis, dass Partizipationsangebote für alle jungen Menschen offen sein müssen, auch für jene, die aufgrund sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maß auf Unterstützung angewiesen sind. Dementsprechend müssen Zugangshürden reduziert werden. Es braucht niedrigschwellige und kostenlose Zugänge mit geeigneter Sprache, auf die Zielgruppe abgestimmte Zeiten und Angebote, die die Wünsche und Bedarfe junger Menschen aufnehmen, diese dadurch Selbstwirksamkeit erfahren lassen und auch den Spaß an Beteiligung im Blick haben.

Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit müssen für die Thematik „Kinderarmut“ sensibilisiert sein, um gerade auch zu Kindern aus prekären Familienverhältnissen vertrauensvolle und stabile Beziehungen aufbauen zu können. Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag dazu, junge Menschen zu empowern, sich für ihre Rechte und Interessen einzusetzen.

Im Rahmen des Masterplans Jugend werden verschiedene Projekte gefördert, mit denen die Beteiligung von Kinder- und Jugendlichen verbessert wird und von denen vier im Folgenden kurz vorgestellt werden.

a) **Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung**

<https://kinder-jugendbeteiligung-bw.de/>

Ziel der seit 2018 geförderten Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung ist es, die politische und gesellschaftliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg auf allen Ebenen zu stärken und die Projekte, Initiativen, Akteurinnen und Akteure bei der regionalen und lokalen Umsetzung zu unterstützen. Sie wendet sich vorrangig an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, das heißt haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte in der Jugendhilfe, insbesondere der Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit. Die Aufgabenschwerpunkte der Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung sind Qualifizierung, Beratung, Vernetzung sowie Sichtbarmachung und Würdigung des Engagements junger Menschen. Im Rahmen dieser Schwerpunkte bietet die Servicestelle eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen an, die ständig weiterentwickelt werden, beispielsweise zielgruppenorientierte Qualifizierungen, Beratung und Begleitung in (lokalen) Beteiligungsprozessen, analoge und digitale Austauschformate zur Vernetzung sowie landesweite Fachveranstaltungen.

Mit Blick auf die Wahlrechtsreform hat die Servicestelle ab dem Jahr 2023 den Arbeitsbereich „Politische Kinder- und Jugendbeteiligung“ neu aufgenommen. Mit einer Kampagne für Erst- und Neuwählerinnen und -wähler zur Kommunalwahl 2024 wurden diese über ihr aktives Wahlrecht informiert und sollten für Demokratie und Ausübung ihres Wahlrechts begeistert werden.

b) **Jugendgemeinderäte 4.0**

<https://jugendgemeinderat.de/dachverband/>

Im Rahmen des Projekts „Jugendgemeinderäte 4.0“ des Dachverbands der Jugendgemeinderäte wird seit 2018 das Knowhow zu Engagement und Teilhabe junger Menschen gefördert. Seither wurde eine Vielzahl junger Menschen zu Jugendbeteiligungsprofis qualifiziert. Diese können nun innerhalb ihrer peer group Jugendliche bei der Umsetzung von Beteiligungsformaten unterstützen. Sehr gut angenommen werden auch die Website des Dachverbands und die aufgebaute Wissensdatenbank. Insbesondere wird der Fokus darauf gelegt, junge Menschen aus allen sozialen Schichten für die politische Gremienarbeit zu begeistern.

c) **Jugenddialog auf Landkreisebene**

<https://jugenddialog-landkreise.de/>

Im Gegensatz zur Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene gibt es bislang nur wenig Dialog- und Mitwirkungsmöglichkeiten in den Landkreisen. Dabei werden viele Themen und Anliegen, die für junge Menschen relevant sind, auf Kreisebene entschieden (zum Beispiel ÖPNV, Breitbandversorgung, Bildungsmanagement etc.). Das seit 2021 geförderte Vorhaben soll dazu beitragen, den Stellenwert von Jugendbeteiligung auf der Landkreisebene zu steigern und neue Erkenntnisse zu einer niedrigschwelligen und inklusiven Jugendbeteiligung zu gewinnen. Beteiligt sind acht Landkreise in Baden-Württemberg.

d) **Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe**

www.ombudschaft-jugendhilfe-bw.de

Die Kinder- und Jugendhilfe ist komplex und für die Betroffenen manchmal undurchschaubar, die Entscheidungen aber oft weichenstellend für den weiteren Lebensweg. Deshalb hat die Landesregierung ein landesweites unabhängiges Ombudssystem aufgebaut. Bei Konflikten mit dem freien oder öffentlichen Jugendhilfeträger werden Kinder und Jugendliche, ihre Familien und Vertrauenspersonen über ihre bestehenden Rechte und Möglichkeiten informiert. Sie werden dabei unterstützt, dass sie selbstbestimmt und eigenständig Entscheidungen im Kontakt mit der Jugendhilfe treffen und ihre Belange einbringen können. Das Angebot ist niedrigschwellig und kostenlos.

5.1.2 Engagement Scouts (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport)

Die International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) ist die einzige international vergleichende Studie zur politischen Bildung, die neben Einstellungen und Partizipationsabsichten auch politisches Wissen erfasst und zugleich politisches Lernen und Sozialisationsprozesse an Schulen in den Blick nimmt. Die Befunde der ICCS 2022 machen deutlich, dass sich gesellschaftliche Ungleichheiten in Bezug auf das Selbstwirksamkeitsgefühl, die Beteiligungsmotivation, Beteiligungsmöglichkeiten und das Beteiligungsverhalten auch im schulischen Umfeld abbilden.

Deshalb gilt es, schulische Demokratiebildung stärker entlang dieser bestehenden Bedarfe auszurichten und dabei Zugänge zu nutzen, die Kindern und Jugendlichen aus nicht-privilegierten Milieus Erprobungsräume für Selbstwirksamkeit und Beteiligung bieten. Hier setzt auch das Startchancen-Programm an: Es unterstützt ganz gezielt dort, wo die Unterstützung am meisten gebraucht wird und umfasst auch Maßnahmen zur Demokratiebildung und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Ab Schuljahr 2025/26 werden alle 540 Startchancen-Schulen in Baden-Württemberg am Programm teilhaben.

Im Rahmen von Startchancen BW¹² plant das Kultusministerium sogenannte Engagement Scouts zu qualifizieren. Engagement Scouts stärken die Implementierung von Demokratiebildung (DB) sowie der Leitperspektiven Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt (BTV) und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) an den Startchancen-Schulen.

Als Schnittstelle zur kommunalen Bildungslandschaft erschließen sie die vielfältigen Potenziale, die sich aus Kooperationen und Bildungspartnerschaften mit externen Akteurinnen und Akteuren und Einrichtungen im lokalen Umfeld für den Unterricht, übergreifende Projekte und die Schulentwicklung ergeben.

Engagements Scouts unterstützen Schulen und Lehrkräfte bei einer bedarfsgerechten Auswahl und Ausgestaltung von Zugängen, die Schülerinnen und Schülern Demokratie, Nachhaltigkeit und Toleranz über eigenes Engagement und Beteiligung in der Schule und in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld näherbringen. Sie schaffen Erfahrungs- und Erprobungsräume für Eigenverantwortung und Selbstwirksamkeit und leisten damit einen Beitrag, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und bestehenden Ungleichgewichten im Beteiligungsverhalten junger Menschen entgegenzuwirken.

Gleichzeitig stärken sie Schülerinnen und Schüler in ihren Selbstkonzepten und machen die Bedeutung von Basiskompetenzen in Deutsch und Mathematik über konkrete Anwendungsbezüge sichtbar. Im Austarieren beider Kompetenzbereiche (Basiskompetenzen und sozioemotionaler Kompetenzen) liegt eine wesentliche Grundlage, um die Bildungsmotivation und den Bildungserfolg junger Menschen aus nicht-privilegierten Familien zu erhöhen.

In ihrer Arbeit knüpfen die Engagement Scouts an bestehende Kooperationsformen und Netzwerkstrukturen an: Dazu gehören beispielsweise die Bildungsbüros der jeweiligen Bildungsregionen, Netzwerke im Bereich der Fair-Trade-Schule-Kampagne, der Friedensbildung, der BNE-Netzschulen, der UNESCO-Projektschulen oder des Schulnetzwerks zum Thema Lernen durch Engagement.

¹² Mehr Informationen unter <https://km.baden-wuerttemberg.de/de/schule/schulartuebergreifend/startchancen-programm> (Abruf: 01.03.2025).

5.1.3 Besuchsangebote und Veranstaltungen des Landtags (Landtag von Baden-Württemberg)

Die Besuchsangebote sowie Veranstaltungen des Landtags zielen insbesondere darauf ab, die Prinzipien der parlamentarischen Demokratie und Gewaltenteilung zu vermitteln, die Demokratie und den Parlamentarismus zu fördern und die Grundwerte unserer Verfassung zu verteidigen. Die Menschen sollen ermutigt werden, den Landtag zu besuchen und als Herzkammer der Demokratie bzw. als Haus aller Bürgerinnen und Bürger zu begreifen. Diese unterschiedlichen Angebote bieten dabei auch die Möglichkeit, mit politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern unmittelbar ins Gespräch zu kommen. Die folgenden drei Formate sollen diese beispielhaft verdeutlichen.

a) **Besuchsangebote des Besucherdienstes**

<https://www.landtag-bw.de/de/besucher>

Bei allen Besuchsangeboten des Besucherdienstes des Landtags besteht die Möglichkeit, auf Wunsch mit Abgeordneten ins Gespräch zu kommen (bei Schulklassen fester Bestandteil des Besuchs). Es gibt ein breites Spektrum an Angeboten (Orientierungskursführungen, Inklusions-, Schulklassen-, Besichtigungs- und Kinderferienprogramm, Besuch im Rahmen eines Plenartags usw.).

Die Besuchsangebote sowie Veranstaltungen stehen allen Bürgerinnen und Bürgern offen und sind kostenlos. Damit ein Besuch im Landtag nicht an finanziellen Hürden scheitert, werden Besuche in verschiedenster Weise gefördert:

- Schulklassen, Kinder- und Jugendgruppen erhalten Reisekosten ersetzt (Eigenanteil 3 Euro), sofern alle Fraktionen Zutritt zum Gespräch haben,
- Abgeordnete haben jeweils ein Budget um Gruppen zum Besuch einzuladen (Erstattung von Fahrt- und/oder Bewirtungskosten).

b) **Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung**

<https://www.schuelerwettbewerb-bw.de/>

Im Rahmen des Schülerwettbewerbs des Landtags gibt es – auch sehr niedrigschwellige – Angebote, bei denen Schülerinnen und Schüler aller Schularten aufgerufen sind, sich mit ihren Themen am Wettbewerb zu beteiligen und so ihre Sichtweise in den Landtag zu tragen. Im Rahmen der Preisverleihungen treffen die Jugendlichen auf Abgeordnete und können mit diesen diskutieren.

c) **Veranstaltungsreihe „Was uns bewegt – Jugendliche und Landespolitikerinnen und Landespolitiker im Gespräch“**

<https://wasunsbewegt-bw.de/>

Unter den verschiedenen Veranstaltungsformaten im Landtag ist besonders die Reihe „Was uns bewegt – Jugendliche und Landespolitikerinnen und Landespolitiker im Gespräch“ hervorzuheben. Diese stellt einen wichtigen Schritt der politischen Bildung zur Kinder- und Jugendbeteiligung dar. Der alternierende Ablauf der Formate bewirkt, dass sich Abgeordnete und Regierungsmitglieder in regelmäßigen Abständen mit den Perspektiven und Ansichten von Kindern und Jugendlichen auf die Landespolitik auseinandersetzen und die Kinder- und Jugendpolitik einen größeren Stellenwert im parlamentarischen Leben erhält. Die regionalen Jugendkonferenzen stellen dabei eine Brücke zwischen lokaler, regionaler und landesweiter Politik dar. Die Angebote für Kinder und Jugendliche ermöglichen somit, niedrigschwellig und flächendeckend mit politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern ins Gespräch zu kommen.

5.1.4 Förderbaukasten für Bürgerbeteiligung (Allianz für Beteiligung)

Die Allianz für Beteiligung setzt sich zusammen mit verschiedenen Landesministerien, eines davon ist das Sozialministerium, für die Bürgerbeteiligung ein und hält dafür einen Förderbaukasten¹³ vor, mit dem zivilgesellschaftliche Gruppen unterstützt sowie ihre Anliegen und Projekte vor Ort umgesetzt werden können. Passend zur Förderung von Beteiligung und Dialog sollen drei Module des Förderbaukastens kurz vorgestellt werden:

a) **Beteiligungstaler**

<https://allianz-fuer-beteiligung.de/foerderprogramme/beteiligungstaler/>

Das Förderprogramm „Beteiligungstaler“ bietet zivilgesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit, Unterstützung für ihr Beteiligungsprojekt vor Ort zu erhalten. Das Programm ermöglicht die Finanzierung von Sachkosten, die während der Durchführung eines Beteiligungsprojekts anfallen.

b) **Gut Beraten!**

<https://allianz-fuer-beteiligung.de/foerderprogramme/gut-beraten/>

Das Förderprogramm „Gut Beraten!“ unterstützt zivilgesellschaftliche Initiativen und ihre Ansätze, Beteiligungsprojekte zur Verbesserung der Infrastruktur sowie des gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Miteinanders vor Ort zu bearbeiten. Engagierte Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, sich zu Fragen der Projektentwicklung, Projektorganisation und Projektdurchführung beraten zu lassen.¹⁴

¹³ Mehr Informationen unter <https://allianz-fuer-beteiligung.de/foerderprogramme/foerderbaukasten/> (Abruf: 01.03.2025).

¹⁴ Dabei handelt es sich auch um eine passende Maßnahme für den Teilbereich „5.2 Selbstvertretung der eigenen Interessen fördern“.

c) **Nachbarschaftsgespräche**

<https://allianz-fuer-beteiligung.de/foerderprogramme/nachbarschaftsgespraechе-aktuell/>

Beim Förderprogramm Nachbarschaftsgespräche sind zivilgesellschaftliche Initiativen mit und ohne eingetragener Rechtsform in Baden-Württemberg antragsberechtigt. Gefördert werden Dialogformate zu Alltagsthemen in kleinen Sozialräumen. Dazu zählen Quartiere, Stadtteile und Ortschaften. Dabei ist auch die Umsetzung von Ideen in der Förderung eingeschlossen, die während der Durchführung der Nachbarschaftsgespräche entstehen.

5.1.5 Demokratiebegleiter/-innen und Straßen-Universität Stuttgart (Zusammenarbeit der Landeszentrale für politische Bildung – LpB – mit dem Sozialunternehmen Neue Arbeit)

Die LpB fördert und vertieft die freiheitlich-demokratische Grundordnung auf überparteilicher Grundlage. Dafür bietet sie ein vielfältiges Veranstaltungs-, Medien- und Bildungsangebot, um Politik und Grundlagen der Demokratie praktisch und lebensnah für alle Bürgerinnen und Bürger zu vermitteln.

Die LpB arbeitet mit den „Demokratiebegleiter/-innen“ des Sozialunternehmens Neue Arbeit zusammen.¹⁵ Dabei geht es darum, Menschen in prekären Lebenslagen in ihrem politischen und demokratischen Bewusstsein durch niedrigschwellige Bildungsangebote zu stärken und sie zu mehr demokratischer Teilhabe anzuregen.

Die „Straßen-Universität Stuttgart“ ist ebenfalls ein Projekt der Neuen Arbeit, das inklusive Bildungsangebote für alle Interessierten in den Sozialräumen prekär lebender Menschen anbietet.¹⁶ Die LpB hat gemeinsam mit den Verantwortlichen der Straßen-Universität ein Angebot entwickelt, bei dem die Teilnehmenden verschiedene Einrichtungen in Stuttgart kennenlernen können, die Beteiligung fördern.

5.2 Selbstvertretung der eigenen Interessen fördern

Auf Landesebene findet im Rahmen des **Landesbeirats für Armutsbekämpfung und Prävention Baden-Württemberg** in Federführung des Sozialministeriums seit mehr als 10 Jahren eine anwaltschaftliche Vertretung der Interessen von Menschen mit Armutserfahrung statt. Es handelt sich um ein Gremium, in dem viele Ressorts der Landesregierung, die Fraktionen des Landtags, die kommunalen Landesverbände, viele zivilgesellschaftliche Organisationen, wie zum Beispiel die Liga der freien Wohlfahrtspflege, und die Landesarmutskonferenz zusammenarbeiten und beratend tätig sind. Es werden Armutslagen im Land und mögliche Lösungsansätze aus Sicht der

¹⁵ Mehr Informationen unter <https://neuearbeit.de/angebote/demokratiebegleiter-innen> (Abruf: 01.03.2025).

¹⁶ Mehr Informationen unter <https://strassenuniversitaet.neuearbeit.de/> (Abruf: 01.03.2025).

Kommunen, der zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie der Ministerien im Sinne der Menschen mit Armutserfahrung erörtert.

Neben der anwaltschaftlichen Interessenvertretung ist es wichtig, anzuerkennen und zu fördern, dass Menschen mit Armutserfahrung auch für sich und ihre Lage selbst sprechen können. Was dazu beitragen kann, zeigen die folgenden fünf Beispiele auf Landes- und kommunaler Ebene.

5.2.1 Fachtage Armut und Teilhabe (Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration in Zusammenarbeit mit der FaFo Baden-Württemberg)

Ein Ansatzpunkt auf Landesebene, um Menschen mit Armutserfahrung zu fördern, ihre Interessen selbst zu vertreten, ist der jährliche Fachtag Armut und Teilhabe, der im Rahmen der modularen Armutsberichterstattung durchgeführt wird. Es handelt sich um eine repräsentative Plattform, um Ergebnisse aus der Berichterstattung und den Fördermaßnahmen des Landes mit der Öffentlichkeit zu diskutieren sowie um Menschen mit Armutserfahrung in diese Prozesse einzubeziehen. Dies wird unter anderem möglich, indem Menschen mit Armutserfahrung Statements vortragen, die ausgehend von der persönlichen Situation unterschiedliche Bedarfe herausarbeiten, die die Teilhabemöglichkeiten armutsgefährdeter Menschen verbessern können. Die Statements werden von Vertretungen der Fachöffentlichkeit in den stattfindenden Diskussionen sowie im zentralen Impulsvortrag des Fachtags aufgegriffen und fließen so in sozialpolitische Empfehlungen ein.

5.2.2 Institutionelle Förderung des Vereins lak-bw e. V. (gefördert durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration)

Ein weiterer Ansatzpunkt, um Selbstvertretung der eigenen Interessen zu fördern, ist die institutionelle Förderung einer repräsentativen Betroffenenvertretung im Land. lak-bw e.V. ist Teil des Netzwerks der Betroffeneninitiativen (Netzwerk I) in der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg.¹⁷ Daneben besteht das Netzwerk der (Wohlfahrts-) Verbände in der Landesarmutskonferenz (Netzwerk II). Der Verein lak-bw e.V. sichert die Interessenvertretung von Menschen mit Armutserfahrung und ist ein wichtiger Akteur für direkte Beteiligung von betroffenen Menschen. Er wirkt mit bei deren politischer Willensbildung, betreibt Vernetzungsarbeit und arbeitet mit bei der politischen Gestaltung.

5.2.3 „Task Force Bundestagswahl“ des Diakonischen Werks Württemberg (gefördert durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration)

¹⁷ Mehr Informationen unter <http://www.landesarmutskonferenz-bw.de/> (Abruf: 01.03.2025).

Im Rahmen des Förderaufrufs „Impulse Teilhabeförderung 2024 – Fokus Einsamkeit und soziale Isolation – von erwachsenen Menschen mit Armutserfahrung“ findet von Herbst 2024 bis Frühjahr 2026 das Projekt „Task Force Bundestagswahl“ statt. Erwachsene Menschen mit Armutserfahrung schließen sich zusammen. Sie bilden eine Gruppe (Task Force), die ihre Interessen in Gesellschaft und Politik einbringt. Dies geschah schwerpunktmäßig vor dem Hintergrund des Bundestagswahlkampfes, aber auch nach der vorgezogenen Wahl weiterhin. Sie wollen sich an der politischen Debatte aus ihrer Betroffenenperspektive beteiligen und sich Gehör verschaffen. So wirken sie insbesondere sozialer Isolation und Einsamkeit entgegen. Dies gilt zunächst für die wenigen armutsgefährdeten Menschen in der Task Force. Indem eine möglichst große Öffentlichkeit für ihre Positionen hergestellt wird, bewirkt die Task Force eine verbesserte politische Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppe insgesamt.

5.2.4 „Campus Neckarstadt-West“ (Stadt Mannheim mit Unterstützung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration)

Die Förderung von Selbstvertretung der eigenen Interessen findet mit Unterstützung des Sozialministeriums auch auf kommunaler Ebene statt, wie zum Beispiel in der Stadt Mannheim im „Campus Neckarstadt-West“¹⁸. Der Campus stellt einen Baustein des lokalen „Präventionsnetzwerks gegen Kinderarmut“¹⁹ in Mannheim dar. Die Kinder kommen nach der Grundschule an. Es gibt ein gesundes Mittagessen, gefolgt von einer pädagogisch angeleiteten Freispielzeit. Es schließt sich von 14:00 Uhr bis 15:00 Uhr eine Hausaufgabenbetreuung an. Neben Fachkräften übernehmen Mentorinnen und Mentoren aus der Realschule diese Aufgabe. Der Tag an den Campusstandorten endet mit einem breiten Angebot an AGs. Auch die Eltern werden in Form eines Elternbeirats beteiligt.

a) **Schüler-Mentor*innen/Campus Mentor*innen-Club**

<https://www.campus-neckarstadt-west.de/mentor-innen-club/>

Seit Bestehen des Netzwerkprojekts Campus Neckarstadt-West engagieren sich pro Schuljahr ca. 20 bis 30 Schülermentorinnen und Schülermentoren der örtlichen Marie-Curie-Realschule in der Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern. Die Mentorinnen und Mentoren bieten Spiel- und Sportaktivitäten an (auch in den Schulferien) oder unterstützen die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Hausaufgaben-Betreuung.

2023 wurde der Campus Mentorinnen/Mentoren-Club gegründet, organisatorisch und finanziell unterstützt durch den Förderverein Campus Neckarstadt-West und ermöglicht durch finanzielle Mittel des Zukunftspakets 2023. Prinzipiell gehören alle Schülermentorinnen und Schülermento-

¹⁸ Mehr Informationen unter <https://www.campus-neckarstadt-west.de/> oder unter <https://www.mannheim.de/de/service-bieten/kinder-jugend-familie-und-senioren/kinder-und-jugendliche/campus-neckarstadt-west> (Abruf: 01.03.2025).

¹⁹ Mehr Informationen zum Ansatz der Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut in Baden-Württemberg unter <https://www.starkekinder-bw.de/> (Abruf: 01.03.2025).

ren dem Club an, doch es besteht ein dreiköpfiges Organisationsteam im Club, das die Aktivitäten koordiniert.

Im Rahmen der Club-Aktivitäten agieren die Jugendlichen als Vorbilder für die Grundschülerinnen und Grundschüler. Sie gestalten Plätze und Räume im Stadtteil (zum Beispiel Möbelbau für den Vorplatz einer neu belebten Werkstatt), sie planen Ferienangebote für Kinder im Stadtteil und führen diese mit hauptamtlichen Campus-Mitarbeiterinnen und Campus-Mitarbeitern durch. Sie nahmen an einer Exkursion ins Europa-Parlament in Straßburg teil und nahmen die Chance wahr, dem Oberbürgermeister der Stadt Mannheim in einer persönlichen Sprechstunde Fragen zu stellen.

Sie werden ermuntert und dabei begleitet sowie unterstützt, eigenständig Projektideen zu skizzieren und umzusetzen. Für ihr Engagement erhalten sie eine Ehrenamtsentschädigung. Vielen dient diese Vergütung als Ersatz für das Taschengeld, das sie häufig zuhause nicht bekommen können.

b) **Elternbeirat Campus Neckarstadt-West**

Der Elternbeirat des Campus Neckarstadt-West wurde erstmals zu Beginn des Schuljahres 2023/24 ins Leben gerufen und ist für die Dauer eines Schuljahres im Amt. Er besteht aus vier Elternvertreterinnen unterschiedlicher Herkunft, deren Kinder täglich am Campus teilnehmen. Der Elternbeirat trifft sich zwei Mal pro Jahr zu den Elternbeiratssitzungen. Daran nehmen des Weiteren die Leitung des Campus Neckarstadt-West, die Koordinatorin der Elternarbeit sowie die drei Campus-Standortleitungen teil.

Die Elternvertreterinnen erhalten die Möglichkeit, ihre Stimmen und Perspektiven einzubringen bzw. eigene Ideen einzubringen (zum Beispiel Veranstaltungen, Ferienprogramm, Eltern-Kind-Kreativ-Angebote etc.), um die Angebote im Campus-Alltag zu erweitern. Sie nehmen aktiv teil an Entscheidungsprozessen, die sie und ihre Familien betreffen, und treten in den Dialog mit den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihre Perspektiven und Erfahrungen sind wertvoll und können dazu beitragen, bessere Lösungen zu finden.

Die geäußerten Anliegen der Elternvertreterinnen, die über die Lernentwicklungs- und Bildungsprozesse der Campus-Kinder hinausgehen, wie zum Beispiel Zugang zum Wohnungsmarkt, Gesundheitsversorgung, finanzielle Unterstützung oder Aspekte der Sicherheitssituation im Stadtteil, können von der Campus-Leitung aufgenommen und in erweiterten Gremien/Arbeitsgruppen auf kommunaler Ebene vorgetragen und diskutiert werden.

5.2.5 „KlimaNauten“ (Bildungswerk der Erzdiözese Freiburg)

Die aktuellen gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen erfordern kreative und mutige Ansätze, um für den Klimaschutz zu sensibilisieren und demokratische Handlungsfähigkeit zu stärken. Mit diesem Grundgedanken möchte das Projekt „KlimaNauten“ des Bildungswerk

der Erzdiözese Freiburg²⁰ in Kooperation mit dem diözesanen Caritasverband der Erzdiözese Freiburg, für das Bildungswerk neue Zielgruppe erschließen und einen Beitrag zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) leisten. Das Projekt ist im Januar 2022 gestartet und hat eine Laufzeit bis Ende 2024. Es wird durch den Klimaschutzfonds der Erzdiözese Freiburg gefördert.

Das Projekt „KlimaNauten“ ermutigt unterschiedlichste Menschen dazu, sich am Diskurs zum Thema Nachhaltigkeit zu beteiligen. Dabei ist das Ziel, für eine soziale Nachhaltigkeit und effektiven Klimaschutz neue Zielgruppen zu erreichen, indem man sich an ihren Lebenswelten orientiert, neue Bildungsformate entwickelt und institutionelle Barrieren abbaut. Denn eine Auseinandersetzung mit Themen rund um Nachhaltigkeit und Umwelt ist ein zwingender Teil von Bildungsprozessen aller Alters- und sozialer Gruppen. Doch gerade Menschen in prekären Lebenslagen, auf welche die Angebote primär abzielen, haben selten Zugang zu angepasster Bildungsarbeit, was die Teilhabe am Diskurs erschwert. Dabei sind gerade die Menschen, die hauptsächlich an Umweltungerechtigkeit auf lokaler Ebene leiden und die den negativen Umweltfaktoren ausgesetzt sind.

Aufsuchende Bildungsarbeit ist an sich keine neue Form der Bildungsarbeit. Dennoch ist sie eine neue Herausforderung und Orientierung des Bildungswerks der Erzdiözese Freiburg. Als Einrichtung der allgemeinen Erwachsenenbildung sind auch die Bildungseinrichtungen des Bildungswerks es gewohnt, Bildungsangebote auszuschreiben, damit Menschen in die Einrichtungen kommen. Die Idee der „KlimaNauten“ ist genau das Gegenteil, nämlich von einer Komm-her- zu einer Geh-hin-Struktur umzustellen. „In Kooperation mit Sozialarbeitenden vor Ort, in unterschiedlichen Einrichtungen, gehen wir dorthin, wo sich die Menschen befinden und veranstalten in der gewohnten Umgebung niedrigschwellige Angebote.“ Die „KlimaNauten“ bieten neben den konkreten Angeboten und Workshops auch offene Veranstaltungen auf Dorfplätzen an. „Wir bringen kleine Angebote zum Basteln und Werkeln auf die Straße und kommen so mit unterschiedlichsten Menschen über das Thema Nachhaltigkeit ins Gespräch. Durch die Niedrigschwelligkeit unseres Angebots, zum Beispiel Upcycling oder Samenbomben herstellen, haben wir einen einfachen Gesprächseinstieg.“ Die Sozialarbeitenden dienen dabei als Vermittlerinnen und Vermittler, ohne welche man kaum an die Zielgruppe herankommen würde. Das Projekt ermöglicht Menschen, sich im geschützten Rahmen über aktuelle Themen, primär im Bereich Nachhaltigkeit, zu erkundigen und sich mit neu erlangtem Wissen eine Meinung zu bilden. Dadurch steigen die Selbstwirksamkeitserfahrungen der einzelnen Personen und dies ermöglicht den Personen sprachfähiger zu sein, ein Aspekt der im Sinne einer anzustrebenden Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen nicht zu unterschätzen ist.

Aufgrund der positiven Erfahrungen aus dem zu Ende gegangenen Projekt plant das Bildungswerk aktuell ein neues Projekt im Bereich der politischen aufsuchenden Bildungsarbeit.

20 Mehr Informationen unter <https://www.bwerk.de/fachbereiche-fachstellen/demokratiebildung/klimanauten-2/> (Abruf: 01.03.2025).

5.3 Bürgerschaftliches Engagement fördern

Engagementpolitik ist Demokratieförderung. Mit der „Engagementstrategie Baden-Württemberg“²¹ soll allen Menschen eine breite Beteiligung an bürgerschaftlichem Engagement, unabhängig von Alter, Geschlecht, Religionszugehörigkeit, Herkunft oder auch sozialem Stand ermöglicht werden, sofern sie dies wollen. Hierbei werden ausdrücklich auch Formen des Engagements unterstützt, die der Förderung der Demokratie dienen oder in denen Menschen, ob von Armut betroffen oder nicht, zusammenkommen. Dies trägt zu einer aktiven Zivilgesellschaft bei.

Die Engagementstrategie wird mit unterschiedlichen Maßnahmen umgesetzt.²² Zwei davon sollen im Folgenden vorgestellt werden.

a) **Förderprogramm „Gemeinsam engagiert in BW III“**

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/soziales/buergerengagement/foerderprogramme>

Mit dem Förderprogramm „Gemeinsam engagiert in BW III“ unterstützt das Sozialministerium 24 Projekte, die das Bürgerschaftliche Engagement und das Ehrenamt in Baden-Württemberg fördern. Es leistet einen Beitrag, um die in der Engagementstrategie beschriebenen Absichten weiter zu verfolgen. Förderfähig sind Projekte, die dem Gemeinwohl dienen, innovativ sind und vielversprechende Elemente der Engagementförderung beinhalten.

Die Umsetzung kann durch Beratung und Informationsvermittlung, durch Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen oder durch Austausch und Vernetzung erfolgen. Inhaltliche Schwerpunkte waren in dieser Förderperiode unter anderem Maßnahmen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Ideen, wie neue Engagierte gewonnen und motiviert werden können, zum Beispiel durch einen niedrighschwelligen, lokalen Zugang. Auch Konzepte zur Anerkennungskultur und Wertschätzung Engagierter waren gefragt sowie Ideen, wie neue Netzwerke und Kooperationen aufgebaut und verstetigt werden können. Digitale Angebote und Instrumente waren ebenfalls förderfähig.

b) **Ehrenamtskarte Baden-Württemberg**

<http://www.ehrenamtskarte-bw.de>

In Baden-Württemberg engagiert sich nach Zahlen aus dem Jahr 2019 etwa die Hälfte aller Menschen ab 14 Jahren ehrenamtlich. Um dieses Engagement wertzuschätzen, arbeitet die Landesregierung an der landesweiten Einführung einer Ehrenamtskarte. Damit bekommen ehrenamtlich Engagierte Vergünstigungen bei verschiedenen öffentlichen Einrichtungen aus den Bereichen Sport, Bildung und Kultur. Ab Mitte 2025 wird die Karte schrittweise im Land eingeführt.

21 Mehr Informationen unter <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/soziales/buergerengagement/engagementstrategie> (Abruf: 01.03.2025).

22 Mehr Informationen unter <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/soziales/buergerengagement> (Abruf: 01.03.2025).

Seit August 2023 wird die Ehrenamtskarte bereits in den Landkreisen Calw und Ostalb sowie in den Städten Freiburg im Breisgau und Ulm modellhaft erprobt. Die Karte berechtigt in ausgewählten Akzeptanzstellen aus den Bereichen Bildung, Kultur, Sport und Freizeit zu ermäßigtem Eintritt oder zur Teilnahme an Sonderaktionen. Bis Anfang des Jahres 2025 wurden in den vier Modellkommunen rund 9.500 Ehrenamtskarten ausgegeben. Dort können ehrenamtlich Tätige, die sich seit mindestens einem Jahr engagieren und in den zurückliegenden 12 Monaten mindestens 200 Stunden freiwillig und unentgeltlich in einer Organisation für das Gemeinwohl aktiv waren, die Ehrenamtskarte beantragen. Auch bei einem freiwilligen Engagement in einem gemeinwohlorientierten Projekt in einem Umfang von mindestens 100 Stunden liegen die Voraussetzungen für einen Antrag vor. Der Einsatz muss jeweils im öffentlichen Raum stattfinden und darf nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet sein. Die in der Modellphase erprobten Verfahren und Kriterien haben sich bewährt und können nun sukzessive in die Fläche übertragen werden.

5.4 Möglichkeiten der sozialen Teilhabe fördern

Damit die Demokratiezufriedenheit, das politische Vertrauen und die politische Partizipation gefördert werden können, ist es wichtig, niedragschwellige soziale Infrastrukturangebote zu schaffen und zu stärken. Hierfür eignen sich vor allem gemeinwesen- und sozialraumorientierte Ansätze, von denen zwei zentrale Maßnahmen des Sozialministeriums im Folgenden vorgestellt werden sollen.

5.4.1 Kommunale Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut (Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration)

In Baden-Württemberg ist nahezu jedes fünfte Kind armutsgefährdet. Die Armutsfolgenprävention und Bekämpfung von Kinderarmut sind wichtige kommunale Aufgaben. Dabei steht im Zentrum, dass jedes Kind die gleichen Teilhabechancen, unabhängig von der sozialen Herkunft oder der ökonomischen Situation des Elternhauses, haben soll.

In der Regel bestehen in Kommunen bereits eine Reihe von Angeboten, die diese Zielsetzung aufgreifen. Sie sind bei verschiedenen Trägern angesiedelt, werden unterschiedlich finanziert und basieren auf verschiedenen Rechtsgrundlagen. Diese Einzelmaßnahmen sind zumeist nicht aufeinander abgestimmt, was zu Doppelungen und Lücken im Gesamtangebot führen kann.

Das soll durch den Aufbau eines Präventionsnetzwerks gegen Kinderarmut geändert werden. Ziel eines Präventionsnetzwerks ist es, die Unübersichtlichkeit der Angebotslandschaft zu überwinden und eine integrierte kommunale Gesamtinfrastruktur im Hinblick auf Armutsprävention zu schaffen und weiterzuentwickeln. Die vorhandenen Angebote, Strukturen, Netzwerke und Institutionen, die bisher im Themenfeld nebeneinander bestehen bzw. arbeiten, werden mit dem Ziel einer abgestimmten Strategie zur Armutsprävention zu einer sinnvollen Gesamtstruktur zusammengeführt.

Durch diese integrierte kommunale Strategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut werden die infrastrukturellen Voraussetzungen in der Kommune geschaffen, dass sich Armutsgefährdung im Kindesalter möglichst nicht nachteilig auf die Teilhabechancen im gesamten weiteren Leben auswirkt.

Derzeit gibt es Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut in 26 von 44 Stadt- und Landkreisen. Bis zum Jahr 2030 sollen solche Netzwerke flächendeckend in allen Kreisen in Baden-Württemberg etabliert sein.²³

5.4.2 Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“ (Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration)

Durch die Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“²⁴ werden zivilgesellschaftliche Gruppen und Kommunen darin unterstützt, lebendige Quartiere für alle Generationen zu gestalten – also Nachbarschaften, Stadtteile und Dörfer, in die Menschen sich einbringen, Verantwortung übernehmen und sich gegenseitig unterstützen. Dieser offene Ansatz für alle Menschen im Quartier schließt selbstverständlich Menschen mit Armutserfahrung mit ein. Die jeweilige Ausgestaltung von Quartiersentwicklungsmaßnahmen richtet sich nach den Bedarfen vor Ort. Konkrete Förderangebote wurden bereits unter *Abschnitt 5.1.4* dargestellt.

Im Rahmen der Quartiersstrategie wurden sieben Handlungsbausteine definiert, die die strategische Zielrichtung der Strategie darlegen. Zwei davon spannen konkret den Möglichkeitsraum auf, um die Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrung an politischen und gesellschaftlichen Diskussionen und Aktivitäten vor Ort positiv zu gestalten. Es handelt sich dabei um die Bausteine „Beteiligung, Engagement & Teilhabe“ sowie „Inklusion, Integration & Vielfalt“.

So fördert das Sozialministerium Akteurinnen und Akteure, die im Rahmen ihrer Arbeit Maßnahmen zur Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrung an politischen und gesellschaftlichen Diskussionen und Aktivitäten vor Ort umsetzen. Beispielhaft sei an dieser Stelle auf die schon lange Zeit bestehende Förderung der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft Mehrgenerationenhäuser e.V. (LAG MGH) verwiesen. Mehrgenerationenhäuser sind vorbildliche Begegnungsorte, die gegenwärtig in der LAG MGH organisiert sind. Die LAG MGHs spielt dabei eine wichtige Rolle, da sie durch ihre Unterstützungsangebote eine kompetente, adressatengerechte und vielfältige soziale Ausgestaltung der jeweiligen Orte gewährleisten. Gerade der Ansatz der „Offenen Treffs“, ein Kernmerkmal der Mehrgenerationenhäuser, richten sich immer an alle Menschen vor Ort und ist bspw. ohne Konsumverpflichtung bewusst so gestaltet, dass auch Menschen mit Armutserfahrung partizipieren können.

23 Mehr Informationen unter <https://www.starkekinder-bw.de/> (Abruf: 01.03.2025).

24 Mehr Informationen unter <https://www.quartier2030-bw.de/> (Abruf: 01.03.2025).

Eine solche Struktur ist wichtig, um auch über das Alltagsgeschäft hinaus relevante Impulse in die Gesellschaft setzen zu können, wie es bspw. im Rahmen des ressortübergreifenden „Impulsprogramms für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“ stattgefunden hat.²⁵ Damit wurden beispielsweise soziale Orte der Begegnung und Beteiligung, aufbauend auf den Kompetenzen der MGHs, gestärkt.

Auf lokaler Ebene soll an zwei Beispielen aufgezeigt werden, dass im Rahmen von Quartiersentwicklungsmaßnahmen das Thema Armutsbetroffenheit und Armutsprävention aufgegriffen wird. Beide Beispiele wurden im Rahmen des Förderprogramms „Quartiersimpulse“ des Sozialministeriums gefördert.

a) **Quartierstreff Alte Post (Stadt Herbolzheim)**

<https://www.stadt-herbolzheim.de/engagement-beteiligung/quartierstreff-alte-post/was-steckt-dahinter>

Durch den „Quartierstreff Alte Post“ wurde in Herbolzheim eine notwendige Bündelung und Vernetzung des bereits vorhandenen sozialen Engagements ermöglicht. Innerhalb von 2 Jahren soll er sich als Begegnungs-, Kooperations- und Netzwerkraum entwickeln. Dadurch wird er als Ort etabliert sowie bekannt gemacht und kann seine entlastende Wirkung entfalten und zugleich das soziale Engagement fördern. Im Rahmen dieses Projektantrags wurde explizit die Zielstellung formuliert, armutsbetroffene Menschen erreichen und unterstützen zu wollen.

b) **Pop-up-Veranstaltungen im Quartier Leonberg Mitte (Stadt Leonberg)**

Der Popup-Store „Markt-Treff“ ist ein Begegnungsort für Austausch, Beteiligung und Beratung, für alle Menschen im Quartier Leonberg Mitte. Ein Netzwerk von Institutionen und Einrichtungen wurde geschaffen. Dazu gehören die Stadtverwaltung, die Samariterstiftung, die Familienbildungsstätte, die Volkshochschule, Fish e.V., die Sozialstation, der Internationale Rat, der Stadtseniorenrat, die Stiftung Zeit für Menschen sowie Ärzte, Polizei, Kirchen und andere. Die Quartierskoordination vor Ort sammelt, bündelt und unterstützt die Ideen und sich entwickelnden Initiativen aus der Nachbarschaft, verbindet Menschen und vernetzt Einrichtungen. Im Rahmen dieses Projektantrags wurde explizit die Zielstellung formuliert, armutsbetroffene Menschen zu erreichen und in die Quartiersentwicklung einzubinden.

²⁵ Mehr Informationen unter <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/bw-gestalten/zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg> (Abruf: 01.03.2025).

6. Ausblick

Die vielzähligen bestehenden Maßnahmen des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration und anderer Organisationen auf Landes- und kommunaler Ebene sind in der Lage, die Demokratiezufriedenheit, das politische Vertrauen und die politische Partizipation trotz ökonomischer Ungleichheit im Land zu fördern und zu stärken.

Der Bericht soll in den kommenden Monaten in unterschiedlichen Formaten vorgestellt und diskutiert werden. Er ist ein Impulsgeber für die Ausgestaltung der weiteren Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Landesbeirats für Armutsbekämpfung und Prävention Baden-Württemberg und den laufenden acht Förderprojekten zur aufsuchenden politischen Bildung für Menschen mit Armutserfahrung.

Vielen Dank an alle Beteiligten, die am Dritten Bericht zur gesellschaftlichen Teilhabe mitgewirkt haben.

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration
Baden-Württemberg
Else-Josenhans-Straße 6
70173 Stuttgart

Tel.: 0711 123-0

Internet: www.msi-bw.de

Autorinnen und Autoren

Teil 1: FaFo Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt,

Kristina Faden-Kuhne, Marie Sophie Jestadt, Dr. Jan Velimsky, Dr. Stephanie Saleth

Teil 2: Begleitgruppe aus dem Landesbeirat Armutsbekämpfung und Prävention,

Udo Engelhardt, Prof. Dr. Eckhart Hammer, Holger Hoffmann, Prof. Dr. Ute Mackenstedt, Simon Näckel, Anette Sauer, Roland Saurer, Daniel Werthwein

Teil 3: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration

Redaktion

Helin Hoffmann

Layout

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Copyright-Hinweise

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Fellbach, 2025

Fotonachweis Titelbild

Oben links: Masque – stock.adobe.com, Oben mitte: jd-photodesign – stock.adobe.com, Oben rechts: FaFo, Unten links: FaFo, Unten mitte: Kaesler Media – stock.adobe.com, Unten rechts: Dmitry Nikolaev – stock.adobe.com

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Landesregierung in Baden-Württemberg im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidatinnen und Kandidaten oder Helferinnen und Helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Erlaubt ist es jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

